Nr. 290 ♦ 43. Jahrg.
Ausgabe A Nr. 150

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3,— Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" mit „Siedlung und Kleingarten" sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen" und Frauenbeilage „Frauenstimme" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Morgenausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5,— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8½ Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297.

Mittwoch, den 23. Juni 1926

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 37 536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Der Kampf um das Staatsvermögen.

Sozialdemokratische Anträge zur Fürstenvorlage.

Die sozialdemokratische Fraktion hat eine größere Anzahl von Anträgen zur Verbesserung der Fürstenvorlage dem Rechtsausschuß des Reichstages eingereicht.

In erster Linie legt die Fraktion Gewicht auf eine befriedigendere Zusammensetzung des Gerichts, das zur Entscheidung über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den deutschen Ländern und den vormals regierenden Fürstenhäusern eingesetzt werden soll. Die Regierungsvorlage bestimmt, daß der Reichsgerichtspräsident Vorsitzender sein soll und daß der Reichspräsident auf Vorschlag der Reichsregierung die übrigen acht Mitglieder des Gerichts ernennen soll, von denen vier Richter sein müssen, während die übrigen vier Laien sein können. Demgegenüber fordert die sozialdemokratische Fraktion, daß sämtliche Mitglieder des Gerichts vom Reichstag zu wählen sind und daß von ihnen vier Laien sein müssen.

Ferner beantragt unsere Fraktion, daß das Fürstengericht nicht, wie die Regierung will, lediglich auf Antrag eines Landes oder eines Fürsten tätig sein darf, daß es vielmehr von solchen Anträgen unabhängig, von Amts wegen die Auseinandersetzungen vorzunehmen hat. Durch diesen Antrag soll verhindert werden, daß die praktische Anwendung des ganzen Gesetzes völlig in das Ermessen der einzelnen Landesregierung gestellt wird.

Nach dem Regierungsentwurf soll weiterhin sogar in den Fällen, in denen nach der Revolution bereits eine Gesamtauseinandersetzung erfolgt ist, das Reichssondergericht erst dann tätig werden dürfen, wenn dies übereinstimmend von dem betreffenden Land und Fürsten beantragt wird. Falls diese Bestimmung Gesetz wird, ist zu befürchten, daß solche Uebereinstimmung niemals erzielt wird und früher erfolgte Gesamtauseinandersetzungen, auch wenn sie dem Lande schädlich sind, Geltung behalten. Nach den sozialdemokratischen Anträgen soll in diesen Fällen der Antrag der Landesregierung zum Eingreifen des Gerichts genügen.

Die sozialdemokratische Fraktion verlangt außerdem, daß das Gericht durch früher ergangene Urteile nicht gebunden sein darf. Der Vorschlag der Regierung will dem Gericht lediglich unter gewissen Voraussetzungen gestatten, von solchen Urteilen abzuweichen, die nach der Revolution entstanden sind. Die in dieser Regelung liegende höhere Bewertung der aus der Zeit der Monarchie stammenden Urteile ist in der Republik unerträglich und soll beseitigt werden.

Schließlich beantragt die sozialdemokratische Fraktion in ihren bisher eingereichten Anträgen, daß sämtliche Kronfideikomißrenten und ähnliche Renten ohne Entschädigung fortfallen sollen, während der Regierungsentwurf diesen Fortfall bei solchen Renten nur insoweit eintreten lassen will, als sie zur Bestreitung der Hofhaltung oder sonstiger mit der Stellung der Fürsten verbundenen Aufwendungen gewährt wurden.

Weitere Anträge befinden sich in Vorbereitung. Im übrigen wartet die sozialdemokratische Fraktion die weitere Entwicklung im Ausschuß und im Plenum ab und behält sich ihre endgültige Stellung vor.

Bürgermeisterwahl in Lübeck.

Genosse Löwigt der Nachfolger Neumanns.

Lübeck, 22. Juni. (WTB.) In der heutigen Senatssitzung wurde Senator Löwigt (Sozialdemokrat) zum Vorsitzenden des Senats und zum Nachfolger des zurückgetretenen Bürgermeisters Dr. Neumann gewählt. Zum stellvertretenden Senatsvorsitzenden wurde, da von bürgerlicher Seite auf den zweiten Posten verzichtet wurde, Senator Hoff (Sozialdemokrat) ernannt.

Briands Auftrag gefährdet.

Infolge abermaliger Weigerung Poincarés.

Paris, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Briand, der am Sonntag, als er zum zweitenmal ins Elysée berufen wurde, der unbedingten Zuversicht war, sein Kabinett in weniger als 24 Stunden beieinander zu haben, ist es trotz allen Bemühungen bis zum Dienstagabend nicht gelungen, einen Finanzminister zu finden. Poincaré, den er dafür in Aussicht genommen hatte, hat am Dienstag nochmals kategorisch abgelehnt, weil über die einzuschlagenden Methoden zur Finanzsanierung grundlegende Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und Briand und dem Expertenkomitee bestehen und weil er außerdem das Washingtoner Schuldenabkommen in der gegenwärtigen Form als Finanzminister in der Kammer nicht einbringen oder mit seinem Namen decken will. Gerade die schnelle Ratifizierung des Washingtoner Abkommens und die dann in Aussicht stehenden amerikanischen Kredite aber bilden die Grundlage des Briandschen Finanzprogramms, das Poincaré durch seine Haltung in den Grundpfeilern zu erschüttern droht. Briand hofft nämlich durch eventuelle Auslandskredite die demnächst in größerer Höhe fälligen Schatzscheine einlösen zu können. Damit wäre nach Briands Auffassung eine Lösung des gefährlichen Problems der kurzfristigen inneren Schuld glücklich angeschnitten und man könnte sich schrittweise der Frankenstabilisierung nähern.

Es handelt sich jetzt für Briand nur noch darum, einen Mann zu finden, der nach Poincarés Ablehnung diese Finanzpläne durchführt. Doumer hätte diese Aufgabe übernommen, aber seine Betrauung stieß bis in die Mittelparteien hinein auf derartige Opposition, daß Briand die Doumersche Kandidatur fallen lassen mußte. Wer wird also Finanzminister werden? Die Frage ist ebenso ungelöst wie am ersten Tag. Da Briand unter allen Umständen ein Gegner jeder neuen Inflation ist, das Schatzamt aber demgegenüber am 30. Juni so starke Verpflichtungen zu erfüllen hat, welche die nach dem letzten Ausweis der Bank von Frankreich noch verfügbaren Mittel weit überschreiten, so ist es in der Tat die Quadratur des Zirkels, um die man sich augenblicklich die Köpfe zerbricht.

Die Besprechungen des Dienstag nachmittag sind ebenso ergebnislos verlaufen wie alle vorangegangenen. Sie sollen am Dienstag abend um 10 Uhr fortgesetzt werden. Inzwischen hat die demokratische Linke, die stärkste Gruppe des Senats, am Dienstag abend auf Antrag Caillaux beschlossen, für Mittwoch vormittag eine gemeinsame Sitzung sämtlicher Linksparteien von Kammer und Senat einzuberufen, falls Briand bis dahin sein Ministerium nicht zusammengestellt haben sollte.

Alarmbereitschaft der sozialistischen Abgeordneten.

Paris, 22. Juni. (WTB.) Wie die „Liberté" berichtet sind die außerhalb Paris weilenden sozialistischen Abgeordneten nach Paris berufen worden, weil mit der Möglichkeit gerechnet werden müsse, daß Briand kein Kabinett bilden könne, und daß vielleicht morgen wichtige Entscheidungen getroffen werden müßten.

Sturm im Sejm.

Rücktritt des Präsidenten.

Warschau, 22. Juni. (WTB.) Die heutige Sitzung des Sejm begann mit der Verlesung eines Briefes des Sejmmarschalls Rataj, worin dieser sein Rücktrittsgesuch einreicht und begründet. Der Sejmvizemarschall Daszynski (Soz.) ließ über dieses Rücktrittsgesuch abstimmen, obwohl der Vorsitzende der Piastpartei, der Rataj angehört, den Vorschlag gemacht hatte, das Rücktrittsgesuch überhaupt nicht zur Kenntnis zu nehmen. Die Deutschbürgerlichen verließen vor der Abstimmung den Saal. Der Grund hierfür liegt darin, daß Rataj einige Tage zuvor einen Aufruf des polnischen Westmarkenvereins unterzeichnet hat, in welchem es hieß, daß die deutsche Raubgier nach dem Osten dränge. Auch die Ukrainer und die Weißrussen hatten den Saal verlassen. Bei der Abstimmung ergab sich, daß nur die Nationale Arbeiterpartei, die Sozialisten und die Piastpartei sich für Rataj erklärt hatten. Der Vorsitzende Daszynski glaubte hierin eine Mehrheit erkennen zu können. Einige Stunden später richtete jedoch der Sejmmarschall Rataj einen Brief an Daszynski, in dem er erklärte, daß ihm diese Mehrheit nicht genüge und daß er auf seinem Rücktritt bestehe.

Hiernach begann die Budgetdebatte, durch eine Rede des Finanzministers Klarner eingeleitet. Klarner hatte angekündigt, daß er die Vertrauensfrage stellen werde und er tat dies in der Form, daß er sagte, die Regierung würde zurücktreten, wenn das Budget nicht Mitte des nächsten Monats angenommen sei. Nachdem einige Redner der verschiedenen Parteien gesprochen hatten, wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Die Kommunisten und die unabhängigen Bauern, die nicht zum Worte gekommen waren, verübten hierauf großen Lärm. Die Sitzung wurde unterbrochen und die Entfernung zweier Abgeordneten aus dem Saale angeordnet. Hierauf wurden die Tribünen für Publikum und Presse geräumt und die beiden widerspenstigen Abgeordneten aus dem Saale getragen.

Regierungskrise in Estland. Das estnische Parlament wählte zum Präsidenten den Abg. Einbund (Bauernpartei), zu Vizepräsidenten Martna (Soz.), Penno (Ansiedlerpartei). Das Kabinett hat seinen Rücktritt mitgeteilt. Der Präsident des Parlaments wurde von der Versammlung ersucht, die nötigen Schritte zur Bildung eines neuen Kabinetts einzuleiten.

London und Moskau.

Der Konflikt um die Unterstützungsgelder.

E. W. London, 21. Juni.

Die Beziehungen zwischen Moskau und London sind seit dem Sturz der Regierung Kerenski durch die Sowjets, also seit achteinhalb Jahren, mehr oder minder gespannt. Selbst die Aera Macdonald hat in einer ausgesprochenen Verstimmung der beiden Regierungen geendet. Mit einer gewissen Regelmäßigkeit spitzt sich, seitdem die Zeit bewaffneter Expeditionen vorüber ist, die Situation von Zeit zu Zeit bis zu jenem Punkte zu, in dem mehr oder minder heftige Noten gewechselt werden, der völlige Abbruch der bestehenden, außerordentlich losen diplomatischen Beziehungen gefordert oder angedroht und von den Diehards, dem rechtsradikalen Flügel der Konservativen, unter publizistischer Führung der „Daily Mail", die Ausweisung sämtlicher, nicht nur der diplomatischen, sondern auch der wirtschaftlichen Vertretung verlangt wird. Die jüngsten Tage waren wieder einmal Zeugen einer dieser Krisen, deren wirkliche Ursachen tief in weltpolitischen Gegensätzen zwischen London und Moskau gelegen sind, deren Anlaß aber zumeist irgendein vermeintlicher oder tatsächlicher propagandistischer Akt Moskaus bildet.

Der Anlaß, der zu der jüngsten Krise geführt hat, war folgender: Rußland hatte während des Generalstreiks die Ueberweisung einer größeren Geldsumme an den Generalrat der britischen Gewerkschaften versucht, und es hat nunmehr im Laufe der vorletzten Woche Summen in der Gesamthöhe von rund 10 Millionen Mark zur Unterstützung der notleidenden Bergarbeiter und ihrer Familien überwiesen. „Rußland", d. u. die russischen Gewerkschaften und verschiedene andere, auf dem Boden der Sowjetunion befindliche Arbeiterorganisationen, wie die Ukrainischen Genossenschaften und „Centrosoyus" und die „landwirtschaftlichen Genossenschaften". Die erste Sendung wurde vom Generalrat während des Generalstreiks aus innerpolitischen Gründen abgelehnt, die übrigen Geldsendungen aber vom Bergarbeiterverband angenommen und zur Linderung der Not unter den Bergarbeitern verwendet. Diese Geldsendungen haben naturgemäß die Regierung und die bürgerliche öffentliche Meinung alarmiert. Aus ihrem nationalen Stolz heraus ist die britische Bourgeoisie schon an sich empfindlicher gegen ausländische Geldsendungen zur Unterstützung britischer Staatsbürger als irgendeine andere europäische Bourgeoisie. Sie sieht, von einer Sensationspresse vom Schlage der „Daily Mail" täglich und stündlich aufgepeitscht, in jedem Rubel Moskauer Herkunft die Saat der Rebellion und der Revolution sprießen. Die großen Geldsendungen der jüngsten Wochen mußten naturgemäß dieser Agitation neue Nahrung geben und so fand sich die Regierung wieder einmal vor die Notwendigkeit gestellt, ihr Verhältnis zu Moskau einer grundsätzlichen Prüfung zu unterziehen. Die Situation war nicht unbedenklich: Dem rechtskonservativen Flügel der Partei, den Diehards, denen seit dem Abbruch des Generalstreiks der Kamm nicht wenig geschwollen ist, schien diese Gelegenheit nicht ungünstig, um mit Moskau Schluß zu machen. Die Versuchung zu solchem Vorgehen mußte für die Regierung um so größer sein, als es anscheinend im Regierungslager einige naive Leute gibt, die ehrlich glauben, daß die Bergarbeiter eine nachgiebigere Haltung zeigen würden, wenn die 10 Millionen aus Moskau nicht eingetroffen wären. Wer die Stimmung im Bergbaurevier aber auch nur im geringsten kennt, wird wissen, daß 500 000 Pfund Sterling niemals genügt hätten, den Widerstand von einer Million Bergarbeiter neu zu entfachen oder sein Erlahmen aufzuhalten. So erwünscht der Zuschuß für die Bergarbeiterschaft sein mag, eine auch nur im geringsten entscheidende psychologische Bedeutung für den Ausgang des Kampfes kann ihm nur böser Wille und krasseste Unwissenheit zuschreiben.

Wie dem auch sei, die Diehards haben ihre Vertrauensleute und Anhänger auch im Schoße der durchaus uneinheitlich zusammengesetzten Regierung. Die Geldsendungen aus Rußland gaben das Signal zu einem neuen Vorstoß. Die Situation war kritischer, als es nach außen den Anschein haben mochte, und Gerüchte wollten bereits vom bevorstehenden Abbruch der diplomatischen Beziehungen wissen. Die konservativen Hitzköpfe haben jedoch erfreulicherweise die Schlacht verloren. Die Regierung hat zwar eine Note nach Moskau geschickt, in der sie gegen den Versuch einer Unterstützung des „illegalen Generalstreiks" durch Rußland protestiert, aber die Note läßt das alte Feuer, welches das Foreign Office bei solchen Gelegenheiten Moskau gegenüber zu sprühen pflegte, vermissen und beschränkte ihren Protest lediglich auf den Generalstreik. Die Regierung hat im übrigen, nach einem zweitägigen inneren Ringen, die Uebertragung des Protestes und die Ausdehnung der Sperrmaßnahmen auf die Unterstützungsgelder für die Bergarbeiter abgelehnt. Der Innenminister Sir W. Joynson-Hicks erklärte, so schwer es ihm bei seiner

notorisch faschistischen Einstellung gefallen sein mag, daß die Regierung nicht plane, die sogenannten charitativen Zuwendungen an eine in einer industriellen Auseinandersetzung begriffene Arbeiterschicht zu verbieten.

„Gleichzeitig," fügte er hinzu, „ist es meine Pflicht festzustellen, daß die Regierung Seiner Majestät die ferneren Schritte der Sowjetregierung und der ihr angeschlossenen Organisationen ständig und sorgfältig beobachten wird; sollte sie zu irgendeinem Zeitpunkt die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die britischen Interessen eine Aenderung der Politik gegenüber Rußland nötig machen, so wird sie mit der Ergreifung der nötigen Schritte nicht zögern."

Das ist ein schwacher Trost für die Anhänger des Abbruchs. Die Haltung der Regierung zeigt im Gegenteil, daß mit der jüngsten inneren Auseinandersetzung die Würfel für eine realistischere als die bisherige Politik gegenüber Moskau gefallen sind, denn niemals war äußerlich die Gelegenheit, mit Moskau zu brechen, günstiger; niemals war eine größere Chance vorhanden, die bürgerliche Oeffentlichkeit in England von der Notwendigkeit dieses Schrittes zu überzeugen. Wenn er jetzt nicht getan wurde, so kann man mit einer gewissen Sicherheit sagen, daß er nunmehr für die Zukunft völlig unwahrscheinlich geworden ist.

„Frieden und Freundschaft" zwischen London und Moskau ist allerdings nicht geschlossen; so etwas wie ein latenter Kriegszustand muß und wird andauern, solange London und das britische Empire bzw. die Moskauer Regierung und die Dritte Internationale identisch sind. Nicht so sehr aus innerpolitischen Gründen! Die bolschewistische Propaganda in England selbst ist aller menschlichen Voraussicht nach ewig zur Unwirksamkeit verurteilt. Aber draußen, im fernen Osten, in Indien und Afrika wirkt sie sich, indem sie den Nationalismus der erwachenden Völker aufstachelt, automatisch im antibritischen Sinne aus. Aus dem Gesetz heraus, „aus dem sie angetreten", bildet die Dritte Internationale eine Bedrohung des britischen Empire. Darum ist es für London schwerer als für irgendeine andere europäische Macht, diplomatisch korrekte Beziehungen zu Moskau herzustellen. Das Problem, vor das sich die englische Staatskunst gestellt sieht, besteht lediglich darin, sich darüber zu entscheiden, ob der gegenwärtige Zustand der halben Anerkennung und halben Feindseligkeit oder eine formelle Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen dem Interesse Londons besser dienlich ist. Die Stimmen derjenigen mehren sich — auch im konservativen Lager —, die für die Herstellung korrekter diplomatischer Beziehungen eintreten und dabei darauf hinweisen, daß von freundlicheren Beziehungen zu Moskau noch eher eine Abschwächung der maßlosen Propagandatätigkeit Moskaus zu erwarten sei, als vom jetzigen Zustand, der der Dritten Internationale keine irgendwie geartete materielle oder moralische Beschränkungen gegenüber London auferlegt. Gar nicht zu sprechen von der Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen London und Moskau, die sich unter den jetzigen Verhältnissen in der für England denkbar ungünstigsten Weise gestaltet haben, und Ländern, wie Frankreich und Deutschland, die diplomatisch mit Moskau besser stehen, auf dem russischen Markt eine Vorzugsstellung sichert, die weniger für den Augenblick als für die Zukunft von größter Bedeutung sein dürfte. Auch hierin wird man ein Moment erblicken können, das die maßvolleren konservativen Kreise zu einem mehr als bisher entgegenkommenden diplomatischen Verhalten veranlassen dürfte.

Der jüngst verstorbene ungarische Abg. Vaszony war vor einiger Zeit wegen seines Kampfes gegen den Frankfälscherkurs auf offener Straße überfallen worden. Der Angreifer, ein Steuerbeamter Molnar, ist keineswegs etwa aus dem Amt gejagt, sondern jetzt, während seiner Strafhaft, noch befördert worden. Ein Entrüstungssturm der anständigen Leute hat wenigstens die Zurücknahme dieser Beförderung erzwungen.

Wozu die Toten gut sind.

Eine Gedächtnisfeier mit politischen Hintergründen.

Für den 28. und 29. August ist in Nürnberg ein sogenanter „Ehrentag der deutschen Armee und Marine" geplant. Zur Beteiligung an ihm wird in ganz Deutschland aufgerufen. Im Mittelpunkt steht ein Totengedenken mit Festgottesdienst, Ehrensalut und feierlichem Geläute der Kirchenglocken. Außerdem soll natürlich „die Kameradschaft" gefeiert werden. Wer, der nicht ein vaterlandsloser Geselle ist, könnte sich einer solchen Feier entziehen wollen?

So sieht die Sache nach außen aus. Was aber in Wirklichkeit geplant ist, davon gibt ein vertrauliches Rundschreiben Kunde, in dem über „Beweggründe und Veranlassung" der Feier folgendes verraten wird:

Die Sozialdemokratie mit ihrem Anhang begeht am 14. und 15. August den Bundestag des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Nürnberg. (Die übliche alljährliche Verfassungsfeier Red. d. V.) ... Die dem Reichsbanner reichlich zur Verfügung stehenden Mittel werden in Verbindung mit außerordentlicher Propaganda und besonderen Anstrengungen zweifellos gewaltige Mengen von Anhängern aus allen Teilen Deutschlands und Oesterreichs nach Nürnberg führen. **Die monarchische Idee des alten Bismarckreiches soll damit endgültig tödlich getroffen werden ... Ein Schweigen gegenüber dem Vorstoß unserer Gegner wäre einer Niederlage gleichzustellen.** Wir werden also in derselben Stadt, in der das Reichsbanner seinen Einzug verkünden will, in unmittelbarer Folge den ungebrochenen Kampfwillen der schwarzweißroten Weltanschauung dem Reichsbanner entgegenstellen ... **Die Ehrenschirmherrschaft über den Ehrentag hat Seine Königliche Hoheit Kronprinz Rupprecht von Bayern, der rangälteste Offizier der bayerischen Armee, übernommen und wird (!) persönlich anwesend sein. An seiner Seite wird sich ein Vertreter des Hauses Hohenzollern befinden.**

So weit das Rundschreiben. Hervorzuheben ist nur noch, daß das Festprogramm eine Aufstellung der Verbände auf dem Exerzierplatz Großreuth vorsieht, der Eigentum der Reichswehr ist. Die Kirchen und die Reichswehr stellen sich also für eine schwarzweißrote Gegenkundgebung gegen die republikanische Verfassungsfeier zur Verfügung.

Terror beim Volksentscheid.

Graf Schaffgotsch verbietet ...

Als die ersten Terrorvorbereitungen der Rechtskreise für den Volksentscheid bekannt wurden, machte das preußische Innenministerium auf die staatsrechtlichen Folgen derartiger gesetzwidriger Akte aufmerksam. Der Volksentscheid ist vorüber. Unzählige Wahlberechtigte haben sich durch die Gewaltmaßnahmen der Rechtsparteien davon abhalten lassen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Das Resultat ist dadurch ungünstig beeinflußt worden. Wie stark die Wirkung des Terrors war, dafür ein Beispiel. Aus Schlesien wird uns geschrieben:

Zu den größten Grundbesitzern des Reiches zählt **der Reichsgraf Schaffgotsch**, dem das gesamte Riesen- und Isergebirge gehört. „Seine Erlaucht" erließ einige Tage vor dem Wahlsonntag eine Verfügung an seine ungeheure Zahl von Angestellten, **daß das Fernbleiben von der Wahlurne Pflicht wäre.** Die „Untertanen" mußten gehorchen, weil sie ansonsten beim ersten Kündigungstermin „abgebaut" worden wären. Dieser unglaubliche Terrorakt eines um seine Forsten bangenden Magnaten entzog den Ja-Stimmen sicherlich einige Tausend, denn alle die schlecht bezahlten Untertanen „Seiner Erlaucht" hätten bei wirklich geheimer Wahl ihren wahren Gefühlen schon den richtigen Ausdruck gegeben.

Die Kontrolle der Anordnungen übernahm der „Stahlhelm", dessen feige Spitzel hinter den Gardinen der dem Wahllokal gegenüberliegenden Häuser „tapfer" notierten. Wehe den gewerbe- und geschäftstreibenden Bürgern, die trotz entgegengesetzter Befehle der Honoratioren zur Urne gingen! Der Boykott in jeder Form bleibt nicht aus. Namen und Beweise stehen zur Verfügung. **Ueberall in hiesiger Gegend wäre das Ergebnis ein ganz anderes, wenn Wahlfreiheit geherrscht hätte.** Diese Wahl war weder frei, noch geheim.

Das Verhalten des Grafen Schaffgotsch ist gesetzwidrig. Er hat seine wirtschaftliche Macht dazu mißbraucht, um seine Angestellten von der Ausübung des Wahlrechts abzuhalten. Wird das Innenministerium dagegen einschreiten?

Hugenbergs Nacht-Sensation.

Ein Kriminalfall in Frankfurt am Main.

Hugenbergs „Nachtausgabe" hat eine neue europäische Berühmtheit entdeckt, einen Herrn Langgemach in Frankfurt a. M., über dessen Taten sie spaltenlang berichtet. Dieser Langgemach soll, wie wir zu unserem Erstaunen erfahren, ein großer Führer der Sozialdemokratie gewesen sein. Die Aufmerksamkeit der „Nachtausgabe" hat er aber dadurch auf sich gelenkt, daß er 40 000 M. veruntreut hat.

Langgemach war Geschäftsführer des Frankfurter Gewerkschaftshauses und unbesoldeter Stadtrat, im übrigen außerhalb Frankfurts ein in weitesten Kreisen unbekannter Mann. Er war durch Wettleidenschaft auf schiefe Bahn geraten und hatte 40 000 M. zum Schaden des ihm anvertrauten Instituts veruntreut. Er wurde dafür zur Niederlegung seiner Aemter gezwungen, aus der Partei ausgeschlossen und dem Staatsanwalt angezeigt.

Gewiß ein trauriger Fall, aber ein ordinärer Kriminalfall, wie er im Buch steht. Einer der Fälle, die sich selten in der Arbeiterbewegung, desto häufiger in der Rechtsbewegung ereignen, in der soviel Abenteurer Unterschlupf gefunden haben. Wir erinnern nur an den Volksopfer-Prozeß in Dresden und an die erst vor wenigen Tagen erfolgte Verurteilung des Leiters einer völkischen Bank wegen Unterschlagung.

Der mißglückte Versuch, aus dem ordinären Kriminalfall Langgemach eine politische Sensation zu machen, ist für die Kampfmethoden der Hugenberg-Presse charakteristisch.

Verluste durch Micumlieferungen.

Erklärungen im Ausschuß zur Klärung der Ruhrkredite.

Im Untersuchungsausschuß des Reichstags zur Klärung der Ruhrkredite wurde auf eine Frage des Abg. Dr. Hertz (Soz.) mitgeteilt, daß in den Monaten Oktober 1923 bis einschließlich August 1924 an die Micum tatsächlich geliefert worden sind 11 248 000 Tonnen Kohle, nämlich im Oktober 21 000 Tonnen, November 125 000 Tonnen, Dezember 600 000 Tonnen, Januar 825 000 Tonnen, Februar 1 115 000 Tonnen, März 1 897 000 Tonnen, April 1 774 000 Tonnen, Mai 350 000 Tonnen, Juni 1 527 000 Tonnen, Juli 1 491 000 Tonnen, August 1 497 000 Tonnen. Bergrat Dr. Herbig erklärte als Sachverständiger, daß in den Anlaufsmonaten November und Dezember ein sehr großer Verlust entstanden sei, den er auf 50 Millionen schätzt; dadurch werde der Vorteil in den ersten Monaten 1924 völlig aufgewogen und überschritten. Ein zahlenmäßiger Beweis für beide Summen sei allerdings außerordentlich schwierig.

Zum Rücktritt Hagedorns.

Mit der Neuregelung der Getreidezölle nicht einverstanden?

Die „Frankfurter Zeitung" bezweifelt, daß der Rücktritt des Staatssekretärs im Reichsernährungsministerium Hagedorn aus gesundheitlichen Gründen erfolgt ist. Sie sagt vielmehr: „In parlamentarischen Kreisen wurde bereits bemerkt, daß der Staatssekretär bei den letzten Besprechungen über den deutsch-schwedischen Handelsvertrag und die damit in Zusammenhang stehende Regelung der Getreidezölle nach dem 31. Juli nicht anwesend war. Die Vermutung liegt also nahe, daß der Staatssekretär sich mit Rücktrittsabsichten trägt, weil er sich auf die im deutsch-schwedischen Handelsvertrag normierten Getreideeinfuhrzölle, die für den Verbraucher kaum erträglich sind, vielleicht allzusehr festgelegt hat. Auffallend wäre freilich immer noch, daß ein Staatssekretär Veranlassung sieht, Konsequenzen aus seiner Haltung zu ziehen, da doch die politische Verantwortung in erster Linie vom Minister getragen wird."

Militärmusik!

Von Konrad Franz.

Paul Matthes war kriegsblind.

1918, wenige Tage vor dem Waffenstillstand, nahm eine Granate ihm das Licht der Augen und verkrüppelte ihm den rechten Arm.

An ein Arbeiten war nicht zu denken. Mit wenigen Mark Rente fristete er mit den Seinen das Leben.

Paul saß in seiner armseligen Stube und hörte sich die Vorführungen des Radios an. Es war sein einziges Vergnügen in seinem dunklen Dasein. Mitleidige Menschen hatten ihm die Anlage gelegt.

Er wartete, den Kopf in die Hände gestützt, auf die nächste Vorführung. Da vernahm er die Stimme des Ansagers:

„Achtung! Wir beginnen jetzt mit unserem Militärkonzert und spielen als erstes den Parademarsch des ehemaligen Infanterieregiments 181."

In seinem Stuhl zurückgelegt lauschte er der Musik. Ein Marsch folgte dem anderen.

Da ist er denn wieder sehend geworden.

Aus dem dunklen seiner Umgebung heraus, sieht er bei den Klängen der verschiedenen Parademärsche die ehemaligen Angehörigen der Regimenter als Kinder harmlos mit Bleisoldaten spielen. Mit ihren kleinen Kanonen schießen sie nach dem Spielzeug, jubeln, wenn ein Schuß getroffen und der Bleisoldat fällt. Mit Papierhelmen, Holzsäbeln und Kindergewehren ziehen sie vorbei und spielen Soldaten und Krieg.

Dort kommen junge kräftige Männer, geschmückt mit Blumen und Bändern, von der Musterung singend und lachend daher. Sie sind glücklich, daß man sie zum Militär genommen.

Und nun ein Regiment in Feldgrau. Geschmückt mit Blumen sind Helm und Gewehr. Begleitet von Mutter, Vater, Geschwister, Frau und Kindern marschieren sie unter den Klängen ihres Parademarsches zum Bahnhof, um nach der Front verladen zu werden.

— — — Pause! — — —

Paul dachte nach. Was zog denn soeben an ihm vorüber?

Sein Leben!

Gab es denn als Kind etwas Schöneres für ihn als Soldatenspielen. Dann, als die Militärzeit herannahte und er zur Stellung mußte, wie hatte er sich da gefreut, daß man ihn genommen hatte. Freunde und Bekannte hatte er verlacht, die als nicht tauglich zurück kamen. Als der Krieg ausbrach, zog er mit Begeisterung ins Feld, um sein Vaterland zu verteidigen.

Doch nur zu bald kam die Ernüchterung. Er erkannte, daß er als Soldat ein Spielzeug anderer ist, und heute kommt ihm zum Bewußtsein, daß er das Produkt seiner Erziehung ist. Als Krüppel muß er den Rest seines Lebens verbringen. Er, der einst leuchtenden Auges durch die Welt gegangen mit Zukunftsplänen im Kopf, ist jetzt bei seinen Wegen auf die Hilfe eines Hundes angewiesen. In seinen Gedankenkreis hinein vernimmt er wieder die Stimme des Ansagers:

„Als nächstes hören Sie den Marsch „Alte Kameraden."

Wieder sieht Paul sie vorbeimarschieren. Wo aber sind die harmlos spielenden Kinder, die Blumen und Bänder?

Nichts von all dem Tand ist zu sehen.

Zerrissen, dreckig, zerfetzt kommen sie vorbei.

Unbeholfen bewegen sie sich fort auf Krücken und künstlichen Gliedern. Tausende ohne Arme! Tausende ohne Beine.

Mit weit vorgestreckten Armen tasten sie sich vorwärts. Blind! Nichts können sie mehr sehen. Tausende!

Bis zur Unkenntlichkeit sind die Gesichter entstellt.

Ein nicht übersehbarer Zug nähert sich. Skelette, eingehüllt in feldgraue Fetzen, mit zerrissenen Schuhen, den Stahlhelm auf dem kahlen Schädel, ziehen vorüber. Es ist der Zug „der auf dem Felde der Ehre" Gefallenen.

Es kommen die Kranken und Siechen.

Hunderttausende Kinder, Frauen und Männer wanken kraftlos einher. Unterernährt!

Dann folgt ein endloser Zug der trauernden Mütter, Frauen, Bräute und Kinder.

Doch was ist das?

Einige hundert Luxusautomobile beschließen den traurigen Zug. Die Insassen mit behäbigen, zufriedenen, lachenden Gesichtern. Die Frauen sind nach der neuesten Mode gekleidet, gepudert, geschminkt und behangen mit Geschmeide.

Sind es Trauernde?

Nein! — — — Kriegsgewinnler!

Heute beschließen sie den Zug als reiche, fette Drohnen der menschlichen Gesellschaft.

Dieselben, die während des Krieges dem Volke voranmarschierten, allerdings nicht an die Front, sondern durch Zeitungsartikel und großes Mundwerk.

Dieselben, die damals den Verteidigern des Vaterlandes „Durchhalten" predigten, in feierlichen Ansprachen ihnen versicherten, daß „der Dank des Vaterlandes" ihnen gewiß sei.

Heute sind sie es, die den Dank des Vaterlandes eingesteckt haben.

Hunderttausende mußten ihr Leben zur Anschaffung dieser Automobile lassen und abermals Hunderttause mußten ihre Gesundheit zur Anschaffung nur eines dieser Geschmeide opfern.

Hunderttausende sind unterernährt für ihre fettglänzenden Gesichter und dicken Bäuche.

Nur für sie ist Militärmusik klingendes Geld und Wohlleben.

Für die vielen Tausend und aber Tausend des traurigen Zuges ist Militärmusik Tod, Verderben, Hunger, Verzweiflung. — — —

Durch die Stimme des Ansagers wurde Paul aus seinen Träumereien gerissen.

Verschwunden waren die Visionen, die ihn eben noch quälten.

Nacht umgab ihn wieder und er hörte die Stimme sagen:

„Wir schließen unser heutiges Militärkonzert mit einem Gruß an das deutsche Vaterland und spielen das Lied: „Deutschland, Deutschland über alles!"

Da reißt er sich die Hörer vom Kopf und schreit in die Finsternis ein Wort:

„Lügen!"

Zur Frage des Umbaues des Opernhauses hat der Bund Deutscher Architekten an den Berliner Magistrat eine Eingabe gerichtet, in der er den in aller Stille vorbereiteten Eingriff in den künstlerischen Bestand dieses klassischen Bauwerks auf das schärfste verurteilt. „Außerdem", heißt es, „erscheint die Verwendung der erheblichen Geldmittel für den Umbau als eine unverantwortliche Verschwendung, weil die Anzahl der brauchbaren Zuschauerplätze in keinem vernünftigen Verhältnis zu den Baukosten steht. Der Bund Deutscher Architekten erklärt, daß eine andere Lösung durchaus möglich ist, die sowohl der Sicherheit des Betriebes wie den Ansprüchen in ästhetischer Hinsicht Rechnung trägt und fordert sofortige Aufgabe des Planes, der als eine Nichtachtung aller kulturellen und künstlerischen Anschauungen, wie sie das deutsche Volk vertritt, bezeichnet werden muß."

Bremer Schauspielpreis. Vom Goethe-Bund in Bremen wurde in Verbindung mit dem Bremer Schauspielhaus ein Schauspielpreis im Betrage von 5000 Mark ausgesetzt. Der Preis soll am 1. Januar 1927 vergeben werden. Der Wettbewerb steht allen deutschen Bühnenschriftstellern zur Beteiligung offen. Für die einzureichenden Stücke wird bei völlig freier Stoffwahl nur gefordert, daß sie, ob ernst oder heiter, dichterischen Wert und Bühnenreife besitzen. Sie sollen dem Aufbau des deutschen Bühnenspielplans der Gegenwart dienen. Die Prüfung für den Preis erfolgt nach rein künstlerischen Gesichtspunkten. Die für den Wettbewerb eingereichten Stücke dürfen noch nicht aufgeführt sein. Die Uraufführung des preisgekrönten Stückes findet im Bremer Schauspielhaus innerhalb der Spielzeit 1926-27 statt. Werke, die am Wettbewerb teilnehmen sollen, müssen spätestens am 1. Oktober 1926 bei der Geschäftsstelle des Goethe-Bundes in Bremen, Altenwallscontrescarpe 2, in Druck oder guter Maschinenschrift, möglichst in mehreren Exemplaren, eingereicht werden. Anonymität wird nicht gefordert. Das Porto für die Rücksendung der Manuskripte ist der Sendung beizufügen.

Ein prähistorischer Schädel, dessen Alter auf 25 000 Jahre geschätzt wird, ist in der Nähe von Moskau, in weißes Gestein eingebettet, aufgefunden worden. Das Seltsamste an diesem Funde ist, daß das Gehirn in versteinertem Zustande vollständig unversehrt erhalten geblieben ist. Eine Kommission von namhaften Gelehrten wurde mit der genauen Untersuchung dieses seltenen Fundes beauftragt.

110 Kilometer in der Stunde mit der elektrischen Lokomotive. Eine neue, von der Firma Boveri in Mannheim gebaute elektrische Lokomotive hat bei einer Probefahrt zwischen München und Mittenwald die Strecke von München nach Garmisch in 80 Minuten und die Strecke München—Mittenwald in 100 Minuten zurückgelegt. Die Maschine kann bei einer Geschwindigkeit von 110 Kilometer in der Stunde einen Zug von 247 Tonnen Gewicht befördern.

Soziale Fragen im Reichstag.

Erwerbslosenfürsorge – Reichsknappschaftsgesetz – Mieterschutzgesetz.

Der Reichstag überwies gestern zunächst den Gesetzentwurf über Rückgabe der für Besatzungszwecke in Anspruch genommenen Grundstücke dem Ausschuß für die besetzten Gebiete. Die beiden Gesetzentwürfe zur Aenderung der Gesetze über den Verkehr mit unedlen Metallen sowie mit edlen Metallen, Edelsteinen und Perlen geht an den Volkswirtschaftlichen Ausschuß.

Es folgt die Beratung eines Gesetzentwurfes über eine

Erhebung in der Erwerbslosenfürsorge.

Abg. **Rädel** (Komm.) wendet sich gegen die Vorlage, weil sie die Vorbereitung für die beabsichtigte Staffelung der Erwerbslosenfürsorge nach Lohnklassen bedeute. Die Staffelung wolle aber nichts anderes als den Abbau der Unterstützungssätze.

Abg. **Dißmann** (Soz.)

weist darauf hin, daß die letzte Regelung der Erwerbslosenfürsorge vom Februar d. J. nur eine ganz geringe Erhöhung der Unterstützungen gebracht hat, alle sozialdemokratischen Anträge sind damals von den bürgerlichen Parteien abgelehnt worden. Die Sozialdemokratie muß verlangen, daß endlich eine weitere Erhöhung der Unterstützungen der Erwerbslosen und auch der Kurzarbeiter erfolgt. Je länger die Erwerbslosigkeit andauert, um so schlimmer wird die Not der Millionen, die auf Unterstützung angewiesen sind. Die Regierung ist aber weit davon entfernt, die Frage der Aufbesserung der Unterstützungen aufzurollen. Wir haben bisher erreicht, daß die Zwischenlösung bis zum 2. Juli verlängert worden ist und wir fragen jetzt die Regierung, ob sie noch vor den Sommerferien des Reichstags die jetzigen Unterstützungssätze sichern will. Es ist unmöglich, daß der Reichstag auseinandergeht, ohne daß diese Frage geregelt wird. Zu der Vorlage selbst erklärt der Redner:

Wir stimmen der Erhebung zu, weil sie die Grundlage für die Verbesserung der Erwerbslosenunterstützung und für die spätere Erwerbslosenversicherung schaffen soll. Wir müssen es aber auf das entschiedenste ablehnen, daß durch eine Neuregelung der Erwerbslosenunterstützung eine Verschlechterung herbeigeführt werden wird.

Wir werden nie dazu unsere Hand bieten, einer solchen Absicht würden die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei den schärfsten Kampf ansagen. Wenn wir der jetzigen Vorlage zustimmen, so identifizieren wir uns also in keiner Weise mit etwaigen Vorlagen und Anträgen, die etwa noch zu erwarten sind, wir werden keiner Regelung zustimmen, die in der Praxis eine Verschlechterung bedeutet. Wir verlangen im Gegenteil eine Aufbesserung der Unterstützungen für die Erwerbslosen und ebenso die Sicherstellung der Unterstützungen für die Millionen von Kurzarbeitern. Wir verlangen weiter, daß den Arbeitslosen, die arbeiten wollen, auch Erwerbsmöglichkeiten gegeben werden.

Reichsarbeitsminister **Brauns** teilt mit, daß eine Vorlage auf Verlängerung der Unterstützung für Erwerbslose und Kurzarbeiter über den 2. Juli hinaus bereits die Regierung beschäftige, es sei zu erwarten, daß sie in den nächsten Tagen dem Reichstag zugehen werde. Es sei unmöglich, im jetzigen Augenblick eine Aenderung der Erwerbslosenfürsorge durchzuführen, **die Regierung denke nicht daran, die gegenwärtigen Vorschriften zu verschlechtern.**

Der Gesetzentwurf wird darauf in allen drei Lesungen angenommen.

Der Gesetzentwurf zur Aenderung des Gesetzes betr. die Gesellschaften m. b. H., der das Gesellschaftskapital auf 20 000 M. erhöht, wird in dritter Lesung mit einem Zusatzantrag Rießer (D. Vp.) angenommen, wonach das Gesetz am 1. Juli 1926 in Kraft tritt.

Es folgt die Fortsetzung der dritten Beratung des Gesetzentwurfs zur

Abänderung des Reichsknappschaftsgesetzes

in Verbindung mit dem von den Regierungsparteien eingebrachten Gesetzentwurf zur Aenderung der Reichsversicherungsordnung und des Angestelltenversicherungsgesetzes.

Abg. Frau **Schroeder**-Schleswig-Holstein (Soz.) begründet einen Antrag der Sozialdemokratischen Partei, wonach die Waisenrente und Kinderzulagen für Pensionsempfänger nicht, wie es die Vorlage will, auf 15 Jahre herabgesetzt, sondern auf dem bisherigen Stande bis zu 18 Jahre erhalten bleiben sollen. Die wenigen Verbesserungen, die der Gesetzentwurf bringt, können die Verschlechterungen, von denen bei der Herabsetzung der Waisenrente und Kinderzulage gerade die Aermsten der Armen betroffen werden, nicht wettmachen. Es handle sich um Kinder, die im Augenblick, wo sie die Schule verlassen, schon in den Broterwerb hineingeführt werden, ohne Rücksicht darauf, welche Wünsche sie selbst für ihr ferneres Leben haben. Die Beträge, die ihnen bisher gezahlt wurden, sind so gering, daß sie nicht zur Verbesserung ihrer schlechten Lebenshaltung beitragen. Eine tiefe Erbitterung würde in Tausende von Familien hineingetragen werden, wenn die Verschlechterungsbestimmungen des Gesetzes in Kraft treten sollten.

Der sozialdemokratische Antrag wird von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt.

Abg. **Wissell** (Soz.)

begründet einen sozialdemokratischen Antrag, wonach im Fall einer Unfallrente die Invalidenrente nicht ruhen soll. Es handle sich um Beseitigung eines schreienden Unrechts, wofür der Redner verschiedene Beispiele anführt.

Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag will für den Fall, daß jemand Beiträge zur Invaliden- und Angestelltenversicherung gezahlt hat, ihm wenigstens einen Teil der durch die Doppelversicherung erwachsenden Rechte erhalten bleiben soll.

Ministerialdirektor **Grieser** bestreitet, daß durch den neuen Entwurf die Lage der Versicherten verschlechtert werde.

Abg. **Wissell** (Soz.) betont demgegenüber, daß es das Ziel der Abänderungsanträge sei, zu verhüten, daß die Lage der Versicherten durch die Vorlage verschlechtert werde.

Ministerialdirektor **Grieser** erklärt, die Regierung werde die ganze Frage bis zur dritten Lesung nochmals prüfen.

Die sozialdemokratischen Anträge werden abgelehnt.

Der Gesetzentwurf der Regierungsparteien wird in seinen Einzelheiten im wesentlichen nach den Ausschußbeschlüssen erledigt. — Die dritte Lesung wird mit Rücksicht auf die Regierungserklärung auf Mittwoch zurückgestellt.

Die einzelnen Artikel des Gesetzentwurfes zur Aenderung des Reichsknappschaftsgesetzes werden unter Ablehnung aller Abänderungsanträge angenommen. Vor der Schlußabstimmung, die auf Antrag der Zentrumsfraktion namentlich ist, erklärt Abg. **Moldenhauer** (D. Vp.), daß ein Teil seiner Freunde sich der Stimme enthalten werden.

Abg. **Janschek** (Soz.)

gibt eine Erklärung ab, wonach die Sozialdemokratische Partei sich durch entsprechende Anträge bemüht habe, das Gesetz zu verbessern. Das sei ihr nicht in vollem Umfange gelungen, besonders nicht bei der Zulassung von Ersatzkassen, bei der Zweiteilung der Arbeiter, bei der Pensionsversicherung und bei den einzelnen Steigerungssätzen. **Trotzdem werde die sozialdemokratische Fraktion dem Gesetz zustimmen, weil bei dessen Ablehnung die Einführung der Familienunterstützung verhindert werden würde.**

Abg. **Schwan** (Komm.) erklärt, daß die kommunistische Fraktion gleichfalls für das Gesetz stimmen werde.

Das Gesetz wird darauf mit 320 Stimmen gegen 58 der Deutschnationalen und 8 Enthaltungen der Deutschen Volkspartei angenommen.

Präsident **Löbe** sagt im Namen des Hauses dem Sozialpolitischen Ausschuß den Dank dafür, daß dieser in einer mit sonstigen Arbeiten so reich gesegneten Zeit diese umfangreiche Vorlage so schnell durchgearbeitet habe. Hoffen wir, daß das Gesetz sich zum Segen der Beteiligten auswirken möge. (Bravo!)

Es folgt die Abstimmung über einen deutschnationalen Initiativantrag, der die Regierung auffordert, die Versicherungsanstalten zu vierteljährlichen Abrechnungen zu veranlassen.

Reichsarbeitsminister Dr. **Brauns** wendet sich gegen diesen Antrag, weil es aus technischen Gründen ganz unmöglich sei, vierteljährliche Berichte herauszugeben.

Abg. **Hoch** (Soz.)

erinnert daran, daß die sozialdemokratische Fraktion bei jeder Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums eine schnellere Berichterstattung der Versicherungsanstalten gefordert habe. Jetzt liegen erst die Abrechnungen der Unfall- und Invalidenversicherung aus dem Jahre 1924 vor. (Hört, hört!) Man erhält aber den Eindruck, als ob es den Deutschnationalen mit ihrem Antrage nur darauf ankomme, Material zur Unterstützung des Geschreies der Unternehmer über die hohe Sozialbelastung zu erhalten. Die sozialdemokratische Fraktion werde gegen den deutschnationalen Antrag stimmen, weil es unmöglich sei, in vierteljährlichen Abständen Berichte zu verlangen.

Nach weiterer kurzer Debatte wird der deutschnationale Antrag abgelehnt.

Es soll nunmehr die erste Beratung eines **Entwurfs eines zweiten Gesetzes über den Volksentscheid, der die Aufwertung vom Volksentscheid ausnehmen will,** folgen. Abg. Dr. **Rießer** beantragt diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen. Die Absetzung von der Tagesordnung wird nach einer Geschäftsordnungsdebatte mit 166 gegen 149 Stimmen abgelehnt, dagegen beschlossen, daß der Gesetzentwurf über den Volksentscheid nach der Erledigung der Vorlage über den Mieterschutz beraten werden soll.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur

Abänderung des Mieterschutzgesetzes

in Verbindung mit einem von der Wirtschaftlichen Vereinigung eingebrachten Gesetzentwurf betr. Neuregelung der Bestimmungen über die Kündigung eines Mietverhältnisses bei Grundstücken.

Auf Vorschlag des Präsidenten **Löbe** wird eine Redezeit von einer halben Stunde angesetzt.

Abg. **Lipinski** (Soz.):

Bei der Beratung dieses Gesetzes im Ausschuß ist von den Vertretern der Interessenten mit einer Hartnäckigkeit gekämpft worden, die einer besseren Sache würdig gewesen sei. Noch bei keiner anderen Gelegenheit ist das nackte Interesse einzelner Gruppen so wahrgenommen worden, wie hier. Die Interessenvertreter der Hausbesitzer haben im Ausschuß Forderungen gestellt, die bald über das hinausgehen, was die Hausbesitzerorganisationen selbst verlangt haben. Man gibt vor, den Mietern zu dienen durch die Behauptung, daß man durch die freie Wirtschaft den Wohnungsbedarf decken könne. In Wirklichkeit geht die Tendenz dahin, die Wohnungsmieten weit über die Friedensmieten hinaus zu erhöhen, um dadurch einer kleinen Gruppe von Hausbesitzern einen Mehrnutzen von 2 bis 3 Milliarden Mark im Jahre zuzuschanzen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist ein Antrag gestellt worden, wonach der Wucher bei der Vermietung und Vermittlung von Wohnungen bestraft werden soll. Ist das aber nicht Wucher, wenn eine 200- bis 300prozentige Erhöhung der Friedensmiete, wie es im Ausschuß geschah, als berechtigt anerkannt wird? Die Absicht, den Hausbesitzern noch weitere Milliarden Goldmark zuzuführen, wird mit der Behauptung verbunden, daß die Hausbesitzer mit der Regelung durch dieses Gesetz Schaden erleiden würden. Nach einer amtlichen Aufstellung aus Chemnitz ist dort bei fünf Häusern, die zusammen mit 8899 Mark belastet waren, noch ein Ueberschuß von 2789 Mark erzielt worden. Diese Feststellung verträgt sich nicht mit der Behauptung so vieler Hausbesitzer, daß sie unter den augenblicklichen Verhältnissen große Not leiden müßten. Um den Mieterschutz zu beseitigen und die freie Wirtschaft auf den Wohnungsmarkt wieder einzuführen, wird nun behauptet, die freie Wirtschaft sei durchaus in der Lage, den Wohnungsbedarf zu decken. Schon in der Friedenszeit hatten wir aber einen Mangel an kleinen Wohnungen, wodurch die Mieten unausgesetzt gesteigert wurden.

Heute haben wir einen Fehlbedarf von etwa 1 100 000 Wohnungen. Zu ihrer Erbauung wäre ein Kapital von 132 Goldmilliarden notwendig. Es ist unmöglich, eine solche Summe bei den heutigen Kreditverhältnissen aufzubringen.

Bei den augenblicklichen Zinssätzen würde das eine außerordentliche Verteuerung der Wohnungen zufolge haben, wenn sie durch die freie Wirtschaft errichtet werden würden. Es ist bezeichnend für die jetzigen Zustände, daß bei einer solchen riesigen Wohnungsnot 30 Proz. der Bauarbeiter arbeitslos sind, und daß auf der anderen Seite die 300 Millionen Kredit, die das Reich zur Verfügung gestellt hat, von den Ländern und Gemeinden nicht abgefordert worden sind, weil die Zinssätze zu hoch sind und die Wohnungen so teuer werden würden, daß sie niemand bezahlen könnte. Da aber die freie Wirtschaft nicht in der Lage ist, den Wohnungsbedarf zu decken, bleibt nichts anderes übrig, als den Mieterschutz zu erhalten und ihn auszubauen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Tatsache, daß Wohnungen in den neuerbauten Häusern nicht vermietet werden können, zeigt auch, daß die freie Wirtschaft, die das allgemein zur Folge haben würde, nicht wieder hergestellt werden darf.

Wir dürfen nicht den Mieterschutz beseitigen und dadurch die Mieten der alten Wohnungen auf den Stand der Mieten in den Neubauten bringen, sondern müssen den umgekehrten Weg gehen, die Neubaumieten soweit zu senken, daß sie an die Friedensmieten herankommen. In einigen Städten ist das schon erreicht worden, besonders dort, wo auf gemeinnützigem Wege Wohnungen gebaut wurden. Wenn auf solchem Wege weitergegangen wird, dann werden wir die Angleichung der Neubaumieten an die Mieten der alten Wohnungen erreichen. Bezeichnend ist ein Antrag der Deutschnationalen Partei, wonach bei Abschluß von neuen Mietsverträgen die Mieterschutzbestimmungen wegfallen sollen. **Die Annahme dieses Antrages würde bedeuten, daß jährlich 150 000 jungen Leuten, die eine freiwerdende Wohnung beziehen, die Begründung eines eigenen Hausstandes unmöglich gemacht wird, weil sie die Summen für die Mieten nicht aufbringen können.** Im Ausschuß wurde auch die Aufhebung des Schutzes für gewerbliche Räume verlangt. Dieses Verlangen wurde unterstützt durch eine Eingabe des deutschen Industrie- und Handelstages, von der aber kein Mensch weiß, welche Stelle sie verfaßt hat. Heute ist dem Reichstag ein Plakat zugegangen, das die Behauptung aufstellt, daß in Berlin die freien gewerblichen Räume zu den vermieteten im Verhältnis von 2 zu 1 stehen. Es mag sein, daß im Innern der Stadt Berlin, wo durch die Aufgabe von Räumen seitens der Behörden und durch die Auflösung so vieler Inflationsgründungen ganz besondere Verhältnisse entstanden sind. Im allgemeinen verhält es sich aber ganz anders mit den gewerblichen Räumen, wie die Erfahrungen, besonders in Württemberg und Hamburg, wo man den Mieterschutz für gewerbliche Räume aufgehoben hat, beweisen. Im Ausschuß hat man immer wieder versucht, weitere Lockerungen des Mieterschutzes vorzunehmen und diese Versuche werden hier voraussichtlich aufs neue unternommen werden. Wir wenden uns ganz entschieden dagegen.

Wir lehnen auch die Bestimmung ab, wonach die Räumungsfristen bei Nichtzahlung der Miete von zwei auf einen Monat herabgesetzt werden soll. Selbst die bayerische Regierung lehnt diese Bestimmungen ab, weil die Gemeinden gar nicht in der Lage sind, den Exmittierten die notwendigen Unterkunftsräume zur Verfügung zu stellen.

Wir dürfen nicht die Hand dazu bieten, daß die Zustände im Wohnungswesen noch verschlimmert werden.

Wir verkennen nicht, daß der Gesetzentwurf einige Vorteile bringt, aber gegenüber den Verschlechterungen der bisherigen Bestimmungen sind sie nicht sehr wesentlich. Wir haben bisher noch keine Begründung dafür erhalten, daß der Mieterschutz nur um ein Jahr verlängert werden soll. Es wäre doch eigentlich selbstverständlich, daß der Mieterschutz bis mindestens zum 1. April 1928, wo der Finanzausgleich abläuft, verlängert wird. Wir haben bei den Beratungen immer wieder den Eindruck gewonnen, daß man auf alle mögliche Weise versuchen will, den Mieterschutz so schnell wie möglich abzubauen. Wir wenden uns aufs schärfste dagegen und verlangen, daß durch öffentliche Aufbringung von Mitteln der Wohnungsbau gefördert und dadurch der Wohnungsnot gesteuert werde. Wenn man, wie es im Ausschuß geplant war, gegen den Mietwucher vorgehen will, so muß man auch einzelne Behörden heranziehen, die, wie besonders die Eisenbahnbehörde für ihre Räume außerordentlich hohe Mieten verlangen, und sich dadurch gleichfalls des Mietwuchers schuldig machen. Zum Schluß forderte der Redner den Reichstag auf, seine Hand nicht dazu zu bieten, den Mieterschutz zu verschlechtern. Die sozialdemokratische Fraktion hat eine Reihe von Anträgen eingebracht, die Verbesserungen der Vorlage zum Ziele haben. Von der endgültigen Fassung der Vorlage wird die Sozialdemokratie ihre Stellungnahme dazu abhängig machen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Gegen 6 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch nachmittag 2 Uhr. Schweden und Dänemark, Mieterschutz, Abänderung des Gesetzes über den Volksentscheid.

Um den Potemkinfilm.

Württembergischer Einspruch vor der Oberprüfstelle.

Der Potemkinfilm, der in allen Großstädten jetzt wochenlang gelaufen ist, wird von allen Seiten als ein erstklassiges Kunstwerk anerkannt. Zähneknirschend muß selbst die Rechtspresse zugestehen, daß dieser Film ein ganz ungewöhnliches künstlerisches Ereignis ist. Das atemraubende Tempo, mit dem hier die Szenen aus dem russischen Revolutionsjahr 1905 sich vor dem Zuschauer abspielen, reißt auch den Widerwilligen mit. Der gewaltige Kampf des russischen Volkes um seine Freiheit, die Auflehnung gegen die jahrhundertelange zaristische Knechtschaft wird hier mit einer wunderbaren Darstellungskraft geschildert. Bis zum letzten Bilde bleibt man im Banne dieser unerhörten Leistung von der eine starke Anregung auf die Entwicklung des Films zweifellos ausgehen muß.

Der Film hat mit Bolschewismus genau so wenig oder in Wirklichkeit noch weniger zu tun als wie etwa der Film „Fridericus Rex". Er ist nur sehr viel besser als die Machwerke, mit denen die Nationalisten und Monarchisten in Deutschland ihre Propaganda kümmerlich betreiben. Der Potemkinfilm ist ein Ausschnitt aus dem gewaltigen Freiheitskampfe des russischen Volkes, aus dem Kampfe um Demokratie und Selbstbestimmung. Er zeigt die Rebellion gegen brutale Gewalt und Unterdrückung. Im übrigen ist er nichts anderes als eine getreue Darstellung geschichtlicher Ereignisse. Die Veröffentlichungen, die z. B. der „Vorwärts" im Jahre 1905 über die Odessaer Vorgänge gebracht hat, stimmen fast wörtlich mit dem erläuternden Text und dem Inhalt des Potemkinfilms überein.

Wir haben in Deutschland die Freiheit der Propaganda in Wort, Schrift und Bild. Sie kann nur da eingeschränkt werden, wo eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Ordnung vorhanden ist. Aus politischen Gründen darf infolge dessen ein Film nicht verboten werden. Die Zensur hat deshalb aus dem ursprünglichen Film zwar einige Szenen gestrichen, im übrigen aber den Film freigegeben. Er ist in Tausenden von Lichtspieltheatern zur Verführung gekommen ohne daß „Ruhe und Ordnung" auch nur im geringsten gestört worden sind. Im Gegenteil, die Tatsache, daß man in Deutschland ohne Rücksicht auf die politische Tendenz jedes Kunstwerk vorführen kann, und daß die Zensur nicht mehr der politische Vormund der Bevölkerung ist, muß auf breite Massen der Bevölkerung beruhigend wirken. Nur die Reaktion kann sich mit diesem Zustand nicht befreunden. Sie möchte unter allen Umständen durchsetzen, daß im Film nur ihre Auffassung zur Worte kommen kann. In Württemberg hat der Polizeiminister die Vorführung des Films zunächst in Stuttgart und dann generell für ganz Württemberg verboten. Er hat dann bei der Oberprüfstelle Einspruch gegen die Freigabe des Films erhoben. Die Filmoberprüfstelle hat eine erneute Prüfung angeordnet. Es besteht die Gefahr, daß auf dem Umwege über parteipolitisch befangene Beisitzer jetzt nachträglich doch noch ein Verbot des Films erlassen wird.

Gegen solche Absichten muß aus grundsätzlichen Erwägungen heraus ganz energisch protestiert werden. Die Filmzensur hat sich unter allen Umständen von jeder politischen Erwägung freizuhalten. Die Bevölkerung hat das Recht, Filmkunstwerke aller politischen Richtungen kennen zu lernen. Die Filmoberprüfstelle ist nicht dazu da, die Freiheit in der Auswahl des Filmbesuches irgendwie zu beschneiden oder einzuschränken. Was heute dem Potemkinfilm passieren kann, wird morgen jeden anderen Film treffen. Die Reaktion versucht in Deutschland, auch auf geistigem und kulturellem Gebiete mit den Mitteln brutalen Terrors ihre illegale Herrschaft zu errichten. Der Fall Lessing ist offenbar nur als erster Vorstoß gedacht. Ein Verbot des Potemkinfilms würde auch nur bedeuten, daß man auch bei Filmen die gleichen Methoden des Terrors anwenden will.

Das widerspricht allen Grundsätzen, auf denen unser öffentliches politisches Leben aufgebaut ist. Wenn den Reaktionären der Erfolg des Potemkinfilms unangenehm ist, dann sollen sie durch bessere Leistungen die Scharte auswetzen. Eine getreue Darstellung der Geschichte der Hohenzollern z. B. wird sicher dem unterstützungsbedürftigen Bedürfnis der Monarchisten Millionen neuer Anhänger zuführen. Nicht nur die Geschichte Wilhelms II. gibt dazu glänzende Gelegenheit. Kein Mensch wird in Deutschland im Lager der Linken auf die Idee kommen, das Verbot solcher Filme zu verlangen. Im Gegenteil, je naturgetreuer die Hohenzollern geschildert würden, desto angenehmer kann es den Republikanern sein. Niemand hat z. B. ein Verbot des „Fridericus Rex-Films" verlangt. Man hat den Film kritisiert, und die Rechtspresse weiß ja selber, daß dieser Kitsch einen Vergleich mit dem Potemkinfilm nicht aushalten kann. Man muß erwarten, daß die Filmoberprüfstelle sich bei ihren Entscheidungen von jeder parteipolitischen Befangenheit fernhält.

Gewerkschaftsbewegung

Herr Körner verkündet ein neues Tarifrecht.

Soweit es den Unternehmern paßt . . .

Vom AfA-Bund wird uns geschrieben:

Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin hat unter Vorsitz des Gewerberats Körner am 9. Juni einen Schiedsspruch gefällt, der u. a. vorsieht, daß „sofern die wirtschaftlichen Verhältnisse des Betriebes es erfordern, besonders zur Vermeidung von Entlassungen, mit den einzelnen Angestellten eine von den Tarifsätzen abweichende Regelung getroffen werden kann. Sollte im Betriebe eine Verständigung nicht zu erzielen sein, dann trifft eine Kommission, bestehend aus je drei von den Vertragsparteien zu ernennenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern, eine bindende Entscheidung".

Diese Bestimmungen des Schiedsspruchs stehen im stärksten Widerspruch zu dem geltenden Tarifrecht. Damit bieten behördliche Organe die Hand für eine Durchbrechung der Tarifvertragsordnung in bezug auf die Unabdingbarkeit der Tarifverträge. Der AfA-Bund hat im Auftrage seiner ihm angeschlossenen Verbände dem Reichsarbeitsministerium eine Eingabe übermittelt, in der er fordert, daß das Reichsarbeitsministerium sofort die Schlichtungsbehörden anweist, Schiedssprüche dieser Art für die Zukunft nicht zu fällen. Dieser Schiedsspruch, der für die Nordostdeutsche Textilindustrie gefällt ist, hatte bereits einen Vorgänger in einem Schiedsspruch für die Bremer Industrie. Es ist erforderlich, daß das Reichsarbeitsministerium in aller Entschiedenheit den Schlichtungsbehörden und der Oeffentlichkeit gegenüber zum Ausdruck bringt, daß sie derartige Schiedssprüche, die dem kollektiven Arbeitsrecht Hohn sprechen, nicht fällen dürfen.

Der AfA-Bund hat in seiner bereits erwähnten Eingabe aus diesem Grunde dem Reichsarbeitsministerium unter anderem auch die folgenden Fragen vorgelegt: Ist das Reichsarbeitsministerium bereit, anzuordnen, daß

1. Träger der Tarifverträge nur die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind,
2. Abänderungen des Inhalts der Tarifverträge nur von den Vertragsparteien vorgenommen werden dürfen,
3. Schiedssprüche von Schlichtungsbehörden, die den Abschluß von Tarifverträgen ersetzen, keine Fassung erhalten dürfen, die die gesetzlich festgelegte Unabdingbarkeit aufheben?

Eine möglichst umgehende Beantwortung dieser Frage ist dringend erforderlich. Ein Tarifrecht mit Ausnahmen nach Lage der „wirtschaftlichen Verhältnisse" ist kein Tarifrecht. Dann lieber Kampf.

18 Wochen Kampf gegen Lohnabbau.

Beendigung des Formerstreiks bei Bergmann in Rosenthal.

Am Freitag voriger Woche haben zwischen der Generaldirektion der Firma Bergmann und den Vertretern des Deutschen Metallarbeiterverbandes Ziska und Kech wegen des Streiks im Werk Rosenthal Verhandlungen stattgefunden. Nach längerem Verhandeln erklärte sich die Direktion bereit, nach Wiederaufnahme der Arbeit eine Neufestsetzung der Akkordpreise vorzunehmen. Die Akkordpreise sollen so festgesetzt werden, daß der Verdienst dem Durchschnittsverdienst gleichwertiger Akkordarbeiter in anderen Berliner Gießereien entspricht. Akkordstreitigkeiten sollen nach den Bestimmungen des Rahmenvertrags der Berliner Metallindustrie geregelt werden. Mit Ausnahme einiger Handformer, die wegen technischer Umstellung der Handformerei nicht mehr benötigt werden, sollen alle am Streik Beteiligten wieder eingestellt werden.

Die Streikenden nahmen am Montag zu dem Verhandlungsergebnis Stellung. Sie erklärten sich grundsätzlich mit dem Angebot der Direktion einverstanden, beauftragten jedoch die Organisationsvertreter, noch einmal in Verhandlungen zu treten, um eine genaue Festlegung des garantierten Durchschnittsverdienstes durchzusetzen. In den nochmaligen Verhandlungen am Dienstag war die Direktion jedoch zur Abänderung ihres schriftlich formulierten Vorschlags nicht zu bewegen. Die Streikenden nahmen in einer Versammlung am Dienstag daraufhin nochmals zur Situation Stellung und beschlossen nach einer eingehenden Aussprache in geheimer Abstimmung gegen eine starke Minderheit, den Vorschlag der Direktion anzunehmen.

Die Arbeitsaufnahme erfolgt ab Montag nächster Woche. Die Versammelten waren sich darüber klar, daß es nach Aufnahme der Arbeit aller Anstrengungen bedürfen wird, um die Firma auch zur Durchführung der getroffenen Vereinbarungen anzuhalten. Dazu sind die Streikenden entschlossen. Es muß anerkannt werden, daß der 18wöchige Streik in einer mustergültigen Weise geführt wurde. Nur wegen der gesamten ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse war es den Streikenden nicht möglich, ihre Forderungen restlos durchzusetzen. Die Firma Bergmann wird aus diesem Streik die Lehre ziehen müssen, daß es mit den bisherigen Produktionsmethoden und dem Nichteinhalten von gegebenen Versprechungen nicht so weiter geht. Die Arbeiterschaft ist entschlossen, mit dem Lohnabbau Schluß zu machen!

Moskau führt . . .

Aber die Amsterdamer siegen.

Die zu gestern abend nach den Sophien-Sälen einberufene Branchenversammlung der Maschinen-, Auto- und Reparaturschlosser wies wegen der wichtigen Tagesordnung „Neuwahl der Branchenleitung" einen äußerst starken Besuch auf. Kurz nach Eröffnung der Versammlung durch den Genossen Urich wurde die Wahl durch Abstimmung per Stimmzettel vorgenommen. Bekanntlich hatte die Vertrauensmännerkonferenz die Wiederwahl der aus Anhängern beider politischen Richtungen bestehenden Branchenkommission vorgeschlagen. Die kommunistischen Mitglieder der Branchenkommission lehnten aber in der vorigen Branchenversammlung die Kandidatur in der vorgeschlagenen Form ab. Sie kandidierten auf einer rein „oppositionellen" Liste. Von „Einheitsfront" keine Spur. Hoffte doch Moskau auf den Sieg über Amsterdam. Die Anhänger der Amsterdamer Richtung waren nun gezwungen, auch eine rein Amsterdamer Liste aufzustellen.

Die Kommunisten glaubten anscheinend, daß jetzt infolge der auch in dieser Branche sehr starken Arbeitslosigkeit der günstige Augenblick gekommen sei, die Branchenleitung ganz in ihre Hand zu bekommen. Die Abstimmung ergab aber mit 489 gegen 456 Stimmen die Wahl der Amsterdamer Richtung mit dem bisherigen Branchenleiter Genossen Eckert. Die Kommunisten hatten den letzten Mann aufgeboten, während die Gegner der Moskauer Diktatur vielfach aus Bequemlichkeit zu Hause geblieben waren. Unsere Genossen haben gute Arbeit geleistet. Am Sonntag muß es noch besser werden.

Die englischen Bergarbeiter stehen fest.

Noch eine längere Kampfdauer wahrscheinlich.

London, 22. Juni (Eigener Drahtbericht). Der Vorsitzende des britischen Bergarbeiterverbandes Herbert Smith erklärte am Dienstag, daß die Meldungen über bevorstehende Verhandlungen wegen einer Aenderung in der Haltung der Exekutive der Bergarbeiter gegenüber den Fragen der Arbeitszeit und der Lohnherabsetzung falsch seien. Er, Smith, habe in den letzten Tagen vor rund 200000 Bergarbeitern gesprochen und die völlige Gewißheit erhalten, daß die Politik der Exekutive durchaus in Uebereinstimmung mit der Stimmung unter den Bergarbeitern stehe. Diese zeigten eine größere Entschlossenheit denn je. Insbesondere sei bemerkenswert, daß die Frauen der Bergarbeiter, die von den Folgen der Aussperrung am stärksten betroffen würden, durchaus entschlossen seien, lieber auszuharren, als nachzugeben. Man müsse sich daher noch auf eine längere Dauer des Kampfes gefaßt machen.

Die Regierung im Dienste der Unternehmer.

London, 22. Juni. (WTB.) Reuter verbreitet folgende Mitteilung: Der Aufschub der Debatte über den in der Gesetzesvorlage vorgesehenen Achtstundentag wird hier dahin gedeutet, daß neue Schritte zur Wiederaufnahme von Verhandlungen über den Bergarbeiterstreik eingeleitet seien. Die führenden Männer beider Parteien ziehen gegenwärtig eine Verminderung der Löhne einer Verlängerung der Arbeitszeit vor. Die gestern eingebrachte Gesetzesvorlage sieht vor, daß die Erlaubnis zum Achtstundenarbeitstag fünf Jahre in Kraft bleiben soll. Die Vorlage zur Reorganisation der Bergwerke beabsichtigt die Verschmelzung von Bergwerksunternehmungen zu ermöglichen, wobei jeder Plan, der die Bewegungsfreiheit der Bergwerksbesitzer einschränken würde, vermieden (!) wird, da die Verschmelzung gemeinsam mit dem Handelsamt durchzuführen ist. Die Vorlage schlägt weiter die Erhebung von einem Schilling jährlich auf je 20 Schilling Bruttoertrag der Besitzer vor; die dadurch gesammelten Beträge sollen zum Wohle der Arbeiter verwendet werden, z. B. zur Einrichtung von Bädern in den Bergwerken. Gleichzeitig sollen sie aber die Unternehmer in den Stand setzen, eine Art Gewinnbeteiligung der Arbeiter zu schaffen.

Der Film „Freies Volk"

läuft mit großem Erfolg in Ballschmieders Lichtspielen, Badstr. 16

Gewerkschaftskollegen und Genossen werden ersucht, ihn zahlreich zu besuchen. Von dem Besuch hängt es ab, wie lange der Film läuft.

Schiedsspruch im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Essen, 22. Juni. (TU.) Die Verhandlungen über den künftigen Lohn- und Arbeitszeitvertrag, sowie über die Erneuerung des Rahmenvertrages für die Arbeiter der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke des Rheinlandes und Westfalens wurden am Montag in später Abendstunde nach dreitägiger Dauer beendet. Die Arbeitgeber machten bezüglich der Erneuerung des Rahmenvertrages einige Zugeständnisse in der Gewährung von Krankenlöhnen und von Urlaub. Der Lohn- und Arbeitszeitvertrag wurde durch Schiedsspruch unverändert ab 1. Juli wieder in Kraft gesetzt.

SPD.-Metallarbeiter!

Aus jedem Betriebe müssen Kollegen am Mittwoch, den 23. Juni 1926, in der Zeit von 4 bis 8 Uhr nach dem Lokal Zschiesing, Ackerstraße 1, kommen, um wichtiges Material abzuholen. Kein Betrieb darf fehlen. Parteiausweis und Mitgliedsbuch legitimiert.

Zu der Kundgebung des Gesamtbetriebsrats des AEG.-Konzerns wird uns mitgeteilt, daß als Unterzeichner irrtümlich die Betriebsratsmitglieder Qualitz und König genannt sind.

Der Viktoria-Speicher, Köpenicker Str. 24a, ist von heute früh an gesperrt, weil die Firma nicht den Tarif anerkennt, den der Deutsche Verkehrsbund mit dem Arbeitgeberverband der Speichereibetriebe abgeschlossen hat. Vor Zuzug wird gewarnt.

Heute, AfA-Funktionäre der Metallindustrie!

Da die Verhandlungen am Montag mit dem DBMV. wiederum ergebnislos verlaufen sind, wird nunmehr ein vereinbartes Schiedsgericht über diese Streitigkeit einen Schiedsspruch fällen. Heute abend 7 Uhr tagt in Haverlands Festsälen, Neue Friedrich-, Ecke Rochstraße, eine AfA-Funktionärversammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zum Schiedsspruch über den neuen Gehaltstarif. Bei der Wichtigkeit der zu fassenden Beschlüsse erwarten wir das Erscheinen aller AfA-Funktionäre.

AfA-Metallkartell: Butab (Günther). DBV. (Rothe). ZdA. (Lange).

SPD.-Metallarbeiter des 7. Bezirks. Heute abend sendet jeder Betrieb einen Genossen um 7½ Uhr zu Richter, Manteuffelstr. 5. Parteiausweis legitimiert.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Mittwoch, abend 7½ Uhr tagen die Gruppen: **Neukölln** I: Jugendheim Bergstr. 29, Hof. Vortrag: „Der neue Tarif". **Schöneberg:** Jugendheim Rubensstraße (Sportplatz). Diskussionsabend: „Aus den Betrieben". **Südwesten** (Kreuzberg 2): Bezirksjugendheim Städtische Schwimmhalle, Bärwaldstr. 64. Vortrag: „Die Bedeutung der Sonnenwendfeier". **Norden:** Jugendheim Metallarbeiter-Verbandshaus, Linienstr. 83—85, 1. Portal, 2 Tr. Diskussion: „Die gesellschaftliche Stellung der Jugend". — **Nordring:** Jugendheim Eberswalder Str. 10. „Frohsinn und Heiterkeit". — **Charlottenburg:** Jugendheim Deutsches Krankenkassenhaus, Berliner Str. 137. Heiterer Abend. Die brimattreuen Spandauer besuchen uns. — **Es spielen im Freien** ab 7 Uhr die Gruppen Landsberger Platz, Frankfurter Allee, Mitte im Friedrichshain, Platz 4, Lichtenberg spielt im Treptower Park, Wiese 1. Gesundbrunnen und Wedding spielen im Schillerpark, Schülerwiese.

Jugendgruppe des ZdA. Heute, Mittwoch, abend 7½ Uhr finden folgende Veranstaltungen statt: **Abt. Lichtenberg:** Jugendheim Schule Goßlerstr. 61, „Eine Kaufmannsgerichtssitzung." **Abt. Neukölln:** Jugendheim Rogatstr. 33, Vortrag: „Körperkultur". **Abt. Wedding-Gesundbrunnen:** Jugendheim Schönstedtstr. 1 (Lehrerheim), 3 Tr. Vortrag: „Die Ursachen der Arbeitslosigkeit und der Weg zur Bekämpfung". **Abt. Charlottenburg:** Jugendheim Rosinenstraße 4. Ludwig-Thoma-Abend (Lausbubengeschichten u. a.) **Abt. Schöneberg:** Jugendheim Hauptstr. 15 (Krankenzimmer). Lichtbildervortrag.

Achtung, Zimmerer! Jungkameraden, wir weisen nochmals darauf hin, daß das Arbeiter-Kulturkartell Groß-Berlin am Sonnabend, den 26. Juni, am Reiherberg in Golm bei Potsdam eine „Sonnenwendfeier" veranstaltet. Laut Beschluß der letzten Lehrlingsversammlung vom 16. Juni fordern wir euch alle auf, geschlossen an dieser großen Feier teilzunehmen. Treffpunkt 6½ Uhr Potsdamer Bahnhof, Eingang zur Wannseebahn. Die Einlaßkarten zur Feier bezahlt die Organisation. Es ist notwendig, daß alle Jungkameraden pünktlich erscheinen, da die Fahrkarten für alle zugleich gelöst werden müssen, um in den Genuß des billigen Fahrpreises, 50 Pfg., zu gelangen. Führer sind die beiden Kameraden Hermann Kreth und Raymond Berg, welche euch am Bahnhof erwarten. An unsere älteren Kameraden richten wir die dringende Bitte, auf allen Arbeitsstellen unsere Jungkameraden auf diese Veranstaltung aufmerksam zu machen und für rege Beteiligung mit Sorge zu tragen. Mit kameradschaftlichem Gruß: Der Vorstand.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: K. S. Pächter; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen".

Billige Preise

Wochenendfahrt auf der Ostsee
Sonnabend/Sonntag, den 26./27. Juni
Ausflug von Berlin nach Rügen und zurück 20.00
Sämtliche Kosten einbegriffen, wie Eisenbahnfahrt III. Klasse, Dampferfahrt, Verpflegung einschließlich Trinkgeld. Familienbad. Tanzkapelle an Bord.
Ausführliche Prospekte in den Reisebüros der Warenhäuser Hermann Tietz.

Kleiderstoffe

Musselin reine Wolle, bedruckt, in großer Auswahl ..... Meter 1.45
Wolltaffet bedruckt, sehr aparte Muster, Meter 1.95
Wollbatist elfenbein, doppelbreit, Meter 2.65
Sportkostüm-Stoffe grau, ca. 130 cm breit ..... Meter 3.90
Crêpe marocain reine Wolle, ca. 100 cm breit, gestreift u. kariert, mod. Kleiderstoff, Meter 4.90
Rips elfenbein, ca. 130 cm breit ..... Meter 5.90

Waschstoffe

Musselin Baumwolle bedruckt, Mtr. 55 Pf.
Crêpe marocain bedruckt, ca. 100 cm breit ..... Meter 95 Pf.
Kunstseide mit Baumwolle (Waschseide) ..... Meter 1.20
Vollvoile bedruckt, ca. 100 cm breit, Meter 1.25
Foulardine seidenglänzend, moderne Muster ..... Meter 1.65
Crêpe marocain einfarbig, ca. 110 cm breit ..... Meter 1.95

Seidenstoffe

Bastkaros moderne Stellungen .... Meter 2.90
Chappevoile ca. 100 cm br., schwarz und marine .... Meter 2.90
Bastseide in modernen Farben, ca. 80 cm breit ..... Meter 3.90
Bastseide bedruckt, neue Muster ... Meter 3.90
Foulard reine Seide ca. 90 cm breit, Punktmuster, Meter 3.90
Satin riche und Givrin doppelbreit, für Kleider, Mtr. 4.90

Damen-Filzstumpen in vielen modernen Farben 3.50
Elegante Damen-Filzkappe mit fescher Bandgarnierung u. Ein-aus, in neuen Farben 5.75

Der grosse Beifall, den der Vergnügungspark bei den Kindern zur „Kinder-Woche" gefunden hat, veranlasst uns, diesen noch weiter bestehen zu lassen.
Von 9 bis 11½ Uhr **Morgen-Konzert** in unseren Häusern beim Vergnügungspark
Leipziger Strasse — Alexanderplatz — Frankfurter Allee

Waschetui mit Handtuch und Seife ..... 75 Pf.
Lavendelseife ..... Karton mit 3 Stück 95 Pf.
Garantie-Zahnbürsten Stück 25, 35, 50 Pf.
Gummischwämme versch. Größen 65, 85 Pf. 1.00

Welcher Damen-Reisehut aus Wollborde, mit Vises durchflochten, in mod. Farben 2.90
Fescher Damen-Trotteurhut Kopf aus Filz, Rand aus Kunstseide, mod. Formen u. Farben 4.90

HERMANN TIETZ

Schnellstopfapparat „Hertie" zum Stopfen von Wäsche, Gardinen, Strümpfen usw., für jede Nähmaschine passend ..... 60 Pf.

165

„Funkwetter".

Die Sonne hat Raritätswert erhalten. Unentwegt regnet es, nein, Regen ist eine zu schwache Bezeichnung, es wolkenbrucht wie in den Tropen, die geographischen Breiten scheinen irgendwie in Unordnung geraten zu sein, und auch die Jahreszeiten haben ihren durch Jahrtausende verbürgten Charakter verloren. Der Regen klatscht auf den Asphalt, springt zurück, Seen von schwindelhafter Ausdehnung bilden sich in wenigen Minuten, harmlose Straßenbahnen und Automobile entdecken plötzlich ihre Fähigkeit, zu schwimmen und wühlen Wellenberge auf wie rasende Motorboote. Städte, die sonst keinem Menschen etwas zu leide tun, stehen unter Wasser, die Landwirte denken an neue Kredite oder entschiedene Konkurse, die Feuerwehr hat sich in eine Wasserwehr verwandelt, und die Hotelbesitzer in den Bädern werden Tag und Nacht vom Albdrücken der Geschäftsaufsicht gequält. Alles ringt verzweifelt die Hände und fragt, wann der Sommer endlich seine eigentliche, traditionelle Tätigkeit aufnehmen werde. Krampfhaft sucht man nach Gründen und findet beinahe stichhaltige. Dieses Mal haben nicht die Juden schuld, selbst nicht einmal bei Hugenberg oder in anderen teutschen Blättern, sondern das Radio. Tatsächlich! Der Prügelknabe ist gefunden. Uebrigens ein sehr schwieriger Fall, der nur mit den Fingerspitzen zu betasten ist. Also, man will in einem Laboratorium festgestellt haben, daß die elektromagnetischen Wellen Feuchtigkeit erzeugen. Ueberall hört man Radio, überall regnet es, trauriges Zusammentreffen! Schrecklicher Gedanke, die übertragene Grabrede erzeugt einen Wolkenbruch, und der Torgauer Marsch einen sanft säuselnden Regen. Der Staat muß eingreifen und Abhilfe schaffen, sonst wird die Erde einfach fortgeregnet. Alle Wetterpropheten schütteln entsetzt die Köpfe, aber vielleicht ist das Ganze nur die Annahme eines erkälteten Hirns und man kann weiter Radio hören, ohne daß man Gewissensbisse bekommt, am Untergang der Erde im Regenwasser mitschuldig zu sein. Vielleicht besinnt sich der Juni doch noch kurz vor seinem Ende darauf, daß er der Monat ist, in dem der Sommer anfängt.

Das gestrige Gewitter über Berlin.

Zahlreiche Blitzeinschläge und Ueberschwemmungen.

Das Gewitter, das am gestrigen Dienstag mit einem wolkenbruchartigen Regen über Berlin hinging, hat an zahlreichen Stellen Blitzeinschläge zur Folge gehabt und verschiedentlich große Ueberschwemmungen hervorgerufen. Die Berliner Feuerwehr mußte in mehreren Fällen eingreifen, um die Gewitterschäden zu beseitigen. Besonders schwer wurden die Außenbezirke Berlins von dem Unwetter heimgesucht, so daß hier die Feuerwehr am meisten Hilfe leisten mußte. Glücklicherweise sind Menschenleben aber nicht zu Schaden gekommen. In der Wilhelmstraße, in Friedrichsfelde schlug der Blitz in einen Wagen der Straßenbahn, ohne daß jedoch einer der Fahrgäste verletzt wurde. In der Rubensstraße in Schöneberg traf ein Blitzschlag einen Verteilerkasten der Stromleitung der Straßenbahn, so daß Kurzschluß entstand und die Isolierungen in Brand gerieten. Die Feuerwehr konnte in kurzer Zeit jedoch die Gefahr beseitigen. Ebenfalls durch Blitzschlag entstand in Adlershof eine Störung der Hochleitung, die von der Feuerwehr abgestellt werden mußte. Des weiteren wurde die Feuerwehr mehrmals alarmiert, um überschwemmte Keller auszupumpen, so in der Kirchstraße 50 in Moabit und in der Sophie-Charlotte-Straße, wo der Wolkenbruch ganz besonderen Schaden angerichtet hatte.

Das Unwetter im Reich.

Im Laufe des gestrigen Tages sind über Dresden mehrere Gewitter niedergegangen, die von heftigen Regengüssen begleitet waren. Der Blitz schlug in der Neustadt in die Oberleitung der elektrischen Straßenbahn, so daß der Verkehr fast zwei Stunden unterbrochen werden mußte. Das Hochwasser der Elbe ist im Abflauen begriffen und ihr Dresdener Pegelstand betrug um 7 Uhr abends 3,90 Meter.

Der Landrat Ehrensberger, der im Auto, das er selbst lenkte, eine Inspektionsreise in das schlesische Ueberschwemmungsgebiet unternahm, fuhr, als er einem Radfahrer ausweichen wollte, gegen einen Baum. Der Landrat und der mitfahrende Regierungsreferendar Matzke wurden im Gesicht verletzt. Der Kreisbaumeister und der Chauffeur erlitten Quetschungen. Der Wagen ist stark beschädigt.

Die neue Hochwasserwelle der Oder droht jetzt auch dem bisher vom Hochwasser weniger betroffenen Gebiet der unteren Oder bei Stettin gefährlich zu werden. Die Oderortschaften von Schwedt abwärts sind, da das Wasser nur noch einen Fuß unter den Deichen steht, sehr bedroht. Die Schleusen in das Wiesengelände mußten bereits geöffnet werden. In den Oderdörfern oberhalb Stettins reicht das Wasser bis in die Vorgärten der tiefer gelegenen Ortsteile. Das Wasser steigt noch. Viele Gewitter mit starken Regengüssen erhöhen die Ueberschwemmungsgefahr.

Zwei Todesurteile.

Im Germersdorfer Mordprozeß.

Die Versuche der Verteidiger Dr. Hildebrand und Dr. Löwenthal für ihre Klienten Ueberlegungsunfähigkeit geltend zu machen, ihre Berufung auf die seelische Minderwertigkeit des einen und die geistige des anderen, ihr Appell an die Milde der Richter prallten an der Gräßlichkeit der Tat ab. Das Gericht verurteilte Gohse und Laabs gemäß dem Antrage des Staatsanwalts wegen gemeinschaftlichen Mordes und wegen Raubes zum Tode.

Aber gerade diese Gräßlichkeit der Tat — wie widerspruchsvoll die Behauptung auch scheinen mag — spricht gegen das Vorhandensein von Ueberlegung bei ihrer Ausführung. Die jungen Burschen haben ja den alten Mann nicht mit einem mitgebrachten Beil lautlos niedergeschlagen oder mit einem Würgegriff seinen Tod herbeigeführt, nicht etwa mit einem Knebel ihn zum Ersticken gebracht — wahl- und sinnlos haben sie seinem Kopf die verschiedensten Verletzungen zugefügt, von denen keine einzige tödlich war; ziellos ist auch der Schuß abgefeuert worden, selbst auf die Gefahr hin, unerwünschte Zuschauer herbeizulocken. Nicht aber allein ihr Verhalten während der Tat weist auf ein Nichtvorhandensein der Ueberlegung hin, sondern sie scheint ihnen auch vor der Ausführung gefehlt zu haben. Sie waren sich nicht einig darüber, was sie mit Lohmeyer machen würden, falls er sie überraschen sollte; der Entschluß, ihn zu töten, stand bei ihnen nicht fest. Wohl hatte Gohse einen Revolver mitgenommen, weniger aber als Mordwaffe als zur Stärkung seines Selbstgefühls. So war es nicht so sehr die Tat der Ueberlegung als die der Unüberlegtheit. Diese Vermutung findet auch in der Persönlichkeit der Angeklagten ihre Bestätigung. Dem Laabs traute niemand Gewalttätigkeiten zu. Gohse dagegen, der an hysterischen Anfällen litt, neigte auf Grund seiner psychopathischen Veranlagung leicht zu Erregtheit und zu Uebertreibungen. Gerade vor der Tat hat auf ihn verschiedenes eingestürmt: die plötzliche Notwendigkeit, von seinen Pflegeeltern zu ziehen und die Angst, sein Motorrad zu verlieren, bildeten keinen günstigen Boden für kühle Ueberlegung. All dies wie auch der soziale Hintergrund der Tat wird bei der Entscheidung der Frage der Begnadigung in Betracht zu ziehen sein. Langjähriges Zuchthaus bei entsprechender erzieherischer Beeinflussung würde einen genügenden Schutz gegen diese Menschen gewähren, die über Nacht Mörder geworden sind.

Der Kutisker-Prozeß dauert fort.

Das Gericht hat den Antrag des Staatsanwalts und der Verteidigung, das Verfahren gegen Kutisker abzutrennen, abschlägig beschieden. In der letzten Gerichtsverhandlung, die wieder am Bette des Angeklagten stattfand, und wie immer nur von sehr kurzer Dauer war, erklärte der Vorsitzende zur Begründung der Ablehnung, daß er keine Veranlassung sehe, die Verhandlungen in der Kutiskerschen Wohnung anzubrechen. Ein Verstoß gegen die Strafprozeßordnung liege nicht vor, denn diese enthalte keine Bestimmung über die Länge der Gerichtsverhandlungen. Es sei auch irrig anzunehmen, daß durch diese Unterbrechungen, wie durch die zeitliche Ausdehnung des Prozesses die Erinnerung des Gerichts getrübt werden könne; selbst wenn dies der Fall wäre, so könnte es ja der Verteidigung nur angenehm sein, da bis zum Augenblick die zweimonatigen Verhandlungen nur Belastendes gegen Kutisker ergeben haben. Heute findet wiederum eine Verhandlung statt.

Der Tunnel am Müggelsee.

Friedrichshagen hat seine Sensation: Ein technisches Meisterwerk geht dort seiner Vollendung entgegen. Seit einer Woche wird an der Versenkung des 120 Meter langen Fußgängertunnels gearbeitet, der in Zukunft den ungezählten Ausflüglern, die bis jetzt die primitive Fähre benutzen mußten, ein angenehmer Weg von Ufer zu Ufer werden soll. Der Tunnel selbst wiegt 3 Millionen Kilogramm und diese große Masse ist nun ohne Gefährdung in das Bett der Spree 13 Meter tief hinabzusenken. Bis jetzt liegt der Tunnel etwa 2 Meter unter dem Wasserspiegel, er sinkt täglich um 25 Zentimeter weiter, so daß er in je vier Tagen einen ganzen Meter tiefer gewandert ist. Er wird, wenn kein Zwischenfall eintritt, in etwa anderthalb Monaten auf dem Spreegrund angelangt sein. In der Tiefe arbeiten Menschen in Senkkästen, in die Luft mit geringem Ueberdruck hineingedrückt wird und schaufeln den Boden an der Stelle aus, wo der fertige Tunnel in den Sand der Spree eingebettet werden soll. Der Sand wird durch Luft emporgehoben und durch kleine Loren hinweggefördert. Insgesamt wird man das Spreebett auf eine Länge von 60 Metern und in einer Tiefe von 3½ Metern ausschachten. Nach der Versenkung wird mit dem Ausbau der Anlage begonnen werden und wenn später der Menschenstrom sich durch die Röhre unter der Spree ergießt, wird nur zu wenigen klar sein, welche Summen von schwierigster Arbeit und Sorgfalt nötig war, um ihnen diesen angenehmen Weg zu schaffen.

Geheimnisvoller Tod eines Kindermädchens.

Vom Wagen überfahren und dann ins Wasser geworfen.

Ein unaufgeklärter Todesfall beschäftigt die Berliner Kriminalpolizei. Am 18. d. Mts. wurde an der Treidelbrücke bei Saatwinkel aus dem Spandauer Schiffahrtskanal eine weibliche Leiche geborgen und als das 19 Jahre alte Kindermädchen Charlotte Teichmann aus der Kolonie Brennessel in der Jungfernheide festgestellt.

Das junge Mädchen war an zwei verschiedenen Stellen als Kindermädchen beschäftigt und am Dienstag der vergangenen Woche bis 11 Uhr abends in der Sybelstraße tätig. Sie äußerte niemals irgendwelche Selbstmordgedanken. Ihr Heimweg führte sie über die Schloßbrücke hinweg, die Kaiserin-Augusta-Allee entlang, über den Gustav-Adolf-Platz und schließlich über die Keplerstraße nach Hause. Am letzten Abend trug sie einen braunen Glockenhut, einen grünen Tuchmantel mit imitiertem Biberkragen, ein Strickkleid aus grüner Wolle und modefarbene Schuhe. Dienstag nachmittag wurde die Leiche in der Spandauer Friedhofshalle obduziert. Sie wies furchtbare Verletzungen auf. Wirbelsäule und Schädeldach zeigten Brüche. Die Ansicht der Aerzte geht dahin, daß das Mädchen von einem schweren Wagen überfahren und getötet worden ist. Um ein Verbrechen vorzutäuschen, haben die Insassen des Wagens die Leiche entkleidet und ins Wasser geworfen. Mit Sicherheit ist festgestellt worden, daß Tod durch Ertrinken nicht in Frage kommt. Alle Personen, die am Dienstagabend zwischen 11—12½ Uhr nachts in der obengenannten Gegend Zeugen eines Autounglücks waren und sich des jungen Mädchens erinnern, werden gebeten, sich bei der Mordkommission den Kommissaren Bünger, Kießling im Zimmer 89 des Polizeipräsidiums zu melden.

Hungerkünstler „Jolly" verhaftet.

Von früheren Managern des Krefelder Hungerkünstlers „Jolly" gingen vor einiger Zeit bei der Staatsanwaltschaft I Anzeigen wegen Betrugs ein. Der Hungerkünstler wurde darin beschuldigt, während seiner Schaustellung nicht nur Mineralwasser und Zigaretten, sondern auch 10 Pfund Schokolade zu sich genommen zu haben. Weiter klagten die Manager, daß Jolly bei der Verrechnung der vereinnahmten Gelder den Löwenanteil für sich behalten und seine Begleiter benachteiligt habe. Auf Grund des Haftbefehls wurde der Hungerkünstler jetzt von der Kriminalpolizei festgenommen und dem Untersuchungsgefängnis in Moabit zugeführt. Jolly bestreitet, sich eines Betruges während der Schaustellung schuldig gemacht zu haben und behauptet, daß die Anzeige auf einen Racheakt von seiten seines früheren Managers zurückzuführen sei, weil er ihn für die bevorstehende Tournee durch Amerika nicht in Anspruch genommen habe. Er gibt weiter an, daß er über keine Barmittel mehr verfüge, weil der Aufenthalt in der Klinik und die Rekonvaleszenz alle seinerzeit erzielten Einnahmen verschlungen habe. Da einer der Anzeigenden jedoch eine eidesstattliche Versicherung abgegeben hat, so wird sich das Gericht mit dieser Erklärung Jollys wohl kaum zufrieden geben.

Der Zeichnerwirrwarr in den Gerichtssälen. Für die Zulassung oder Abweisung von Pressezeichnern bei Gerichtsverhandlungen bestehen in Preußen keinerlei allgemeine Bestimmungen. Jeder Gerichtsvorsitzende kann das halten wie er will. Auch eine Konferenz der Oberlandesgerichtspräsidenten, die sich damit beschäftigte, ist zu dem Ergebnis gekommen, daß man nicht allgemein den Vorsitzenden den Ausschluß von Pressezeichnern

Der Wobbly.

13] Von B. Traven.

Copyright by Buchmeister-Verlag, Berlin und Leipzig.

Das geht zwei Wochen, das geht drei Wochen, das geht vielleicht sogar vier Wochen. Dann muß er ins Hospital gebracht werden. Als Landarmer. Vielleicht kann man den Konsul zahlen machen, vielleicht nicht. Malaria, Fieber, wer weiß was. Zwei Tage darauf kommt er in eine Holzkiste und wird verscharrt.

Apfel hat aber seinen Kontrakt erfüllt und drei neue Tanks in Auftrag bekommen. Er findet wieder hungernde Landsleute. Wenn es keine Ungarn sind, dann Oesterreicher oder Deutsche oder Polen oder Böhmen. Sie schwirren ja nur so herum. Alle sind ihm ja so dankbar dafür, daß er ihnen Arbeit gibt, jetzt nur noch zwölf Stunden den Tag, weil er modern wird und kein Ausbeuter ist. Aber zwei Pesos fünfzig und dem Antreiber drei Pesos fünfzig. Denn den Antreiber braucht er, weil der — es sind nun gerade vier Jahre, seit er den ersten Tank baute — im eigenen Auto spazieren fährt und sich im amerikanischen Viertel ein schönes Haus bauen ließ.

Auch die Knochen der Landsleute, denen man Wohltaten erweist, und die infolge der Wohltaten, infolge der Ueberarbeit, infolge der Schlafhöhlen, in denen sie ihre Nächte verbringen, infolge der schlechten Ernährung dutzendweise am Fieber verrecken und als Niemand verscharrt werden, kann man zu Gold machen.

In Budapest schreiben die Zeitungen: „Unser Bürger Apfel hat durch Tatkraft und Unternehmungsgeist da drüben in wenigen Jahren ein Riesenvermögen gemacht." Möchten doch die Zeitungen immer so genau die Wahrheit drucken wie in diesem Falle. Reichtümer über Nacht werden hier gemacht! Das ist richtig. Man hat nichts weiter nötig, als die Goldminen auszubeuten.

Und die Fremden können es am leichtesten. Wenn ihnen von den Nichtlandsleuten ein Strich durch die Rechnung gemacht werden soll, dann stehen sie unter dem Schutze ihrer hohen Gesandtschaft, und das freie Amerika droht mit dem militärischen Einmarsch.

8.

Wir schliefen nicht in einer Lumpenherberge, aber doch auch in einer Schlafhöhle. Haus konnte man es nicht gut nennen. Es war eine große Holzkiste mit einem Blechdach. Das Licht kam nur durch die Tür herein und durch die Fensterluken, die weder Glas noch Drahtgaze hatten. Es führte eine Holztreppe hinauf in den Raum, sechs Stufen. Unter dem Hause lagen alte Eierkisten und leere Schmalzdosen, alte Stricke und morsche Lumpen. In der Regenzeit war das alles ein wüster Schlamm und eine wundervoll ideale Brutstätte für Hunderttausende von Moskitos.

Der Raum war gerade groß genug, daß man zwischen den Klappgestellen, die man Betten nennen muß, weil sie es vorstellen sollen, vorbeigehen und sich dazwischen ankleiden konnte. Der Raum diente nicht nur uns zum Aufenthalt, sondern auch großen Eidechsen und fingerlangen Spinnen. Außerdem trieben sich da noch immer drei Hunde herum. Einer von ihnen war immer krank und hatte die Räude oder so etwas Aehnliches. Er sah grauenerregend aus. Wenn er sich besserte, bekam der andere die Krankheit. Aber die Hunde liebten uns sehr, und darum jagten wir sie nicht fort. Sie waren oft unser einziges Vergnügen, wenn wir keine Zeit hatten, mal auf die Straße zu gucken, sondern nur gerade so auf die Segelleinwand fielen und vor Uebermüdung nicht einschlafen konnten.

Hin und wieder wurde der Raum von einem von uns ausgefegt. Gescheuert wurde er nie. Da aber das Dach leckte, so bekamen wir reichlich Wasser in die Bude, wenn ein tropischer Wolkenbruch losging, was im letzten Monat der Regenzeit alle halbe Stunde geschah. Wir wurden dann natürlich auch naß, und unser Schlafen bestand dann darin, daß wir immerfort aufstehen mußten, um das Schlafgestell unter eine Stelle des Daches zu schieben, wo wir glaubten, daß da kein Regen hindurchkäme. Aber der Regen folgte uns mit beharrlicher Bosheit, wohin wir uns auch verkrochen.

Wir hatten jeder ein Moskitonetz. Aber das klaffte an einem halben Dutzend Stellen auseinander. Und die Moskitos fanden nicht nur die klaffenden Stellen sehr leicht, sondern ebenso leicht und sicher jene Stellen, wo wir glaubten, da könne kein Loch sein. Wir nähten an den Netzen herum, so gut wir konnten. Aber am nächsten Tage war es neben dem alten Loch wieder aufgerissen. Man darf ruhig sagen, jedes Netz bestand nur aus großen Löchern, die durch morsche Stoffetzen zusammengehalten werden, damit die Löcher auch wissen, wo sie hingehören.

Außerdem besaßen wir jeder ein sehr schmutziges Kopfkissen. Und jeder hatte eine zerlumpte Decke. An der Wand hing ein alter Spiegel in einem Weißblechrahmen und einige Photographien von nackten, ganz nackten Mädchen und andere Photographien von Vorgängen, die in vielen Ländern von dem Staatsanwalt beschützt werden. Diese Photographien hier hätte keine noch so moderne Kunstkommission verteidigen können, weil sie mit Kunst absolut nichts, dagegen mit Naturvorgängen alles zu tun hatten. Aber in einem Lande, wo man solche schönen Sachen in jedem anständigen Laden kaufen kann, und wo sie ein zehnjähriger Junge genau so leicht kaufen kann wie ein alter Seemann, macht niemand damit Geschäfte, weil sie niemand interessieren und weil sie niemand kauft. Nur Verbotenes interessiert. Wir sahen auch nichts Besonderes daran, wir hatten keine Zeit dazu.

Zwischen neun und zwei Uhr konnte man sich in dem Schlafraum nicht aufhalten, man wäre sofort Dörrfleisch geworden. Aber in dieser Zeit hatten wir ja darin nichts verloren, sondern da arbeiteten wir vor den Backöfen. Und gerade dann immer, wenn es so schön kühl zu werden begann, daß man herrlich schlafen konnte, mußte man raus.

Die Arbeit an sich war nicht schwer, das konnte ich nicht sagen. Aber fünfzehn bis achtzehn Stunden ununterbrochen auf den Beinen sein, hin- und herrennen unausgesetzt, bücken und strecken, Dinge da hinstellen und dort forttragen, macht viel mehr müde, als wenn man acht Stunden tüchtig und schwer arbeitet und an eine Stelle gebunden ist. Dann ging es immerwährend: „Flink, flink, das Rundgebäck aus dem Ofen. Rasch, Teufel nochmal, die Bleche gefettet. Kreuzdonner, den Schläger in die Rührmaschine geschraubt, schnell, schnell, ich muß Schnee haben. Die Masse ist versalzen, fix, fix, weg damit, neue angesetzt. Ich brauche zwei Kilo Glasur, habe ich Ihnen doch vor einer Stunde schon gesagt. Ja, Ja, Himmelelement, haben Sie denn die Zuckerlöse nicht gestern eingekocht? Jetzt sind wir aufgeschmissen! Heiliger Nepomuk, nun rutscht auch noch der José mit der Eiermasse aus und die Suppe schwimmt auf dem Zement. Danke schön, José, das geht heute wieder bis sechs, wenn solche Schweinereien gemacht werden."

Das war ein immerwährendes Hetzen und Jagen und Kommandieren und Rennen. Ich bin sicher, daß ich täglich meine vierzig Kilometer da hin und her raste. Und dann der ewige Wechsel. Kaum war ein neuer angelernt, schon ging ein anderer wieder fort. Das Anlernen hielt am meisten auf. Señor Doux sagte dann: „Nun habt ihr zwei neue Leute bekommen, die ich bezahlen muß, und ihr schafft doch nicht mehr. Was hat es da für Zweck, überhaupt neue einzustellen? Es kommt ja nichts heraus dabei."

(Fortsetzung folgt.)

verbieten könne. Auch das Justizministerium steht auf dem Standpunkt, daß dies zu den Befugnissen der Sitzungspolizei, also des Vorsitzenden gehöre. Somit bleibt es dabei, daß im Gegensatz zu anderen Ländern mit moderner Presseentwicklung jeder preußische Gerichtsvorsitzende Pressezeichner nach Belieben zulassen kann oder auch nicht.

Sonnenwendfeier in der Stadt.

Das Volksbildungsamt Friedrichshain hatte die Bevölkerung des Bezirks zu einer Sonnenwendfeier mitten in der Großstadt eingeladen. Das war Neues, bisher nicht Gekanntes. Trompetensignale kündeten den Beginn der Feier. Der Bläserchor des Musikerverbandes beginnt mit dem Einzug der Gäste aus „Tannhäuser". Die Klänge leiten die Feierstunde gut ein; dann setzt der prächtige „Junge Chor" unter Leitung von Heinz Thießen mit dem „Wach auf" aus den „Meistersingern" ein, daß es weithin alle Herzen ergreift. Ruhe tritt ein. Theo Maret spricht den „Prometheus" von Goethe, eine Anklage gegen die Götter, eine Hymne auf die selbstgestaltende Menschheit. Musik bringt in guter Form die Ueberleitung zum Hauptteil. Nochmals jubelt Gesang in der „Volkshymne" von Schönlank, vertont nach Motiven vom Altmeister Bach, dann spricht der Sprechchor der Proletarischen Feierstunden die feinen Rhythmen der „Erlösung" Bruno Schönlanks. „Wir schüren das heilige Feuer . . .", hell klingen die Stimmen durch die Stille und drüben auf dem großen Platze entflammt der Holzstoß, symbolisch andeutend, wie die Menschheit seit Jahrhunderten Sonnenwende feiert und den Naturvorgang am 21. Juni begrüßt. Mit dem Abschlußgesang: „Wenn wir schreiten Seit' an Seit'" hat die offizielle Feier ihr Ende gefunden. Doch jetzt tritt noch die Jugend in Aktion. Volkstänze, Feuerreigen, Sprünge über das Feld zeigen ein buntes, wechselvolles Bild. Und Tausende nahmen ein reiches Erlebnis mit nach Hause. — Das Volksbildungsamt Friedrichshain hat sich ein Verdienst erworben, als es mit dieser Feier einen neuen Weg zur Festkultur, an der das Volksleben heute so arm ist, beschritten hat.

Die letzten Verteidigungsreden im Spritweberprozeß.

Rechtsanwalt Dr. Grünit beschäftigte sich gestern als dritter Verteidiger Hermann Webers vorwiegend mit der Anklage wegen Versicherungsbetruges, Brandstiftung und schwerer Urkundenfälschung. Er bestritt, daß Brandstiftung vorgelegen habe. Alle diesbezüglich ausgesprochenen Behauptungen entbehrten jeglicher Grundlage. Das Verhalten Webers vor, während und nach dem Ereignis beweise das Gegenteil von einer Brandstiftung. Ebensowenig liege Betrug vor. Die Entschädigung, die Weber von der englischen Versicherungsgesellschaft verlangt und erhalten hat, entspräche dem wirklichen Schaden. Der Angeklagte Bener, der ohne Verteidiger ist, verteidigt sich selbst. Er behauptet noch wie vor, überzeugt gewesen zu sein, daß die Aufstellung, die nach dem Brande in Stahnsdorf mit seinem Namen unterschrieben wurde, in Ordnung gewesen sei. Er bat um Freispruch. Es folgten noch kurze Erwiderungen des Staatsanwalts, des Nebenklägers und des Verteidigers. Dann wurde die Verhandlung auf Sonnabend vertagt. Die Angeklagten erhalten an diesem Tage das letzte Wort. Das Urteil soll am Mittwoch, den 30. Juni, gefällt werden.

Platz der Republik.

Gestern sind nun endlich vor dem Platz am Reichstag die alten Straßenschilder entfernt und durch neue Schilder mit der Aufschrift „Platz der Republik" ersetzt worden. Leider sind noch am Platz, wie man sich überzeugen kann, von der Herwarthstraße bis zur Hindersinstraße, Schilder mit der Aufschrift „Straße am Königsplatz". Mit bureaukratischer Selbstverständlichkeit ist es natürlich unterlassen worden, hier gleichfalls eine entsprechende Umbenennung vorzunehmen. Hoffentlich befaßt sich bald die Stadtverordnetenversammlung mit der Angelegenheit und sorgt dafür, daß dieser kleine Schönheitsfehler demnächst von der Bildfläche verschwindet. Uebrigens findet man auf keinem Plan und in keinem Straßenverzeichnis diese heute so seltsam wirkende Straßenbezeichnung.

Mangelnde Sicherheit bei der Reichsbahn.

Man schreibt uns:

Das Pfingstunglück im Münchener Ostbahnhof legt erneut die Frage nahe, ob alles getan worden ist, was geeignet wäre, Unfälle durch Ueberfahren von Haltesignalen soweit als möglich zu verhindern. Bei jedem dieser Unfälle ergibt sich das typische Bild, daß die Verwaltung und mit ihr fast stets das stationäre Personal behaupten, die Signale hätten auf Halt gestanden, das Lokomotivpersonal des auffahrenden Zuges dagegen meint, die Signale hätten „freie Fahrt" gezeigt. Um diesen dauernden Zwiespalt dem reisenden Publikum zu erläutern, seien die Signalanlagen in folgenden Zeilen kurz erörtert:

Die freie Strecke ist in Abschnitte von verschiedener Länge eingeteilt, welche durch die bekannten Signalarme abgegrenzt werden. Der Signalwärter, welcher die Blockeinrichtungen zu bedienen hat, kann die Einfahrt in einen Streckenabschnitt auf freier Strecke nur dann durch Ziehen des Einfahrsignals freigeben, wenn dieser Streckenabschnitt von dem vorfahrenden Zuge schon verlassen wurde. Ist dieses nicht der Fall, d. h. ist das in der Fahrtrichtung folgende Fahrsignal nicht wieder auf „Halt" gelegt, und der dazugehörige Streckenabschnitt „geblockt", so verbieten es dem Signalwärter Einrichtungen elektrischer und mechanischer Art, das rückwärtsliegende Fahrsignal erneut auf „freie Fahrt" zu stellen. Anders liegen die Dinge schon bei den Einfahrsignalen der Bahnhöfe. Hier kann das Einfahrsignal erneut gezogen werden, sobald der Aufsichtsbeamte seine Zustimmung zur erneuten Einfahrt durch eine entsprechende Betätigung der Blockeinrichtungen gegeben hat.

Im Gegensatz zu dieser immerhin bedingten Abhängigkeit des Stationspersonals von den Blockeinrichtungen ist das Lokomotivpersonal vollkommen auf sich allein angewiesen. Bei den hohen Geschwindigkeiten der heutigen Zeit kann ein kurzes Nachlassen der Spannkraft des Lokomotivführers, ohne daß ihm dasselbe selbst zum Bewußtsein gekommen sein mag und ohne daß der Heizer bei seinem Uebermaß von Arbeit eine solche Schwäche gemerkt haben kann, den Zug schon in schwerste Gefahr gebracht haben. Die meisten Unfälle dieser Art ereignen sich noch dazu in Kurven, da bei der einseitigen Schienenüberhöhung und der Vorlagerung des Kessels vor dem Führerstand die Uebersichtlichkeit der Strecke für den Lokomotivführer so gut wie aufgehoben ist. Ein kurzes Nachlassen der geistigen Spannkraft des Lokomotivpersonals, welches immerhin menschlich verständlich wäre, oder aber ein fehlerhaftes Arbeiten der Blockapparate macht einen Zusammenstoß in einer Kurve fast immer unvermeidlich, falls der Lokomotivführer in solchem Falle nicht zufällig die Strecke von der entgegengesetzten Seite der Lokomotive aus prüft.

Trotz der erhöhten Geschwindigkeiten und dem überaus gesteigerten Verkehr haben sich die deutschen Eisenbahnen bisher nicht dazu herbeigelassen, auch für die Lokomotivpersonale Sicherungen mechanischer oder elektrischer Natur, wie sie in anderen Staaten eingeführt sind, zu schaffen. Die Technik basiert hier auf zwei Systemen, und zwar einmal auf optischen und akustischen Signalen auf der Lokomotive und zum zweiten auf selbsttätigem Bedienen der Bremseinrichtungen im Falle des Ueberfahrens von Haltsignalen. Beide Einrichtungen können auch vereint werden. In der Vorkriegszeit wurde die Einführung solcher Einrichtungen mit der Motivierung abgelehnt, daß dieselben die Aufmerksamkeit des Lokomotivpersonals in unerwünschter Weise von der Streckenbeobachtung ablenken würde. Dieses Argument ist aber nicht stichhaltig. Wo es sich um das Leben und die Gesundheit unzähliger Menschen handelt, sollte alles getan werden, was die Technik nur zu leisten vermag, um die schweren Unfälle, welche durch Auffahren auf vorliegende Züge entstehen, unmöglich zu machen. Das schwere Unglück in Landsberg a. d. W. im Jahre 1916, das kürzlich erfolgte Unglück auf Hamburg-Dammtor, das jetzt eingetretene Münchener Unglück und Dutzende gleicher Unfälle hätten vermieden werden können, wenn außer den Blockeinrichtungen für das stationäre Personal auch entsprechende Sicherheitseinrichtungen auf den Lokomotiven eingebaut worden wären.

Der Kostenpunkt darf dabei keine Rolle spielen. Der jetzige Unfall in München wird die Reichsbahn etwa 4 Millionen Mark kosten. Der Einbau von Sicherungseinrichtungen auf den Lokomotiven wird sich allerdings wesentlich teurer stellen. Das reisende Publikum hat aber ein unbedingtes Recht darauf, von der Reichsbahnverwaltung zu verlangen, daß sie alles, und zwar auf schnellstem Wege tut, um diejenige Sicherheit herzustellen, die füglich beansprucht werden darf. Wenn die Reichsbahn neuerdings behauptet, daß sie seit 1906 mit großer Intensität das Signalbausystem zu verbessern gesucht habe, so darf von fachmännischer Seite festgestellt werden, daß in diesen 20 Jahren gar nichts Praktisches geschehen ist. Das heutige Signalsystem ist noch genau dasselbe, wie es 1906 war. Wird seitens der Reichsbahn darauf verwiesen, daß die 53 000 Kilometer Gleislänge der Reichsbahn mit automatischen Sicherungsanlagen auszurüsten eine Summe von 200 Millionen Mark kosten würde, so fehlt jede Grundlage für eine solche Berechnung. Sollten aber diese 200 Millionen Mark tatsächlich notwendig sein, so wäre die Hauptverwaltung der Reichsbahn der dringende Rat zu geben, hierfür die 287 000 000 M. zu verwenden, die der Voranschlag für „Persönliche Zwecke" nachweist, dann wäre nach der eigenen Rechnungsaufstellung der Reichsbahn das automatische Sicherungssystem bezahlt. Man sollte nicht länger zögern, diesen Weg zu gehen, da das Portemonnaieinteresse leitender Beamter, welche an diesen 200 Millionen Mark stark interessiert sein dürften, dem Interesse an der Herstellung größerer Verkehrssicherheit nachzustehen hat.

Es scheint auch so, als ob bei diesem Münchener Unglück beide Züge aus den leichten und veralteten Wagen bestanden haben, welche für die heutigen Geschwindigkeiten, die in diesem Fall noch dazu durch Einholung von Verspätungen gesteigert worden war, kaum noch als voll betriebsfähig angesehen werden können. Diese alten Wagen, vor die Lokomotiven neuester und schwerster Bauart gespannt werden, bieten bei einem Anprall dem reisenden Publikum auch nicht den geringsten Schutz. Sie schieben sich zusammen wie Pappschachteln und zerquetschen ihren lebenden Inhalt vollkommen. Jedermann weiß, daß die Lokomotiven fortgesetzt schwerer und schwerer werden, die Wagen derjenigen Bahnstrecken, welche nicht gerade zu den Hauptstrecken gehören, sind aber heute noch so leicht gebaut wie vor 50 Jahren. Man sehe sich nur einmal die Feriensonderzüge und dergleichen an, und man wird finden, daß es eine Rücksichtslosigkeit ist, dem reisenden Publikum für die Beförderung in derartigem Wagenmaterial die heutigen teueren Fahrpreise abzunehmen, ganz abgesehen davon, daß diese Wagen in betriebstechnischer Hinsicht den Anforderungen, welche man billigerweise an die Betriebssicherheit des rollenden Materials stellen muß, in keiner Weise entsprechen.

Leider werden sich Unfälle nie vollkommen vermeiden lassen; das reisende Publikum hat aber Anspruch darauf, daß alles geschieht, was geeignet ist, die Betriebssicherheit zu erhöhen. Dazu gehört schnellste Einführung erprobter Sicherheitseinrichtungen auf den Lokomotiven, die ein Ueberfahren von Haltsignalen verhindern, und beschleunigte Herstellung solcher Personenwagen, die den Anforderungen des heutigen Verkehrs entsprechen.

Sonnwendfeier

am Reiherberg bei Golm bei Potsdam am Sonnabend, 26. Juni. Festspiel: Völkerfreiheit — Menschenrecht Bläserchor, Massengesang. Preis 0.50 Mk. Fackel gratis.

Fahrverbindungen: Potsdamer Bahnhof oder Stadtbahn bis Potsdam oder Wildpark. Von Wildpark dreiviertel Stunden Fußweg bis Golm. Von Wildpark Kleinbahn bis Golm: 7^{20}, 9^{44}.

Die Festleitung befindet sich im Gasthaus zum „Rutschberg", Dorfstr. 12. Dort erfolgt die Ausgabe der Fackeln gegen Abgabe der Gutscheine.

Karten sind zu haben in allen Gewerkschaftsbureaus, im Bureau des AfA-Bundes, Berlin SO. 16, Engelufer 24-25, bei den Betriebsobleuten, in den Vorwärts-Expeditionen, in der Vorwärts-Buchhandlung, Lindenstraße 3, im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstraße 3, 2. Hof II, Zimmer 5.

Aus dem Hause der Funkindustrie wurde gestern abend Hans Brennerts Spiel „Du mein Berlin" übertragen, eine Revue über die vergangenen Zeiten, harmlos und heiter, leise sentimental, voll Brennertschen gemütlichen Humor, der ganz in dem Berliner Leben verwurzelt ist, allerdings in einem Berlin, das immer mehr verschwindet. Was Brennert gibt, ist eine Revue über das vergangene Berlin, wie es noch in manchen Liedern und Gassenhauern lebt. Das bürgerliche Berlin des Biedermeier und der Gründerzeit, und alles von dem Seufzer begleitet, wie schön war es damals. Manche Szenen ganz im Stil der alten Berliner Lokalposse gehalten, wirkten in der Uebertragung, z. B. die Moritat, die Szenen auf dem alten Berliner Markt, hier waren Wortwitz, nette Melodie, hübsche Verse, andere dagegen blieben blaß, da der Hauptakzent auf dem Szenenbild lag. Auch hier kein befriedigender Ausgleich, ein Bruch, den auch die guten Darsteller wie Grätz, Bendow, Senta Söneland und Alfred Braun, der sich sogar als Sänger auszeichnete, nicht überbrücken konnten. Vorher ein paar Vorträge, die wenig befriedigten. „Eine Wanderung durch die deutschen Gaue, der Rhein", kam über eine Aufzählung historischer und geographischer Daten nicht hinaus, ebensowenig wie der Vortrag über Berliner Frauen und Künstlerinnen der sich auf kurze, biographische Notizen beschränkte.

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 23. Juni.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:

4.30—6 Uhr nachm.: Erstes Kinderfest der Funkstunde. **6** bis **6.30 Uhr** abends: Tanzmusik aus dem Hotel Adlon (Kapelle Marek-Weber). Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theaterdienst. **6.45 Uhr** abends: Gartendirektor Ludwig Lesser: „Rundschau für Blumen- und Gartenfreunde". **7.10 Uhr** abends: Dr. med. F. Gumperts: „Vom Hören und Nichthören". **7.35 Uhr** abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Rechtswissenschaft. Dr. Th. Tichauer: „In den Maschen des Strafgesetzes (Erklärung — Geständnis — Widerruf)". **8 Uhr** abends: Dr. Richard H. Stein: „Einführung zu der Uebertragung aus der Staatsoper am 27. Juni". **8.30 Uhr** abends: Bunter Abend. 1. a) Armandola: Gondoliere, Tango, b) Volpatti: Ma blonde aimée, c) Gillet: Avec toi (Franz S. Bruinier, Klavier; Franz v. Szpanowski, Violine; Julius Berger, Cello). 2. a) Joh. Strauß: Zitronenwalzer, b) J. Benedict: Variationen über „Karneval in Venedig" (Frida Weber-Fleßburg, Sopran). 3. Plattdeutsche Rezitationen (Th. Ahrend). 4. a) Puccini: Aus „Bohème", b) Burke: Ja der Sonnenschein, c) Padilla: Valencia (Willi Schwarz, Kunstpfeifer). 5. a) Königsberger: Violet (H. Frey), b) M. Knopf: Berlin, du kannst beruhigt sein (W. Präger), c) Stransky: In Jena sind alle Mädchen so blond (Rotter) (Alexander Fleßburg, Tenor). 6. Plattdeutsche Rezitationen (Theodor Ahrend). 7. a) Rubinstein: Die Nacht, Romanze, b) De Sena: Sorrento-Tarantella, c) Dickens: Boston (Franz S. Bruinier, Franz v. Szpanowski, Julius Berger). 8. a) M. Knopf: Wenn der Spatz ein Nest sich baut, aus der Operette „Die Mädels von Davos", b) Kálmán: Hazaza aus der Operette „Der Zigeunerprimas", c) Kálmán: Mädels gibt es wunderfeine, aus der Operette „Die Czardasfürstin" (Frida Weber-Fleßburg und Alexander Fleßburg). 9. Gillet: Coeur brisé, b) Del Monte: Vieille histoire (Franz S. Bruinier, Franz v. Szpanowski, Julius Berger). Am Flügel: Ben Geysel. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst.

Königswusterhausen, Mittwoch, den 23. Juni.

1.10—1.40 Uhr nachm.: Lektor Grander u. Walinski: Französisch für Schüler. **3—3.30 Uhr** nachm.: Studienrat Friebel und Lektor Mann aus London: Englisch für Anfänger. **3.30—4 Uhr** nachm.: Studienrat Friebel und Lektor Mann aus London: Englisch für Fortgeschrittene. **4—4.30 Uhr** nachm.: Geh.-Rat Professor Dr. Sievers: Stadtbau und Siedlung. **4.30—5 Uhr** nachm.: Mitteilungen des Zentralinstitutes. **5—5.30 Uhr** abends: A. v. Gierke: Spiele, Spielplatz, Spielstunden. **8.30 Uhr** abends: Uebertragung von Berlin.

Einreisebestimmungen nach England.

Reisende nach England müssen zur Erlangung der Einreisebewilligung den Nachweis erbringen, daß sie in England weder eine Stellung suchen, noch antreten wollen. Der Reisende muß daher für die Prüfung durch die Einwanderungskontrolle zunächst einen Paß mit englischem Visum und eine genügende Barsumme mit sich führen, ferner sind zur Erleichterung der Einreise Hotelbestätigung oder Hotelcoupons, die man z. B. bei den Pauschalreisen des Mitteleuropäischen Reisebureaus (MER.) erhält, ferner auch Einladungsbriefe von Verwandten oder Bekannten, Geschäftsleuten in England usw., am Platze. Empfehlenswert ist auch, sich schon in Deutschland mit Rückfahrkarten zu versehen, sowie bei Geschäftsreisen mit einer Bestätigung, daß der Reisende sich in Deutschland in ungekündigter Stellung befindet.

Schweres Faltbootunglück auf der Traun. Von acht Faltbooten, die die Traun, einen Nebenfluß der Donau, hinunterfuhren, kenterten am Traunfall sieben. Von 13 Paddlern konnten sich 12 schwimmend retten; einer ertrank.

Weiterer Ausbau des Hamburger Hafens. Die Hamburger Bürgerschaft genehmigte drei Senatsvorlagen über den Ausbau des Hamburger Hafens. Die Hauptvorlage betrifft den Neubau eines zweiten Seeschiffhafenbeckens auf der Insel Waltershof, das dem Massengüterumschlag dienen soll. Dazu wurden vorläufig 15 140 000 M. bewilligt.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind Berlin SW 68, Lindenstraße 3, stets an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

13. Kreis Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Lichtenrade. Die Mitglieder der Baudeputation treffen sich bereits heute, Mittwoch, den 23. Juni, abends 6 Uhr, im Kommissionssitzungszimmer Tempelhof, Dorfstr. 42.

15. Kreis Treptow. Am Donnerstag, den 24. Juni, veranstaltet das Reichsbanner am Friedhof in Oberschöneweide eine Rathenau-Gedächtnisfeier. Abmarsch vom Bahnhof Niederschöneweide abends 7½ Uhr. Wir rufen die Genossinnen und Genossen des Kreises auf, sich zahlreich an dieser Veranstaltung zu beteiligen. Es gilt für uns dabei der Kämpfer zu gedenken, die im Laufe der Jahre und noch in den letzten Tagen Leben und Gesundheit gesperrt haben für die Republik, für den Sozialismus.

17. Kreis Lichtenberg. Bildungsausschuß: Sitzung am Donnerstag, den 24. Juni, abends 8 Uhr, in der Bibliothek, Weichselstr. 28. Tagesordnung: Programm zum Sommerfest. Jede Abteilung muß vertreten sein.

Heute, Mittwoch, den 23. Juni:

6. Abt. 7½ Uhr Zahlabende in den bekannten Lokalen. Bis Freitag, den 25. Juni, haben die Bezirksführer sämtliches Material bei dem Kassierer unbedingt abzurechnen.

9. Abt. 7½ Uhr Zahlabend bei Faber, Stephanstr. 9. Die Bezirksführer müssen unbedingt abrechnen.

14. Abt. Die Abteilungsversammlung fällt heute aus. Nähere Bekanntmachungen werden erfolgen noch.

30. Abt. 7½ Uhr Zahlabende in folgenden Lokalen: Hoffmann, Lochener Straße 8; Pohst, Lochener Str. 103, Ecke Stargarder Straße; Schröder, Pappelallee 34; Seidler, Kansowstr. 10; Hilsenfeld, Carmen-Salvo-Str. 5.

42. Abt. 7½ Uhr Mitgliederversammlung in den Blücher-Sälen, Blücherstraße 61. Vortrag: „Die Lehren des Volksentscheids". Referent Bezirksverordneter Karl Litke. Sämtliche Genossinnen und Genossen müssen unbedingt erscheinen.

43. Abt. Die heutige Mitgliederversammlung fällt heute aus.

55. Abt. Charlottenburg. 8 Uhr bei Reimer, Wilmersdorfer Str. 21, wichtige Funktionärsitzung.

163. Abt. Oberschöneweide. Die Genossinnen und Genossen beteiligen sich heute restlos an der Demonstration abends 7 Uhr pünktlich auf dem Marktplatz.

Morgen, Donnerstag, den 24. Juni:

15. Abt. 7 Uhr außerordentliche Funktionärsitzung bei Goldbach, Pinetzplatz 7. Bestimmtes und pünktliches Erscheinen ist unbedingt erforderlich. Keiner darf fehlen.

Frauenveranstaltungen:

28. Abt. Achtung, Genossinnen! Der geplante Ausflug am Sonnabend, den 26. Juni, findet nicht statt.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Gruppe Mitte: Sonnabend, den 26. Juni, Sonnenwendfeier der Kinderfreunde in Wildenbruch bei Michendorf. Treffpunkt nachmittags 5½ Uhr Bahnhof Alexanderplatz. Abfahrt des Zuges 5.37 Uhr Richtung Wannsee. Fahrkosten für Kinder 60 Pf., für Erwachsene 1.50 M. Gäste herzlich willkommen.

Sport.

Boxkampfabend des Polizeisportvereins.

Auf dem Hofe der Polizeiunterkunft Prenzlauer Berg veranstaltete kürzlich der Polizeisportverein einen gutausgezogenen Boxkampfabend, bei dem alle Klassen bis zum Halbschwergewicht vertreten waren. Ein Kampf im Jugend Bantamgewicht leitete den Abend ein. Ondaka II. (PSV.) wurde in der Runde wegen Disqualifikation seines Gegners Klein (Heros) zum Sieger erklärt. Im Mittelpunkt des reichhaltigen Programms stand die Begegnung Gaikowski (PSV.) — Schieve (BC. Sparta) Gaikowski (144 Pfd.) lieferte wieder einen hervorragenden Kampf, stieß aber in Schieve (130 Pf.) auf einen schlagstarken und im Nehmen herben Gegner. Gaikowski kam wiederholt gut durch. Besonders seine Stopper hinterließen bei Schieve Spuren großer Mitgenommenheit. Das Schiedsgericht gab den Kampf unentschieden, was für Schieve etwas schmeichelhaft ist. Schmidt (PSV.) 98 Pfd. konnte im Fliegengewicht über Walter (Westen) knapp nach Punkten gewinnen. Auch Ondarka I. (PSV.) 110 Pfd. schlug den etwas schwerfällig kämpfenden Weidner (Weißensee) 109 Pfd. in drei Runden nach Punkten. Einen recht spannenden Verlauf nahm der Kampf zwischen Kahle (PSV.) 148 Pfd. und Schuning (Heros) 148 Pfd. Der bessere Techniker Kahle konnte glatt nach Punkten gewinnen, nachdem Schuning in der dritten Runde mehrmals zu Boden gehen mußte. Sonst waren noch Kräker (PSV.) und Wagner (Maccabi) über Eveling (Tennis Borussia) und Riemann II. (PSV.) nach Punkten erfolgreich.

224 Nennungen zu den Eröffnungsrennen auf der Rütt-Arena. Zu den Sonntag, den 27. Juni, durch den Bund Deutscher Radfahrer zu veranstaltenden Eröffnungsrennen auf der Rütt-Arena sind nicht weniger als 224 Nennungen eingelaufen. Das ist eine außergewöhnlich hohe Meldeziffer, so daß die bereits vorgesehenen Ausscheidungskämpfe Sonnabend, den 26. Juni, bereits 5½ Uhr nachmittags beginnen müssen. Zu dem Preis der Junioren haben 32 Fahrer gemeldet, die in einem Ausscheidungsfahren 4 Vorläufe zu bestreiten haben, während der Zweisitzer-Eröffnungspreis mit 20 Paaren besetzt ist, so daß auch hier 4 Vorläufe nötig werden. Im Einweihungs-Handicap über 2000 m, bei dem das zu annähernd 200 m Vorgabe gegeben werden, haben 64 Fahrer gemeldet. Dieser am stärksten umstrittene Wettbewerb erfordert 4 Vorläufe, von denen die jeweils 4 besten Fahrer den Endlauf bestreiten. Die Meisterschaft von Berlin über die kurze Strecke, 1000 m, ist mit 53, und die über die lange Strecke, 25 km, mit 55 Fahrern besetzt.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Nachdr. verb.) Etwas kühler. Zeitweise heiter aber noch unbeständig mit einzelnen leichten Regenschauern. — **Für Deutschland:** Ueberall kühler und unbeständig, besonders im Osten noch vielfach Regenschauer.

Die Nacht des Fred Hopkins.

Von A. Deutsch.

(Uebertragung von Arnold Wasserbauer.)

(Schluß.)

5. Der Verbrecher macht Aufzeichnungen in seinem Notizblock.

12 Uhr 13 Minuten: „Wie sonderbar ist das?! Im Gefängnis, wo ich glaubte, finsteres Leid und Trauer zu finden, begegne ich einem zarten bescheidenen Geschöpf. H. D."

12 Uhr 42 Minuten: „Ihr Schicksal ist gewiß traurig, aber ihre Milde — staunenswert. Sie ist klug, bezaubernd, distinguiert! Noch nie im Leben bin ich einem ähnlichen Wesen begegnet."

1 Uhr 17 Minuten: „Ich bin endgültig verliebt."

6. Das Geständnis des Tom Prowdy.

Schon längst schlief alles in Zelle Nr. 17. Nur in der Ecke plauderten noch immer Tom Prowdy und das Mädchen. Geheimnisvoll, mit gewählter Sprache plauderten sie, wie in einem eleganten Boudoir, aber nicht wie in der Zelle eines Untersuchungsgefängnisses. Zwischen den beiden entwickelte sich eine sonderbare erregte und unerklärliche Zärtlichkeit. Er hatte von seinem Leben so aufrichtig und ohne Beschönigungen erzählt, daß sich das Mädchen unwillkürlich zu ihm hingezogen fühlte.

„Wie schrecklich ist es doch, daß Sie gerade ein Mörder sein müssen!" rief sie voll Verzweiflung.

Der junge Mann sah, wie in ihren hellblauen Augen die Tränen standen. Das war schon zu viel für ihn! Er war gewiß nicht sentimental, aber in den Augen eines so wundervollen Mädchens Tränen sehen — nein, das konnte er nicht ertragen. Er kniete vor ihr nieder und sagte mit leiser Stimme:

„Verzeihen Sie mir, aber all das, was ich Ihnen erzählt habe, ist nicht wahr. Mein Name ist nicht Tom Prowdy — auch bin ich kein Mörder. Ich bin — Fred Hopkins, Reporter der „New-Yorker Nachrichten". Mir fehlte schon längere Zeit ein sensationeller Report. Die Anfrage des Senators Fulveraw über den Zustand der Gefängnisse brachte mich auf den Gedanken, den Versuch zu unternehmen, ins Gefängnis zu kommen, um Verbrecherpsychologie zu studieren. So erlog ich diese Geschichte. Morgens schon verlasse ich das Gefängnis und um 12 Uhr mittags steht bereits eine Sensation in den Zeitungen:

„Fred Hopkins als Mörder! Origineller Forschungsausflug zum Studium der Gefängnissitten!"

Aber das ist alles noch gar nichts im Vergleich mit dem, was ich hier zum ersten Male erlebt habe, was auf einmal über mich gekommen ist, wie eine sengende Welle! Und ich habe mich in der Beurteilung meiner Gefühle noch niemals geirrt: ich habe Sie liebgewonnen, Helen, ich liebe Sie . . ."

Er fand aber nicht mehr Zeit, seine erregte Erklärung zu Ende zu sprechen, als plötzlich Miß Helen Drimmer erblaßte, wurde so weiß wie die Wände der Zelle, wankte und fiel bewußtlos zu Boden.

Erschrocken rief Hopkins nach der Wache. Das Mädchen wurde ins Gefängnisspital gebracht. Hopkins fühlte, wie sein Herz vor Aufregung pochte. Was geschieht nun mit ihr? Und nur sein Pflichtbewußtsein drängte ihn, den Block wieder zur Hand zu nehmen, um einige ergänzende Bemerkungen hinzuzufügen, damit der Bericht für die Mittagsausgabe druckreif werde.

7. In Freiheit!

Der Polizeikommissar war aufs äußerste entrüstet, als er erfuhr, daß er das Opfer einer Mystifikation von seiten des Reporters Fred Hopkins geworden war. Aber einem Reporter verzeiht man so manches — das ist schon so ein merkwürdiger Menschenschlag!

Schon um 3 Uhr früh kamen aus Long-Branch die ersten Meldungen, daß in der Villa „Michigan" keinerlei Mord verübt worden sei und daß unter den Kurgästen ein Fräulein Jonny Gray niemals vorhanden gewesen wäre. Früh morgens ließ der Polizeikommissär den Verhafteten vorführen und befragte ihn, wie denn sein sonderbares Verhalten zu erklären sei. Fred Hopkins gestand offen alles ein.

„Ich weiß sehr gut," sagte er, „daß Sie einen Hundedienst tun müssen, aber ich versichere Sie, daß unsere Arbeit auch nicht angenehmer ist. Park-Row ist ein scheußlicher Platz, er saugt an unserem Blute, macht die Leute total verrückt und zwingt uns, alles mögliche zu unternehmen, um neue Sensationen hervorzuzaubern, etwas ausfindig zu machen, was den Leuten die Nerven immer wieder von neuem aufpeitscht. Und so beschloß ich, eine „Verbrechernacht" zu erleben: mit Ihrer Hilfe ist es mir gelungen! Am Ende meines Artikels, welcher um 12 Uhr mittags erscheinen wird, werde ich mir erlauben, Ihnen meinen herzlichsten Dank auszusprechen — und zwar aus aufrichtigstem Herzen!"

„Zum Teufel mit Ihrer Dankbarkeit," fuhr der Polizeikommissar Fred Hopkins an. „Ich riskiere noch meine Stellung mit diesem Unsinn! Heute nacht ist zu all dem noch eine Verhaftete aus dem Gefängnis entsprungen. Wenn ich mich nicht irre, war sie sogar mit Ihnen in derselben Zelle?!"

„Helen Drimmer!" schrie Hopkins, „wo ist sie, was ist mit ihr geschehen?"

„Ja, so heißt die Entsprungene," antwortete der Kommissar, „höchstwahrscheinlich hat sie die Krankheit nur simuliert und entfloh aus dem Ambulatorium, während der Arzt ihr erste Hilfe leisten wollte. Jetzt sucht man sie in der ganzen Stadt."

„Ich schwöre Ihnen," sagte Hopkins mit dem Brustton echtester Ueberzeugung, „daß ich meinen ganzen Reporterspürsinn aufwenden werde, um sie ausfindig zu machen — nicht für Sie, sondern für — mich!"

Der Reporter eilte in das nächststehende Auto und nach wenigen Minuten schon trat er, erregt vor Freude über die süße Freiheit, in die Räume seiner Redaktion ein . . .

8. Hopkins skandalisiert.

In der Redaktion herrschte das übliche geräuschvolle Leben und Treiben. Emsig klopften die Schreibmaschinen, die Korrektoren beugten sich über die noch frischer Farbe riechenden Druckproben, Reporter liefen hin und her. Die Redakteure saßen vor ihren Tischen und griffen alle Augenblicke nach den Telephonmuscheln.

Als Fred Hopkins erschien, wurde er zu seinem größten Erstaunen mit einer allgemeinen Lachsalve empfangen. Er wurde ein wenig geniert und hielt dem Chefredakteur eine Menge kleiner, dicht beschriebener Notizblätter hin. Der Redakteur, ohne den Kopf zu heben, fragte lachend:

„Nun, wie ist es Ihnen denn in Ihrer Zelle ergangen?"

Er sah das erstaunte Gesicht des Hopkins und setzte hinzu:

„Wir haben darüber im „Globus" gelesen . . . Wollen Sie die Sache nicht auch nachlesen?"

Handelsverträge werden geschlossen, um dem Volke Erleichterungen zu verschaffen.

Fred Hopkins warf einen Blick in die ihm hingestreckte Zeitung. Die Buchstaben begannen, vor seinen Augen einen spöttischen Tanz aufzuführen. Er las: „Zelle Nr. 17. Die Mystifikation des Reporters Hopkins, oder wer hat den anderen zum besten gehalten?"

In den klaren, folgenden Ausführungen des Artikels erzählte man sein geistreiches Abenteuer und der Artikel war unterfertigt: Helen Drimmer.

Noch nie im Leben hatte Hopkins derart gegen sich selbst gewettert, wie an diesem Tage. Diese ganze vergangene Nacht voll Aufregung und Erwartung einer Reihe von Sensationen — für nichts! Nun war er die Zielscheibe einer ganzen Kette von Verhöhnungen und Spötterei vonseiten seiner Kollegen. Helen Drimmer, dieser Teufel in Weibsgestalt, hatte ihn an der Nase herumgeführt. Nicht genug, daß sie sich in den Kotter setzen ließ, um dasselbe Ziel zu erreichen, wie er, hatte sie es noch verstanden, diese verteufelte Geschichte so einzufädeln, daß sie ihm bei ihrem Blatte mit der „Sensation" zuvorkam. Aber er war keiner von jenen, die sich so „mir nichts, dir nichts" einschüchtern lassen.

In seinem Kopfe faßte er zwei klare Entschlüsse: logisch und unwiderruflich. Er nahm sich fest vor, zur gleichen Zeit Sieger und Besiegter sein zu wollen. Das erste, was er zunächst tat, war, daß er seinem Redakteur den mühselig gearbeiteten Bericht wegnahm und ihn in tausend kleine Fetzchen zerriß. Dann aber ging er zur nächsten Stenotypistin und diktierte ihr im geschäftsmäßigen, gefühllosen Tone folgendes Schreiben:

„An die Redaktion „Globus", hier. Miß Helen Drimmer. Diesmal sind Sie mir zuvorgekommen, indem Sie meinen Weg kreuzten. Aber wer weiß, was unser in der Zukunft harrt? Um künftighin derartige Ueberraschungen hintanzuhalten, schlage ich Ihnen hiermit vor, für die Zukunft Hand in Hand zu marschieren. Allfällige Antwort bis 12 Uhr an die Redaktion der „New-Yorker Nachrichten".

Er unterschrieb mit breiter Schrift: „Ihr Sie herzlich liebender Fred Hopkins."

Der fröhliche Boy mit den vielen Knöpfen auf seiner Livree warf den Brief in den Kasten für „pneumatische Post".

9. Das Ende krönt die Sache.

Um 4 Uhr erschien atemlos der Reporter Hopkins in seiner Redaktion, um dem Chef der Annoncenredaktion noch ein kleines Inserat zu übergehen:

„Miß Helen Drimmer
Mister Fred Hopkins
Vermählte."

Zu dem Fest, das die Neuvermählten anläßlich ihrer Hochzeit veranstalteten, wurde unter anderen auch der Herr Polizeikommissar eingeladen.

Mussolinis Widerstandskraft.

Eine psychiatrische Erklärung.

Von einem früheren sozialistischen Abgeordneten Italiens, der aus naheliegenden Gründen die Anonymität bewahren muß, erhalten wir aus Rom nachstehenden Aufsatz:

In den faschistischen Blättern lesen wir immer wieder neue Einzelheiten über die übermenschliche Aktivität des Herrn Mussolini, der nach den einen ein schwerkranker Mensch sein, und nach den anderen sich einer blühenden Gesundheit erfreuen soll, da er reise, arbeite, reite, faschistische Vorstandssitzungen und Kabinettsberatungen präsidiere, nicht nur bis zum späten Abend, sondern manchmal sogar bis in die frühen Morgenstunden hinein. Ich hatte nun Gelegenheit, darüber mit einem bekannten italienischen Psychiater zu sprechen, der neuerdings dafür bekannt ist, daß er mit dem Faschismus sympathisiere, und der infolgedessen nicht im Verdacht stehen kann, gegen Mussolini voreingenommen zu sein. Er bestätigte mir, daß Mussolini in der Tat ein äußerst nervöser und reizbarer Mensch ist, der ganz außergewöhnlicher Willensanstrengungen fähig sei. Zugleich sei er aber gegen Schmerz und Müdigkeit überaus unempfindlich, was ein charakteristisches Merkmal gewisser Krankheiten darstelle. Die Müdigkeit nicht zu empfinden, bedeutet zwar nicht, daß man gegen die Wirkungen der Müdigkeit immun bleibe; aber das Ausbleiben der sonst so segensreichen Vorläufer der Erschlaffung bewirke, daß der Organismus weiter funktioniere, als wäre er einer nervösen Ueberspannungskrise verfallen. Körper und Geist arbeiten gewissermaßen auf Raubbau, verzehren sogar die Reservekräfte und verkürzen durch eine Hypothek auf die Zukunft die Lebenskraft.

Es ist, so führte der Psychiater weiter aus, bei Mussolini offenkundig, daß er unter der übermächtigen Suggestion handelt, er habe eine Mission zu erfüllen, ja, er steht unter dem mystischen Einfluß seiner Ueberzeugung, daß sein Schicksal ihm von Gott vorgeschrieben worden sei. Er hat solange gehört und gelesen, daß er der Mann sei, der von der Vorsehung bestimmt sei, Italien zu retten, daß er schließlich daran geglaubt hat, und so handelt er in einem Zustand der Autosuggestion oder der Hypnose, der seine Kräfte weit über die normalen Grenzen vervielfacht. Einzelne seiner „Kunststücke" auf diesem Gebiet sind unzweifelhaft bewundernswert und würden unerklärlich sein, wenn sie nicht in das Gebiet der nervösen Pathologie gehörten. Man mag zwar als Physiologe seine eigenen Ansichten darüber haben, ob eine solche Widerstandskraft unbeschränkt sein werde und über die vielfach verbreitete Anschauung lächeln, daß der Führer des Faschismus ein gottähnlicher Uebermensch sei, der nach den gewöhnlichen Begriffen von Sterblichkeit nicht beurteilt werden dürfe. Auf alle Fälle aber ist diese Widerstandskraft ein Problem, das vom Standpunkt der Wissenschaft Interesse verdient.

Der Psychiater fuhr fort: Da jedoch der Wissenschaftler zur unbedingten Objektivität verpflichtet ist, muß ich hinzufügen, daß ich hinsichtlich der Qualität jener Aktivität des Faschistenführers manchen Vorbehalt machen muß. Die Männer der Wissenschaft oder der Politik sind gewöhnt, eine Versammlung, eine Sitzung oder einen Kongreß als den Ort einer starken geistigen und nervösen Verausgabung zu betrachten. Wir verbinden mit diesen Begriffen die Idee einer ununterbrochenen kritischen Spannung, um die Ausführungen der anderen anzuhören, um sie eventuell zu diskutieren oder zu widerlegen; unser Gehirn arbeitet ununterbrochen, überprüft die eigenen Anschauungen und bereitet sich darauf vor, sie in der bestmöglichsten Weise und unter Berücksichtigung unserer Widersacher später vorzutragen. Das ist die aufreibende Dauerarbeit, der unsereiner in jenen politischen oder wissenschaftlichen Versammlungen unterworfen ist, in denen Diskussionsfreiheit herrscht. Von alledem kann aber in der Tätigkeit des „Duce" keine Rede sein. Die von allen anerkannte absolute Vorherrschaft, die er über seine Parteifreunde und seine Ministerkollegen ausübt; rigoros durchgeführte Vorgesetztenverhältnis und das in den faschistischen Parteiversammlungen eingeführte System, wenn der Duce gesprochen hat, niemals eine eigene entgegengesetzte Meinung zum Ausdruck zu bringen, sondern lediglich seine Gesichtspunkte kurz zu wiederholen und seinen Willen als ein Gesetz zu bezeichnen, gegen das es keine Berufung gibt — das alles vermindert ganz beträchtlich die geistigen Anstrengungen, denen Mussolini ausgesetzt ist. Sogar seine Reden sind von einem Schematismus, der weit entfernt ist von den schwer auszuarbeitenden kritischen Reden: Mussolini kennt nur Behauptungen, Sätze, Formeln, die nicht den Zweck verfolgen, Diskussionen hervorzurufen, sondern lediglich, Eindruck zu machen. Wie alle großen Volksführer, setzt er sich nicht mit den Seinen auseinander, sondern er exaltiert sie und befiehlt ihnen.

Wenn man all dies bedenkt, und wenn man die sonderbare Ruhe eines Geistes hinzufügt, der von der Gewißheit ausgeht, daß es in seinen Reihen keine Opposition mehr gegen ihn geben kann, weder in der Kammer, noch in seiner Partei, dann wird man damit zum größten Teil die Erklärung jener rein materiellen Aktivität finden, die uns allen bewundernswert erscheint. Um schließlich einen Vergleich zu machen: Wenn wir von Mussolini lesen, daß er nacheinander in einem großen faschistischen Parteirat und sodann in einem Ministerrat den Vorsitz geführt hat, und daß er danach Ausschüsse empfangen hat, und daß er außerdem bis zu später Nachtstunde gewacht hat, so dürfen wir ihn nicht mit einem General vergleichen, der sechzehn Stunden lang eine schwierige Schlacht gelenkt hat; er gleicht dann vielmehr einem General, der viele Stunden lang zu Pferde eine grandiose Parade abgenommen hat, bei der alle Offiziere und Mannschaften präsentierten. Wenn ein solcher General vom Pferde absteigt, so mag ihn das Gesäß schmerzen, aber sicher nicht das Gehirn . . .

So sprach jener Mann der Wissenschaft, der, wie gesagt, ein Freund des Faschismus ist — aber bei seiner Schlußbemerkung schien es mir doch, als käme sein früherer Oppositionsgeist schüchtern zum Vorschein.

Der Meerrettich. Die Pflanze, aus der der Meerrettich gezogen wurde, ist in den südöstlichen Gebieten und im Osten Rußlands heimisch. Wilder Meerrettich kommt auch in anderen Teilen Europas häufig vor, doch dürfte dies verwilderter Gartenmeerrettich sein. Sowohl als ursprüngliche Wildpflanze, wie als verwilderte Pflanze bringt der Meerrettich nur eine holzige, rutendünne Wurzel hervor. In Rußland heißt der Meerrettich Chren, dieses Wort ist dann als Kren oder Krän, wie der Meerrettich vielfach heißt, auch in die deutsche Sprache übergegangen. Der Ausdruck Meerrettich hängt nicht im geringsten mit dem Meer oder Meeresufer zusammen, sondern Meerrettich heißt nichts anderes als Mährrettich oder Pferderettich. So wurde er vielfach genannt. In manchen Gegenden wird die Pflanze feldbaumäßig gezüchtet. Viele Gartenbesitzer lieben den Meerrettich nicht in ihrem Garten, weil er sich zu weit ausbreitet.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Jugendgenossinnen und -genossen! Werbt für unsere Sonnenwendfeier am Sonnabend, den 26. d. M., am Reiherberg bei Golm (Potsdam).

Heute, Mittwoch, den 23. Juni, abends 7½ Uhr:

Baltenplatz: Jugendheim Rigaer Str. 100. Vortrag: „Körperbildung und Nacktkultur". — **Warschauer Viertel:** Jugendheim Tilsiter Str. 4. Aussprache: „Der sozialistische Zukunftsstaat". — **Wannsee:** Schule Charlottenstraße. Dichterabend. — **Kaulsdorf:** Schule Adolfstraße. Vortrag: „Sonnenwende". — **Lichtenberg-Mitte:** Jugendheim Dossestr. 22. Vortrag: „Alkohol und Nikotin". — **Helmholtzplatz:** Schule Eberswalder Str. 10, Zimmer 11. Vortrag: „Jugendschutzgesetzgebung".

Werbebezirk Müggelsee: Heute, Mittwoch, 8 Uhr, im Jugendheim Köpenick, Dessauer Str. 5. Vortrag: „Gegen den Faschismus — für den Sozialismus". Referent: Dr. Otto Friedländer.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Gauvorstand. Teilnehmer an dem Gaufest in Kottbus am 3. und 4. Juli melden sich bis spätestens Sonntag, den 27. Juni, bei ihren Kreisleitern bzw. Kreiskassierern. Fahrgeld einschl. Festbeitrag 5,80 M. Abfahrt des Sonderzuges So., d. 3. Juli, nachm. 3.20 Uhr Görl. Bhf. — **Mitte:** Sonderzug nach Kottbus fährt So., d. 3. Juli, nachm. 3.20 Uhr. Teilnehmer melden sich bei den Kameradschaftsführern. Fahrpreis einschl. Festbeitrag 5,80 M. muß bis 28. Juni eingezahlt werden; spätere Meldungen können nicht berücksichtigt werden. — **Wedding:** Do., d. 24. Juni, abends 6 Uhr, Antreten bei Müller, Uferstr. 12. Autofahrt nach Schöneweide. Fahrpreis 50 Pf. — **Zur Rathenau-Feier** am Do., d. 24. Juni, treten an: **Tiergarten** 6 Uhr Bhf. Bellevue; **Friedrichshain** 7 Uhr Bhf. Niederschöneweide; **Kreuzberg** 6¼ Uhr mit Tambourkorps und Gesang Görl. Bhf.; **Schöneberg-Friedenau** 6¼ Uhr Bhf. Schöneberg; **Köpenick und Grünau** 7 Uhr Körner-Schule; **Friedrichshagen** 6½ Uhr Marktplatz; **Lichtenberg nebst Untergruppen** 7 Uhr mit Spielmannszug und Fahnen Bhf. Niederschöneweide; **Pankow** 6¼ Uhr mit Tambourkorps und Fahnen Bhf. Schönh. Allee. Nachzügler 7 Uhr Bhf. Niederschöneweide. Pflichtveranstaltung. — **Pankow (Kreis):** Achtung, Wien-Fahrer! Mi., d. 23. Juni, abends 7½ Uhr, Versammlung Türkisches Zelt, Breite Str. 14.

Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, e. V., Ortsgruppe Berlin, Bezirk Stadtpark veranstaltet am Donnerstag, den 24. Juni, im großen Saal des Restaurants Michalski, Schöneberg, Hauptstr. 24, Ecke Akazienstraße, eine Bezirksversammlung mit Damen. Referent Herr Egon Jacobsohn. Gäste willkommen.

Ueber „Volksentscheid zur Aechtung des Krieges" spricht Dr. phil. Helene Stöcker am Donnerstag, 24. Juni, 8 Uhr, in der Ortsgruppe Berlin der Deutschen Friedensgesellschaft, Restaurant Askanier, Anhaltstr. 11. Gäste willkommen.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus a. Platz d. Republ. 6½ U.: Walküre
Schauspielhaus 8 U.: Herodes und Mariamne
Schiller-Theater 8 U.: Nickel und die 36 Gerechten

Städtische Oper
Charlottenburg
7½ Uhr:
Bohème
Abonn.-Turnus III

Deutsches Theater
Norden 10334—38
Gastspieldirekt. Rubnert
8¼ Uhr
Max Adalbert
in
Das Ekel

Kammerspiele
Nur bis 30. Juni
8¼ Uhr:
Gastsp. Maria Orska
MeineCousine aus Warschau

Die Komödie
Bismarck 2414, 7516
8¼ Uhr:
Week-end
(Ueber'n Sonntag)

SCALA
8 Uhr:
Internat. Varieté
Theaterkasse: Lützow 7557

Theater d. Westens
8 Uhr:
Die große Unbekannte
Operette von Suppé
Pr.: 50 Pf. bis 7 M.

Deutsches Künstl.-Theater
Tägl. 8¼ Uhr:
Der fröhliche Weinberg

Wallner-Theater
8¼ Uhr:
Der heilige Brunnen
Blanco Posnets Erweckung

Th. am Kurfürstendamm
8¼ Uhr:
KavalierJack
Operette in 3 Akten v. Neubach u. Halton
Musik von Carlta von Horst
Sommerpr. 2—6 M.

Berliner Theater
Tägl. 8¼: **Donnerwetter, ganz famos**

Central-Theater
8 Uhr: **Eva Bonheur**
Ilka Grüning

Residenz-Theat.
8¼ Uhr:
Herz contra Herz
Eugen Rex, Meteika

Rose-Theater
5½ Uhr: **Konzert und bunter Teil.**
8 U.: [illegible]

Barnowsky-Bühnen
Sommerspielzeit
Theater Königgrätz.Str.
T.-Hasenheid 2116
8¼ Uhr:
Gefallene Engel

Komödienhaus
Tel.: Norden 6604
8 Uhr
Der Garten Eden

Theater a. Kottb. Tor
Tägl. 8 Uhr:
Elite-Sänger
Sie lachen wirklich Tränen

Lessing-Th.
8 U. **Schneider Wibbel**
Henckels, Berber, Grodtczinsky
Sommerpr. 1-8 M. Mitgl. d. Volksbüh., Gewerkschaft, Reichsbanner gegen Ausweis gute Plätze à 1,50, auch an Angehörige

Kleines Th.
8¼ Uhr:
Seitensprünge
3 Gesch[ichten] von Kurt Götz
Vorz. dieses zahlt 50% d. Kassenpr.

Alexanderplatz

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN im „Vorwärts" und trotzdem
!! billig !!

Volksbühne

Theater am Bülowplatz	Th. am Schiffbauerdamm
8 Uhr:	8 Uhr:
Der dütsche Michel	**Die Freier**
Morgen 8 Uhr:	Morgen 8 Uhr:
D. dütsche Michel	**Die Freier.**

Komische Oper
8¼ Dir. James Klein 8¼
Berlin ohne Hemd!
Die gewaltigste Revue
200 Mitwirkende
Sommerpreise

JAHRESSCHAU DRESDEN 1926

Jubiläums-Gartenbau-Ausstellung
23. APRIL BIS OKTOBER 1926

Internationale Kunst-Ausstellung
12. JUNI BIS OKTOBER 1926

FUNKHAUS
Kaiserdamm
Heute, Mittwoch
6 Uhr nachm. bis 5 Uhr morg.
Sommernachtsfest
des Internationalen Varieté-Theater-Direktoren-Verbandes
Neben d. Ball (8 Kap.) wird das größte Varieté-Programm aller Zeiten gezeigt (Starnummern aus allen Berliner Varietés u. Kabaretts)
Riesen-Tombola :: Eintrittspreis 2.50 M.
Kassenöffnung 4½ Uhr
bei vollem Kaffeebetrieb
Morgen Donnerstag
Gr. Sommersportfest
Werbevorführungen des Reichsausschusses für Polizeisport für die Deutschen Kampfspiele
(Turnen, Boxen, Ringen und Jiu-Jitsu)
Jeder 30. Besucher erhält ein Freilos der Deutschen Kampfspiellotterie
Eintrittspreis 1.75 M. :: Kinder 50 Pf.

Ostseebad Arendsee

In Mecklenburg • Grosse Nadelwaldungen
Bahnstation, Badeärzte, Quellwasserleitung, Kanalisation, Kurhaus, Konzerte. Prospekte durch die Badeverwaltung.

Kurhaus An d. Dampferanl.-Brücke. Paul Schulz, früh. Besitzer.	**Strand-Hotel** Seelage, Komfort, Garagen. Tel. 8. Zivile Preise.
Hotel Schloss am Meer Famil.-Hotel dir. an d. See.	**Pens. Waldperle** Altbek. Familienh. Tel. 143. Garagen.
Bahnhofshotel Anerk. gute Küche. Ganz. Jahr geöffnet.	**Pension Union** Erstklassige Küche. C. Buckow.
Hotel Waldkrone Unmittelb. an Wald u. Strand. Tel. 196.	**Hotel Esplanade / Hotel Wenden** dir. am Strande. Zimmer m. fließ. Wasser.

Deutsches Teppichhaus
Emil Lefèvre
G. m. b. H.
Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158
Ein Posten solider
Dtsch. **Perserteppiche** und Brücken getreue Kopien echter Perser

Größe ca.	70×140 cm	M. 5.75
„ „	90×180 cm	M. 9.50
„ „	125×195 cm	M. 13.50
„ „	160×225 cm	M. 20.00
„ „	190×290 cm	M. 31.00
„ „	240×340 cm	M. 46.50
„ „	290×390 cm	M. 65.00

Eine Anzahl Teppiche
Diwan- und Tischdecken
mit Fehlern
Versandp. Nachnahme.
Betrag rückzahle, wenn nicht nach Wunsch
Fernspr. Moritzpl. 235

Gesunder Schlaf ist die beste Kräftigung für Gesunde wie für Kranke. Bei Nervosität, Schwindelanfällen, Schlaflosigkeit nehmen Sie daher abends vor dem Schlafengehen ein Likörgläschen
Baldravin
das ist der geschützte Name für den echten Apotheker
W. Ullrichs **Baldrianwein**
Zu haben: in Apotheken und Drogerien.
Hersteller: Otto Stumpf A.-G., Chemnitz.

Vergasung
ohne Apparat für Laien
in den Drogerien erhältlich, bestimmt bei:

Bezirk Westen I: Fritz Ambos Nachf., W 57, Bülowstraße 51 / E. Bausch, Wilmersdorf, Wexstr. 36 / Frege-Drogerie, Schöneberg, Hauptstr. 83 / Viktor Friedrich, Schöneberg, Mühlenstr. 11 / Dr. Max Haase, National-Drogerie, Friedenau, Lauterstr. 16 / Kurt Hecker, Isolde-Drogerie, Friedenau, Isoldestr. 8 / Dr. Riedel, W. Kurfürstenstr. 153 / Erich Ruben, Schöneberg, Hauptstr. 4 / F. Rubenau Nach., Diana-Drogerie, Schöneberg, Tempelhofer Straße 5 / Bruno Zadow, Mariendorf, Dorfstr. 6.

Bezirk Westen II: W. Levit, Reichsadler-Drogerie, W 30, Rankestr. 16 / Gebr. Lozze, SW 68, Markgrafenstraße 15 / Paul Noethling, Medizinal-Drogerie, Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 68 / Otto Radüge, W, Augsburger Straße 20 / Bruno Weighardt, W 50, Augsburger Str. 68 / Drogerie Bodrach, Charlottenbg., Friedberg- Ecke Holtzendorffstraße.

Bezirk Süden-Osten: Gebr. Bruhn, Rathaus-Drogerie, Köpenick / Apotheker Dobrin, Medizinal-Drogerie, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 236 / Drogerie Finsterbusch, SO, Skalitzer Str. 63/64 / Hermann Foese, Adalbert-Drogerie, SO 16, Melchiorstr. 34 / Arthur Gliesche, Medizinal-Drogerie, O 27, Grüner Weg 29 / Alfred Heymann, Neukölln, Wißmannstr. 27 / Erich Lange, Adler-Drogerie, Lichtenberg, Müggelstraße 8 / Hermann Milde, Graefe-Drogerie, S 59 Graefestr. 11 / Gustav Neumann Ww., C 14, Wallstraße 80/81 / Bernhard Rose, Medizinal-Drogerie, NO 18, Friedrichsberger Str. 8 / Gg. Schultze Nachf., Wolkenschieber-Drogerie, SO 16, Köpenicker Str. 67 / Karl Ziebek, Herrfurthplatz-Drogerie, Neukölln, Herrfurthplatz 12.

Bezirk Norden: Eugen Böhmer, Bernauer-Drogerie, Bernauer Str. 40-41 / Walter Burlsch, Residenz-Drogerie, NO, Elbinger Str. 42 / Alexander Dubro, N 58, Schönhauser Allee 159 / Hermann Farchmin, Tegel, Berliner Str. 93 / Richard Goldbach, N 58, Schönhauser Allee 124 / Hans Lange, Sanitäts-Drogerie, N 31, Brunnenstr. 157 / Hans Nossack Nachf., N 54, Auguststraße 30 / Richard Schubert, Viktoria-Drogerie, Weißensee, Berliner Allee 244.

Auslieferungslager: Karl Frick, Berlin SW 48, Wilhelmstraße 37/38.

Reichshallen-Theater
Abends 8 Uhr
Stettiner Sänger
Neu!
Ein Hausball bei Meyer's
Berliner Burleske von Meyrel.
Dönhoff-Brettl (Saal u. Gart.)
Varieté! — Konzert! — Tanz!

Trabrennen Ruhleben
Mittwoch, den 23. Juni
nachmittags 3 Uhr

Nach 6jähriger Tätigkeit am Krankenhaus Westend, in den letzten Jahren als erster Assistent, habe ich mich **Charlottenburg 2, Berliner Str. 153** niedergelassen.
Dr. med. Ernst J. Feilchenfeld
Tel.: Wilhelm 133. 12-1. 4-6.
Zu allen Kassen zugelassen.

DER KLEINE BROCKHAUS
Preis M. 23.—
Auch in Ratenzahlung
Zu beziehen durch
J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 2
(Abteilung Sortiment)
und sämtl. Vorwärts-Ausgabestellen

Auf Teilzahlung!
MÖBEL
Kleine Anzahlung ✦ Bequeme Abzahlung
CAMNITZER
Schönhauser Allee 82 I
am Hochbahnhof Nordring

Metallbetten
Stahlmatratzen, Kinderbetten günstig an Priv. Kat. 650 fr. Eisenmöbelfabrik Suhl Thür.

Ia. Eiderfettkäse
9 Pfd. M. 6.— frko.
Dampfkäsefabrik Rendsburg.

Stellenangebote finden im Vorwärts beste Beachtung!

Achtung! Achtung!
Donnerstag, 24. Juni, abends 7 Uhr,
im Lehrervereinshaus, Alexanderstr. 41:
Versammlung aller Funktionäre
des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes
(Ortsverwaltung Berlin)

Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Dißmann über „Die Wirtschaftskrise und das Arbeitslosenproblem".
2. Freie Aussprache.

Ohne Mitgliedsbuch und Funktionärkarte kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung! Kesselschmiede Achtung!
Donnerstag, den 24. Juni, abends 7 Uhr, im Lokal von Sachse, Lindower Straße 26:
Vertrauensmännerkonferenz.

Am **Sonnabend,** den **26.** und **Sonntag,** den **27. Juni,** finden die
Wahlen der Delegierten zum Verbandstag in Bremen
statt. — Gewählt wird Sonnabend in der Zeit von 1—4 Uhr nachm., Sonntag von 10 Uhr vorm. bis 1 Uhr nachmittags in folgenden Lokalen (die mit * versehenen Lokale wählen nur Sonnabend, die mit ** versehenen Lokale wählen Sonnabend und Sonntag. In den Lokalen, wo kein Vermerk ist, findet die Wahl nur Sonntag statt):

Norden:
1. **Verbandshaus,** Linienstraße 83/85 (Parterresaal).
2. **Büttner,** Schwedter Straße 23.
3. **Bogdanowitz,** Gaudystraße 16, Ecke Sonnenburger Straße.
4. **Döhling,** Brunnenstraße 79.
5. **Knapp,** Gruntaler Straße 6.
6. **Fritsch,** Drontheimer Straße 4.
7. **Leuschner,** Ackerstr. 119.
8. **Regenberg, Gartenstr. 75.
9. **Stein,** Pankstr. 90.
10. **Sachse,** Lindower Straße 26.
11. **Senkel, Utrechter Straße, Ecke Turiner Straße.
12. **Zimmer,** Fehmarnstr. 6.
13. **Dams,** Schlegelstr. 9.
*14. **Carus,** Boltastr. 37.

Nordosten:
15. **Späth,** Georgenkirchstr. 65.
16. **Kujawski,** Greifswalder Straße 191.

Osten:
17. **Pilzecker,** Blumenstr. 34.
18. **Rosin,** Gubener Straße 19.
19. **Köhler,** Matternstr. 14.
20. **Bähr, Stralauer Allee 47.
21. **Hoffmann,** Stralauer Allee 17, Ecke Markgrafendamm.
*22. **Fahnert,** Andreasstr. 11.

Südosten:
23. **Prasser,** Michaelkirchstr. 29a.
24. **Benoit,** Adalbertstr. 4.
25. **Siebentopf,** Muskauer Str. 35.
26. **Reinicke,** Grünauer Straße 17.

Süden:
27* **Schulz,** Stallschreiberstr. 29.
28. **Recking,** Waffertorstr. 71.
29. **Bienkie,** Boppstr. 1.
30. **Meude,** Gneisenaustr. 6a.
31. **Richter,** Manteuffelstr. 5.

Südwesten:
32. **Topp,** Alte Jakobstraße 1, Ecke Hollmannstraße.

Westen:
33. **Karl Meyer,** Lützowstr. 7.

Nordwesten:
34. **Krüger,** Putlitzstr. 10.
35. **Sturz, Huttenstr. 9.
36. **Pilz,** Rostocker Straße 27.

Adlershof:
37. **Kaul,** Helbigstr. 31.

Baumschulenweg:
38. **Haß,** Baumschulenstr. 72.

Charlottenburg:
39. **Grimm,** Kaiser-Friedrich-Straße 63.
40. **Müller,** Osnabrücker Straße 27.

Köpenick:
41. **Augustin,** Rosen-, Ecke Kirchstraße.

Eichwalde:
42. **Lindner,** Bahnhofstraße.

Erkner:
43. **Hanke,** Berliner Straße 4.

Friedrichshagen:
44. **Matthes,** Friedrichstr. 121.

Hennigsdorf:
45. **Wolter,** Hauptstraße (am Bahnhof).
*46. **Pfefferberg,** Neuendorfer Straße.

Hohenschönhausen:
47. **Marquardt,** Berliner Straße 85.

Kaulsdorf:
48. **Retting,** „Zum goldenen Anker", Rebenstraße 45.

Lichtenberg:
49. **Seipke,** Kronprinzenstr. 47.
50. **Siewert,** Kant-, Ecke Schillerstraße.
51. **Tempel,** Gudrunstr. 7.

Lichterfelde:
52. **Lenski,** Hindenburgdamm 55.

Mariendorf, Marienfelde, Tempelhof, Lichtenrade:
53. **Streiter,** Chausseestr. 26.

Neukölln:
54. **Rudolf,** Hermann-, Ecke Knesebeckstr.
55. **Kutzky,** Hermann-, Ecke Leinestr.
56. **Ideal-Passage,** Weichselstr.
57. **Rückheim,** Berg-, Ecke Lahnstr.

Niederschöneweide:
58. **Schöps,** Grünauer Straße.

Oberschöneweide:
59. **Imberg, Wilhelminenhofstr. 34.

Pankow:
60. **Türkisches Zelt,** Breitestr. 14.

Reinickendorf-Ost:
61. **Koslack,** Provinzstr. 41.
62. **Ullrich,** Mark-, Ecke Holländer Straße.
63. **Uhlig,** Residenzstraße, Ecke Schönholzer Weg.

Reinickendorf-West:
63. **Volkshaus,** Scharnweberstr. 115.
*65. **Buller,** Eichbornstr. (Bahnhof).

Rosenthal:
*66. **Wartburg** (Bahnhof).

Schöneberg:
67. **Rosenthal,** Ebersstr. 66.
68. **Scheffler,** Großgörschenstraße, Ecke Culmstraße.
*69. **Pobozny,** Sachsendamm 40.

Seegefeld:
70. **Wolf,** Bahnhofstr.

Siemensstadt:
71. **Wartburg (Gustav Lange), Nonnendamm-Allee, Ecke Reisstraße.

Spandau:
72. **Rechenberg,** Lutherstr. 3.
73. **Wind,** Pichelsdorfer Straße 5a.
*74. **Germania-Säle,** Stresowplatz 19.

Staaken:
75. **Wolff,** Am Bahnhof.

Steglitz:
76. **Borchmann, Rheinstr. 40.

Tegel:
77. **Lehnhardt,** Berliner Straße 84.

Teltow:
78. **Kupsch,** Hoher Steinweg 10.

Treptow:
79. **Gauter,** Harzer Straße 88.

Weißensee:
80. **Gallas,** Lehderstr. 122.

Wildau:
81. **Dubian, Grüner Baum.

Wilmersdorf:
82. **Löffler,** Wilhelmsaue 8.

Wittenau:
83. **Schulz,** Am Bahnhof.

Die Ortsverwaltung.

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands (Ortsgruppe Berlin)
Wir erfüllen die traurige Pflicht, der Kollegenschaft den als Folge einer Operation am 19. Juni 1926 eingetretenen Tod des Kollegen
Willy Grimm
Dreher im E. A. W. Tempelhof, mitzuteilen. In früheren Jahren als Mitglied unserer Ortsverwaltung und fernerhin als Betriebsvertrauensmann hat der Verstorbene unermüdlich für die Organisation gearbeitet.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.
Die Einäscherung erfolgt am Donnerstag, den 24. Juni, vormittags 9½ Uhr, im Krematorium Gerichtstrasse. Rege Beteiligung erbeten.

Berliner-Elektriker-Genossenschaft
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88 | **Filiale Westen, Wilmersdorf**
Fernsprecher Norden 65 23 u. 65 26 | Landhausstraße 4. Tel.: Pfalzburg 9831
Ausstellungsräume und Lager
Alexanderstr. 39—40 (Alexander-Passage) Tel.: Königstadt 540.
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfanges
zu kulanten Zahlungsbedingungen.
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

Verkäufe

Beachtenswert! Deutsches Teppichhaus Emil Lefèvre seit 1882 nur Oranienstraße 158. Keinerlei Beziehungen zur Firma gleichen Namens Potsdamerstraße.

Elektromotoren, Neulieferung, auch Umtausch, gegen ganz bequeme Zahlungsbedingungen, liefert Heinrich Scheler, Hinderſinstraße 3.

Teilzahlung. Paddelboote, Ruderboote, greifbar. Sendelwerft, Kanalschleuse, Bismarckstraße.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Frackverleih-Institut, Friedrichstraße 122—123, gegenüber Oranienburgerstraße.

Bettenverkauf! Neue 15.—! 19.50! Prachtvolle 25.—! 30.—! Halbdaune 39.50! Kinderbetten 8.75! Steppdecken! Tülldecken! Stores! Gardinen! Bettwäsche! Alles spottbillig! Keine Lombardware! Nur Leihhaus Brunnenstraße 47.

Möbel

Auffallend billig! Neue fournierte Ankleideschränke, 150 breit, mit Spiegel, Wäscheabteilung, 105.—. Neue englische Bettstellen mit dreiteiliger Auflage 35.—. Nachttische mit Marmorplatte 13.—. Apotheken 12.—. Plüschsofa 45.—. Gobelin-Klubsofa 50.—. Diplomaten 35.—. Säulenbüfett 75.—. Bierauszugtisch 64.—. Neue Küchen, lackiert, mit Verglasung, 65.—. Eßzimmer, Schlafzimmer, echten Marmor, Drellmatratzen 285.—. Riesenauswahl in jeder Ausführung. Möbelhaus Gottlieb, Rügenerstraße dreizehn. Bahnhof Gesundbrunnen. Freilieferung.

Gelegenheit! Kleiderschrank 18.—. Bettiko 15.—. Waschtoilette 11.—. Nußbaum-Schreibtisch 25.—. Küchen 24.—. Plüschsofa 15.—. Möbelhaus Gottlieb, Rügenerstraße dreizehn.

Patentmatratzen, Auflegematratzen, Metallbetten, Chaiselongues, Walter, Stargarderstraße achtzehn. Spezialgeschäft.

Ankleideschränke 80.—, mit Spiegel 110.—. Bettstellen 48.—. Plüschsofas. Einzelmöbel. Zahlungserleichterung. Stein, nur Anklamerstraße 38.

Rokokosofa, neu, 70.—. Chaiselongue, neu, 15.—. Möbelhaus Gottlieb, Rügenerstraße dreizehn.

Schlafzimmer 350.—. Kleiderschränke 65.—. Wäscheschränke 35.—. Kommoden 35.—. Plüschsofas 65.—. Kamerling, Kastanienallee 56. Zahlungserleichterung.

Musikinstrumente

Mietpianos, teilweise Kaufanrechnung. Teilzahlung. Bahrt, Hauptstraße 1, Ecke Grunewaldstraße.

Qualitätspianos mit langjährigem Garantieschein verkauft gegen 50.— monatlich ohne Anzahlung. Pianohaus, Königgrätzerstraße 81.

Pianos preiswert. Klaviermacher Link, Brunnenstraße 33.

Fahrräder

Motorräder, kolossale Auswahl, Wanderer, Jap, Ardie, DKW., Beier, schon von 150.— an. Ein Besuch lohnt sich wirklich. Weist, Große Frankfurter Straße 25/26.

Kaufgesuche

Fahrräder kauft Linienstraße 19.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Klavierspieler findet Beschäftigung im Lokal Hoffmannstraße 9, Klupsch.

Stopferinnen für Gobelins stellt ein Gobelin-Atelier, Rauheimerstraße 25, am Bahnhof Schmargendorf.

Der Außenhandel auch im Mai rückgängig.

Eine ernste Mahnung für die offizielle Wirtschaftspolitik.

Die Entwicklung der Außenhandelsziffern spielt in der Konjunkturbeobachtung mit Recht eine große Rolle. Solange es keine inländische Produktions- und Umsatzstatistik gibt, ist sie das wichtigste Datum der Wirtschaftsentwicklung. Für die volkswirtschaftliche Gesamtbilanz hat die Entwicklung des Außenhandels allerdings nur ergänzende Bedeutung, denn weitaus der größte Teil der Warenumsätze erfolgt nicht im Verkehr mit dem Ausland, sondern im Inland.

Da im Inland die schwerste Krise, verbunden mit keineswegs fühlbar abnehmender Arbeitslosigkeit herrscht, hat die Entwicklung der Außenhandelsziffern noch eine besondere Bedeutung. Sie zeigt an, ob die Bemühungen, im Inland die Krise zu überwinden, in einer Stärkung der Konkurrenzfähigkeit auf den Auslandsmärkten ihren Ausdruck finden oder nicht. Sie zeigt weiter an, ob die offizielle Wirtschafts-, Steuer- und Kreditpolitik des Inlands mit ihren Maßnahmen, zur Ueberwindung der Krise beizutragen, auf dem richtigen Wege ist.

Bisher galt es in Deutschland als Dogma, daß in allererster Linie der Export gesteigert werden müsse. Zugunsten dieses Dogmas wurde die Forderung der Arbeiterschaft, den Inlandsmarkt in erster Linie zu stärken, vernachlässigt. Sämtliche Maßnahmen der Reichsregierung, abgesehen von der inländischen Erzeugung von Bodenprodukten (mit falschen Mitteln natürlich), zielten auf die Stärkung des Exports ab. Daß der riesenhafte Umstellungs- und Rationalisierungsprozeß dem Export zugute kommen könnte, das ließ bisher die massenhafte Freistellung von Arbeitskräften im Gefolge der Rationalisierung als nebensächlich erscheinen. Von der Exportsteigerung erhoffte man allgemein, daß sie die Vernachlässigung des Inlandsmarktes wieder wett mache. Die Bedingungen für die Konkurrenz deutscher Waren im Ausland haben von Deutschland aus in den letzten Monaten auch eine bedeutende Verbesserung erfahren. Die Steuern wurden bedeutend ermäßigt, die Zinsen erfuhren einen nicht unerheblichen Abbau. Das Reich und die Länder übernehmen weitgehende Garantien für den Rußlandhandel, zur Verringerung des Risikos im Aufsuchen neuer Märkte wurde die Exportkreditversicherung eingeführt.

Für alle diese Erwartungen bedeutet die Entwicklung des Außenhandels im Monat Mai eine schwere Enttäuschung. Sie besagt noch mehr. Sie bestätigt die Richtigkeit der Auffassung der deutschen Arbeiterschaft, daß auf einem rückgängigen Inlandsmarkt, zumal während einer schweren Absatzkrise, kein expansiver Außenhandel aufzubauen ist. Das ist auch ganz selbstverständlich; denn in der gesamten Industrie wachsen bei rückgängigem Inlandsmarkt die Leerlaufkosten und der Anteil der Generalkosten. Der Außenhandel müßte nicht nur den Ausfall im Inland wettmachen, sondern auch noch diese Mehrkosten ersetzen. Das ist, da die deutsche Industrie ohnehin schwer um ihre Konkurrenzfähigkeit auf den Auslandsmärkten zu ringen hat und da auf der deutschen Wirtschaft noch Sonderlasten liegen, eine Unmöglichkeit. Diese Unmöglichkeit wird heute durch die Maiziffern des Außenhandels festgestellt. Sehen wir die Entwicklung seit Jahresbeginn näher an:

Der Warenaußenhandel Januar bis Mai.

Einfuhr 1925:	Jan.	Febr.	März	April	Mai
			(in Millionen Mark		
Lebende Tiere	5,0	5,2	8,0	8,1	8,5
Lebensmittel und Getränke	224,4	227,1	220,0	267,6	282,2
Rohstoffe u. halbfertige Waren	378,2	332,6	331,6	357,0	324,4
Fertigwaren	99,9	96,8	85,6	90,4	87,6
Summa der Einfuhr	707,5	661,6	645,2	722,7	702,7
Ausfuhr 1926:					
Lebende Tiere	1,0	1,1	1,1	0,7	0,9
Lebensmittel und Getränke	66,2	50,8	45,2	28,8	25,5
Rohstoffe u. halbfertige Waren	160,0	167,5	190,5	152,9	155,1
Fertigwaren	568,3	564,1	686,4	597,4	548,0
Summa der Ausfuhr	795,5	783,0	923,2	779,8	729,5
Gesamter Warenhandel	1503,0	1444,6	1568,4	1502,0	1432,2

Der vorübergehenden Steigerung des gesamten Warenhandels im März auf den Höchstpunkt für 1926 mit 1568,4 Mill. ist im Mai ein Rückgang auf 1432,2 Mill. gefolgt, der den Tiefpunkt für 1926 darstellt. Noch schärfer kommt die rückläufige Bewegung in den Ausfuhrziffern selbst zum Ausdruck. Während der Gesamthandel im Mai den nächstniedrigen Monat Februar nur um 12,4 Millionen unterschreitet, bleibt die Warenausfuhr im Mai gegenüber dem bis dahin schlechtesten Monat April um rund 50 Millionen zurück. Und was entscheidend ist, dieser Rückgang der Ausfuhr trifft fast restlos die Fertigwarenindustrie, die mit einem Ausfuhranteil von 548,0 Millionen noch hinter ihrem schlechtesten Monat, dem Februar, um 16 Millionen zurückbleibt.

Man könnte nun vermuten, daß es der Fertigwarenindustrie gelungen wäre, in Auswirkung der Steuer- und Zinssenkung sowie der Rationalisierungsmaßnahmen zu billigeren Preisen größere Mengen zu exportieren. Aber diese Vermutung würde täuschen, wie folgende Zusammenstellung zeigt. Es wurden an Fertigfabrikaten ausgeführt:

im Januar	8,87	Mill. Doppelzentner
„ Februar	5,66	„ „
„ März	6,66	„ „
„ April	6,40	„ „
„ Mai	8,64	„ „

Diese Ziffern wiederholen fast genau die Schwankung, die sich bei den Ausfuhrwerten der Fertigindustrie für die letzten fünf Monate ergeben. Auch wenn man die Fertigwarenausfuhr im einzelnen ansieht, bessert sich das Bild nicht. Selbst auf den Gebieten, wo deutsche Qualität besonderes leisten soll, leider nicht. So sind Messerschmiedewaren gegen den schlechten Monat April zurückgegangen von 5,4 auf 4,7 Millionen, Textilmaschinen von 13,7 auf 10,4 Millionen, Werkzeugmaschinen von 9,6 auf 7,2 Mill., sonstige Maschinen von 28,6 auf 25,5 Millionen. Nur landwirtschaftliche Maschinen (Saisoneinflüsse und Sonderverkäufe) zeigen mit 4,5 gegen 4,3 Millionen eine leichte Steigerung; ebenso elektrische Maschinen und elektrotechnische Erzeugnisse mit 28,5 Millionen im Mai gegen 26,9 Millionen im April.

Die Einfuhr ist zwar ebenfalls zurückgegangen, aber um 30 Millionen weniger als die Ausfuhr. Die Einfuhr von Lebensmitteln und Getränken hat für 1926 mit 282,2 Mill. wieder den Höchststand erreicht. Der niedrigste Einfuhrmonat März, der zugleich der beste Ausfuhrmonat war, wird um 57 Millionen übertroffen. Sehr bemerkenswert bei der Lebensmitteleinfuhr ist, daß trotz der Steigerung der Gesamtziffern die Einfuhr hochwertiger Nährmittel wie Fleisch (Drosselung des Gefrierfleischimports) und Butter wieder rückgängig war. (Fleischwaren von 19,1 auf 14,9 Millionen, Butter von 29,9 auf 25,4 Mill.)

Besondere Aufmerksamkeit ist dem Posten Rohstoffe und halbfertige Waren bei der Ausfuhr zu schenken. Er spielt wegen des englischen Bergarbeiterstreiks eine besondere Rolle. Er zeigt eine unwesentliche Steigerung um 2,2 Millionen. Da aber die Steinkohlenausfuhr um 13,7 Millionen von April bis Mai zunahm, was natürlich den englischen Verhältnissen zu danken ist, ist die Exportbilanz noch um diesen Betrag künstlich verbessert. Ohne diesen Sonderexport wäre der Ausfuhrrückgang noch größer. Der Steinkohlenexport spielte übrigens schon im April eine die Bilanz verbessernde Wirkung. Denn gegenüber Februar (8,6 Millionen Mark) ist der Aprilexport (22,5 Millionen Mark) und der Maiexport an Kohle (36,2 Millionen Mark) fast verdreifacht bzw. mehr als vervierfacht.

Damit ist die Mai-Außenhandelsbilanz, nachdem man bei der Verschlechterung im April noch mit Zufällen rechnen konnte, zu einem sehr ernsten Symptom für die Beurteilung der Wirtschaftslage geworden. Sie beweist, daß es bis Ende Mai trotz aller Anstrengungen und Erleichterungen in der deutschen Gesamtwirtschaft nicht aufwärts, sondern weiter abwärts gegangen ist. Ein Zeichen mehr, dem Optimismus der offiziellen Wirtschaftspolitik noch mehr zu mißtrauen als bisher.

Caillaux über die Frankenstabilisierung.

Der Franken sinkt weiter.

Der bekannte frühere französische Finanzminister Caillaux, auf den auch jetzt wieder Hoffnungen für das Gelingen der Frankenstabilisierung gesetzt werden, hat sich in einer Rede in Fresnay zu der politischen und psychologischen Seite des Problems in bemerkenswerter Weise geäußert.

Er bezeichnet die Finanzfrage Frankreichs als außerordentlich ernst und äußerte, die französische Regierung habe zehn Jahre lang das Land in Illusionen gewiegt. Gerechterweise müsse man allerdings hinzufügen, daß das Land seinerseits diese Illusionen guten Willens hingenommen habe. Ja, es habe sie sogar willfährig hingenommen und sich dadurch mitschuldig gemacht. Was seien das für Phrasen gewesen: Es ist nur ein kurzer Krieg, der Reichtum bringen wird, Deutschland wird alles bezahlen! Caillaux stellt dann die Frage: Müssen wir uns darauf vorbereiten, dasselbe durchzumachen wie Deutschland, wo der Wert der Mark bis auf null gesunken ist und wo erst auf dem Ruin der alten Währung eine neue errichtet werden konnte? Gibt es denn für das siegreiche Frankreich keine Mittel, dem Schicksal zu entgehen, das die Besiegten erlitten? Das brennendste Problem sei jetzt die Währungssanierung, und dafür bedürfe Frankreich auswärtiger Kredite und einer Verständigung der europäischen Länder auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiete, ähnlich, wie man es auf politischem Gebiete bereits versuche. Denn in Europa habe kein Volk den Folgen des Krieges entgehen können.

Damit trifft Caillaux den Ton für die französische Oeffentlichkeit, der in der gegenwärtigen Situation angemessen ist. Es wäre nur zu wünschen, daß dem französischen Volke auch von anderer Seite die Binde von den Augen genommen würde, durch die eine jahrelange militaristische und nationalistische Propaganda Frankreich verhüllt hat, daß solide Finanzen richtiger sind, als ein großes Heer und imperialistische Expansionen.

*

Der Wert des französischen Franken erfuhr auf der Londoner Börse wieder eine Verschlechterung. Das Pfund Sterling kostete 173,73 gegen 168,75 Franken am Tage vorher. Auch der belgische Franken wurde von 168,50 auf 172,37 entwertet.

Einzelheiten der Arbeitspläne der Enqueteausschüsse.

Ueber den vorläufigen Arbeitsplan im einzelnen wird der Konjunktur-Korrespondenz mitgeteilt:

Der erste Hauptausschuß hat die Untersuchung der allgemeinen Wirtschaftsstruktur und zwar a) Binnenwirtschaft, b) Weltwirtschaft zur Aufgabe. Der Altersaufbau der Bevölkerung, die Berufs- und die Betriebsgliederung, die Standorte der Produktionszweige, Volkseinkommen und Volksvermögen, sowie die wirtschaftlichen Organisationsformen und ihre Erkenntnis fallen unter den ersten Gesichtspunkt. Von weltwirtschaftlichen Problemen wird besonders die Nahrungs- und Rohstoffversorgung, Absatzmärkte und die Fragen der Handelsbilanz untersucht worden.

Der zweite Hauptausschuß hat die Enquete über die Landwirtschaft zum Gegenstand. Nach Gliederung in Betriebsgrößenklassen und geographischen Gebieten wird einheitlich verfahren. Nach Produktionsgrundlagen, Produktionskosten, Rentabilität, Absatzbedingungen, Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität vor allem unter Berücksichtigung der technischen und organisatorischen Maßnahmen, der Standardisierung, Finanzierung und Siedlung.

Der dritte Hauptausschuß untersucht Produktionsgrundlagen und -kosten, Rentabilität, Absatzbedingungen sowie Steigerungen der Produktivität von Industrie, Handel und Handwerk. Die Unterausschüsse des dritten Hauptausschusses werden sich mit dem Verkehrs- und Transportwesen, ferner speziell mit dem Handwerk zu befassen haben. Der vierte Hauptausschuß wird die Wirkung von Arbeitszeit und Arbeitslohn auf die Arbeitsleistung untersuchen, ferner unterliegen Geld- und Kreditwesen, sowie das öffentliche Finanzwesen der besonderen Bearbeitung durch die Hauptausschüsse.

Der vierte Ausschuß der Arbeitsleistung wird bereits am Sonnabend, den 26. Juni, zur Weiterberatung des Arbeitsplanes zusammentreten.

Getreidehandelsgesellschaft.

Vor einigen Monaten ist die zur Regulierung der Getreidepreise gesetzlich vorgesehene Deutsche Getreidehandels G. m. b. H. gegründet worden. Von dem 15 Millionen Mark betragenden Kapital hat 9 Millionen die Bezugsvereinigung deutscher Landwirte (Reichslandbund), 3,6 Millionen das Stickstoffsyndikat, 2,4 Millionen das Kalisyndikat übernommen. Auch die GEG. hat sich mit einem kleinen Kapital an der Gesellschaft beteiligt. Müller, Bäcker und Großhandel, die ebenfalls zum Beitritt aufgefordert und denen 24 Proz. des Kapitals 3,6 Millionen angeboten waren, hatten bisher sich stets ablehnend verhalten. Aus prinzipiellen Gründen aber nur der Getreidegroßhandel, dessen Dachorganisation, der Zentralverband für den deutschen Großhandel, eine sehr scharfe Entschließung gegen die Getreidehandelsgesellschaft gefaßt hatte. Das Reichsernährungsministerium, dem daran lag, daß die Gesellschaft bei Beginn der neuen Ernte schon in Funktion trete, hatte nach längeren ergebnislosen Verhandlungen den drei in Frage kommenden Gewerben eine Beitrittsfrist gestellt, die Ende Juni ablief. Es hat erreicht, daß der Handel jetzt seine Bereitwilligkeit zum Beitritt erklärte und zu seinen Vertretern im Beirat die Herren Badt und Reißner nominiert hat. Heute, Mittwoch, werden von den 30 Millionen Mark Reichskredit, welche der Gesellschaft bewilligt sind, die ersten 6 Millionen Mark zur Auszahlung gelangen.

Starke Verluste bei der Oskar Staller A.-G. Berlin. Die Heilmittel- und medizinische Apparate-Gesellschaft Oskar Staller A.-G. Berlin meldet für 1925 beträchtliche Verluste. Im Gegensatz zum Vorjahr (1,14 Mill.) weist die Gewinnrechnung für 1925 nur einen Warengewinn von 0,34 Mill. aus, weniger als ein Drittel. Für den Rückgang macht der Bericht die Wirtschaftskrise verantwortlich, eine Erklärung, die für die Größe des Rückgangs nicht genügen kann. Merkwürdig ist auch, daß die Handlungsunkosten gleichzeitig gestiegen sind, von 1,05 auf 1,15 Millionen. Die Abschreibungen sind begreiflicherweise von 46 000 auf 210 000 Mark erhöht, so daß sich unter Berücksichtigung des Vortrags von 20 000 M. ein Verlust von 992 000 M. ergibt. Zur Deckung des Verlusts steht die ordentliche Reserve mit 143 000 M. und eine Sonderreserve von 100 000 M. zur Verfügung. Ungedeckt bleiben also 749 000 M., was reichlich drei Fünftel des Aktienkapitals (1,2 Millionen) ausmacht. Ueber die Sanierung der Gesellschaft verlautet noch nichts. Ueberraschen muß die Bemerkung des Geschäftsberichts, daß schon für 1924 erhebliche Verluste vorhanden gewesen seien, da die Bilanz für 1924 noch einen Gewinn von rund 20 000 M. auswies. Danach wäre es richtiger gewesen, schon vorher an die Sanierung zu gehen und nicht den Eintritt so abnormer Verluste abzuwarten. In der Bilanz fällt die Steigerung des Wechselbestands von 38 000 auf 102 000 M. (der Rückgang der Beteiligungen von 229 000 auf 115 000 M., die Höherbewertung der Grundstücke und Gebäude von 788 000 auf 1 105 000 M., die Steigerung der Sicherungshypothekenschulden von 400 000 auf 917 000 M. und die Verdoppelung der Lieferanten- und Bankschulden von 697 000 auf 1 299 000 M. Die Beteiligung an der A.-G. für chemisch-pharmazeutische Unternehmungen in Weißensee wurde abgestoßen und diejenige an der M. Bech A.-G. vollständig abgeschrieben. Von der Schmidt-Fuchs G. m. b. H., Fabrik für zahnärztliche Operationsmöbel und Bedarfsartikel, besitzt die Gesellschaft die Hälfte der Anteile. Von dieser Beteiligung verspricht sich die Gesellschaft eine wertvolle Ausbreitung der Geschäftsbasis. Das Jahr 1926 habe gegen das Vorjahr eine nennenswerte Besserung gebracht.

Die Beschäftigung in der Akkumulatorenindustrie. Die Akkumulatorenfabrik Aktiengesellschaft Berlin-Hagen, welche die Herstellung von stationären und transportablen Akkumulatoren sowie von Kabeln betreibt, besitzt Werkstätten in Hagen und Berlin-Oberschöneweide. Die Gesellschaft gehört zum AEG-Konzern und arbeitet mit einem Aktienkapital von 20 Millionen Mark. Nach der Mitteilung in der Generalversammlung läßt der Geschäftsgang jetzt zu wünschen übrig. Wie wir hierzu erfahren, arbeitet von der stark reduzierten Arbeiterbelegschaft nur ein Drittel voll, der Rest verkürzt. Bei den Angestellten hat kein nennenswerter Abbau stattgefunden. Das Unternehmen erzielte einen Ueberschuß von 1 929 963 M., von dem eine Dividende von 8 Proz. zur Verteilung gelangt.

Eine Kapitalzusammenlegung im AEG.-Konzern. Das Stahl- und Walzwerk Henningsdorf des AEG.-Konzerns hat bekanntlich für 1924/25 einen beträchtlichen Verlust ausgewiesen. Die Verwaltung schlägt zur Sanierung eine Zusammenlegung des 6 Millionen Aktienkapitals auf ein Drittel vor und eine Kapitalneuaufnahme von 6 Millionen Mark, womit sich das Aktienkapital wieder auf 8 Millionen erhöht.

Nur 4 Pfennig kostet MAGGI's Fleischbrüh-Würfel

Achtung auf den Namen MAGGI und die gelb-rote Packung.

Einfach in kochendem Wasser aufgelöst, ergibt der Würfel gut ¼ Liter kräftige Fleischbrühe zum Trinken und Kochen, zum Verbessern oder Verlängern von Suppen und Soßen aller Art.

Preußens Schutzpolizei.

Zweite Lesung des Polizeietats im Landtag.

Der Landtag beschäftigte sich gestern, wie wir schon kurz meldeten, in zweiter Lesung mit dem Polizeietat. Der deutschnationale Spezialist für Polizeifragen Abg. **Borck** forderte im Namen seiner Fraktion im kommenden Gesetz eine Garantie dafür, daß Entfernungen aus politischen Gründen unmöglich sind. Die Redner der Koalitionsparteien **Markwald** (Soz.), **Stiller** (Z.) und **Barfeld**-Hannover (Dem.) lehnten das einstimmig ab. Es sei im Gegenteil dringend notwendig, aus der Schutzpolizei alle Elemente zu entfernen, die sich nicht zur Republik und Verfassung bekennen.

Der Vertreter der Volkspartei Abg. **Meyenkin** glaubte noch immer auf die Hochverratsaffäre Claß zurückkommen zu müssen. Die Polizei habe bei dieser Gelegenheit ihre Befugnisse überschritten. Abg. **Barfeld** (Dem.) wies diese Angriffe zurück und fügte hinzu, es sei eigenartig, daß ein preußischer Richter in Essen es fertig gebracht habe, die beschlagnahmten Papiere wieder freizugeben, obwohl er wußte, daß das Verfahren bereits vom Reichsgericht aufgegriffen war.

Eine Rede des Ministerialdirektors **Abegg** beschloß die Debatte. Er bemerkt zusammenfassend, die Regierung respektiert Verbandswesen und Vereinigungsfreiheit der Polizeibeamten in vollem Umfange, erklärt aber mit aller Deutlichkeit, daß sie öffentliche Protestversammlungen dieser Körperschaften nicht billigen könne.

Um ¾6 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch 12 Uhr: Kleine Vorlagen, Hauszinssteuer und Vorlage über die Reichsratsstimmen mit Abstimmungen.

Beamtenfragen im Reichshaushaltausschuß

Der Ausschuß für den Reichshaushalt beschäftigte sich heute früh zunächst mit einem volksparteilichen Antrag über die Zulassung von Sekretären zur Ergänzungsprüfung. Der Antrag verlangt, daß die nach den früheren Grundsätzen und Laufbahnbestimmungen angenommenen und geprüften, aber erst nach dem 31. März 1920 planmäßig angestellten Sekretäre zur Ergänzungsprüfung für die Besoldungsgruppen VII zuzulassen sind. Die Regierung gab die folgende Erklärung ab:

Die nach den früheren Grundsätzen und Laufbahnbestimmungen angenommenen und geprüften, aber infolge der Ableistung von Kriegsdienst (Ziffer 124 ff. der Besoldungsvorschriften) erst nach dem 31. März 1920 planmäßig angestellten Sekretäre (Assistenten alter Ordnung) sind noch zur Sonderprüfung für die Besoldungsgruppe VII zuzulassen. Dem Kriegsdienst steht bei der Durchführung dieser Bestimmung die in Ziffer 49, Absatz 1 a bis c der Besoldungsvorschriften angenommene Dienst gleich.

Die Regierung sagte ferner zu, innerhalb der nächsten acht Tage einen auf der Grundlage dieser Erklärung aufgebauten Erlaß herauszugeben. Der Ausschuß beschloß, nach Kenntnis dieses Erlasses in eine Prüfung einzutreten, ob der der Beratung unterliegende Antrag auf Grund dieses Erlasses erledigt und zurückzuziehen ist.

Im weiteren Verlauf gelangte noch ein Antrag Dr. Scholz und Genossen (DVP) zur Beratung. Dieser Antrag fordert im Artikel 1. dem Pensionsergänzungsgesetz vom 21. Dezember 1920 hinter § 8 folgende Bestimmung einzufügen: Ist die nach Maßgabe dieses Gesetzes bemessene Pension geringer als die, welche den Beamten vor dem Inkrafttreten des Reichsbesoldungsgesetzes vom 20. April 1920 gewährt worden ist, so wird die letztere Pension an Stelle der ersteren bewilligt. Im Artikel 2 wird bestimmt, daß die Ausführungsbestimmungen zum Pensionsergänzungsgesetz, soweit sie mit dem Artikel 1 dieses Gesetzes unvereinbar sind, aufgehoben werden.

Gegen den Antrag wandte sich die Regierung mit größtem Nachdruck wegen der Konsequenzen, die er nach sich ziehen müßte. Es würden im ganzen 400—450 Millionen Mark Mehraufwendungen für das Reich und entsprechende Folgen für die Länder und Kommunen entstehen. Nach einer sehr lebhaften Debatte, in deren Verlauf der Abgeordnete Torgler (Komm.) den Antrag stellte, von der neuen Regelung alle Offiziere der alten Armee auszuschließen, **wurde der Antrag Torgler mit Stimmengleichheit abgelehnt, der Antrag Scholz mit großer Mehrheit angenommen.**

Der Arbeiterwanderungskongreß.

Erster Verhandlungstag.

London, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der erste Verhandlungstag des Weltwanderungskongresses wurde durch eine Rede des stellvertretenden Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes Mertens eröffnet. Er wies auf die völlige Veränderung hin, die das Wanderungsproblem seit dem Kriege erfahren habe und die darin zum Ausdruck komme, daß nicht nur 17 europäische, sondern auch sechs außereuropäische Länder auf dem Kongreß vertreten seien. Mertens entwarf dann ein Bild der mannigfachen Schwierigkeiten, die sich einer Lösung des Auswanderungsproblems entgegenstellten.

In einer großzügigen Rede begrüßte dann der Sekretär Brown vom IGB. den Kongreß. Die Auswanderungsbewegung, so stellte er fest, hat das Angesicht der Welt mehr verändert als alle politischen Eroberungen, von denen die Weltgeschichte voll ist. Brown zeichnete dann die großen außereuropäischen Wanderungsbewegungen, die zurzeit vor sich gehen: die gigantische Bewegung von Chinesen nach Sibirien, der Mandschurei und Mongolei, eine große indische Wanderung nach dem Südosten Asiens und die große Wanderungsbewegung der afrikanischen Eingeborenen nach den großen landwirtschaftlichen und Bergbauzentren. Nachdem Brown die neue Nachkriegsetappe der Wanderungspolitik, für die die Einschränkungen charakteristisch seien, umrissen und auf

die Notwendigkeit des Schutzes der Einwanderer

hingewiesen hatte, unterstrich er die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit in der Wanderungsfrage. Voraussetzung sei, daß sie sich nicht gegen die Arbeiterschaft kehre, sondern daß in allen staatlichen Stellen die Arbeiter vertreten seien. Am Schluß wies Brown noch auf die Möglichkeit hin, daß das Wanderungsproblem die Ursache künftiger kriegerischer Verwicklungen werden könne und durch internationale Zusammenarbeit diese Gefahr verhindert werden müsse. — Die Vormittagssitzung wurde im übrigen durch Begrüßungsreden des Vorsitzenden der britischen Gewerkschaften Pugh und des Vertreters der Exekutive der Arbeiterpartei Robinson ausgefüllt.

Die Nachmittagssitzung eröffnete der Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsbundes Jouhaux mit seinem Referat über die Regelung der Wanderung. Er wies zunächst darauf hin, daß das Wanderungsproblem neben der Rohstoffrage und dem Problem der Freiheit des Güterverkehrs das dritte große Problem sei, vor dessen Lösung die Welt gestellt ist. Der Friede der Welt hänge von einer rechtzeitigen Lösung ab. Jouhaux wandte sich dann gegen die Schaffung besonderer gewerkschaftlicher Organisationen für die eingewanderten Arbeiter in den Einwanderungsländern und sprach sich für die Eingliederung der eingewanderten Arbeiter in die bestehenden Landesorganisationen aus. Die Schwierigkeiten, mit denen dabei zu rechnen sei, gingen aus der Tatsache hervor, daß

von drei Millionen ausländischer Arbeiter, die in Frankreich gegenwärtig beruflich tätig sind, lediglich 15 000 gewerkschaftlich organisiert

seien. Besondere gewerkschaftliche Organisationen von Einwanderern brächten die Gefahr der künstlichen Schaffung nationaler Minderheiten. Auf die internationale Seite des Problems eingehend, forderte Jouhaux, daß man neben Landeswanderungsämtern, in denen die Gewerkschaften vertreten sein müßten, ein internationales Wanderungsamt schaffte, das in den Rahmen des Internationalen Arbeitsamts in Genf eingegliedert werden müßte, da, abgesehen von anderen Gründen, die Gewerkschaften eine solche Organisation aus eigenen Mitteln unterhalten könnten.

Hierauf ergriff Knoll-Berlin das Wort zu dem Referat: „Schutz der Einwanderer". Er hob hervor, daß die Krise ihre tiefste Ursache in den politischen Folgen der Friedensverträge habe, die zur Zerreißung einheitlicher Wirtschaftsgebiete führten.

Interparlamentarische Union.

Die Tätigkeit der deutschen Gruppe.

Die Deutsche Gruppe der Interparlamentarischen Union hielt am Montag abend im Reichstagsgebäude eine Sitzung ab, die in der Hauptsache den Charakter der Jahresversammlung hatte. Die deutsche Gruppe wird, um die Parteien möglichst dabei zu berücksichtigen, von den 4 Vorsitzenden Abg. Schücking (Dem.), Löbe (Soz.), Dr. Wirth (Ztr.) und Dr. Schnee (Dvp.) geleitet. Der erste Vorsitzende erstattete den Geschäftsbericht, aus dem die rege Tätigkeit der deutschen Gruppe, insbesondere in den Fragen der entmilitarisierten Zonen und einer europäischen Zollunion, hervorging. Die Interparlamentarische Union hat besondere Studienkommissionen eingesetzt, die im August d. J. in Genf tagen werden. Bei Gelegenheit der Ernennung der dorthin zu entsendenden deutschen Vertreter erstattete Abg. Sollmann (Soz.) den Bericht über die Tätigkeit der zum Studium der Frage der entmilitarisierten Zonen eingesetzten Unterkommission, an deren Sitzung in Paris er kürzlich teilgenommen hat. Eine Plenarkonferenz der Interparlamentarischen Union findet in diesem Jahre nicht statt. Die Konferenz 1927 wird in Paris voraussichtlich im Laufe des Spätsommers stattfinden.

Verbandstag der Buchdrucker.

2. Verhandlungstag. Vormittagssitzung.

In der allgemeinen Kritik wurde die Lohnpolitik, die Arbeitszeit, die Arbeitskontrolle auf Grund des § 2 IV, der Materialaustausch, das Unterstützungswesen, die Faktoren- und Spartenfrage behandelt.

Dörband-Berlin bezeichnet die Erfolge als zu gering und hätte erwartet, daß die gute Konjunktur in lohnpolitischer Hinsicht besser ausgenutzt worden wäre. Die Mittel für die Beteiligung an der Gesolei hätte er besser der sozialen Fürsorge der Mitglieder zugeführt gesehen. Er verteidigt das Verhalten der Sparten anläßlich der Manteltarifverhandlungen im Januar 1925 und wendet sich gegen die Tätigkeit von Fraktionen in der Gewerkschaftsbewegung.

Runtzler-Hamburg polemisiert gegen Dörband und verweist auf die Erfahrungen nach dem Schriftgießerstreik. Die alphabetische Bestimmung in der Wahlordnung zum Verbandstag wünscht er beseitigt zu sehen.

Pötsch-Berlin hält Dörband entgegen, daß die Fraktionen leider ein notwendiges Zeitgebilde seien, daß aber Dörband der letzte wäre, dem das Recht zugestanden werden könne, an diesem Zustand Kritik zu üben, da er selbst lange genug sich in Fraktionen betätigt habe.

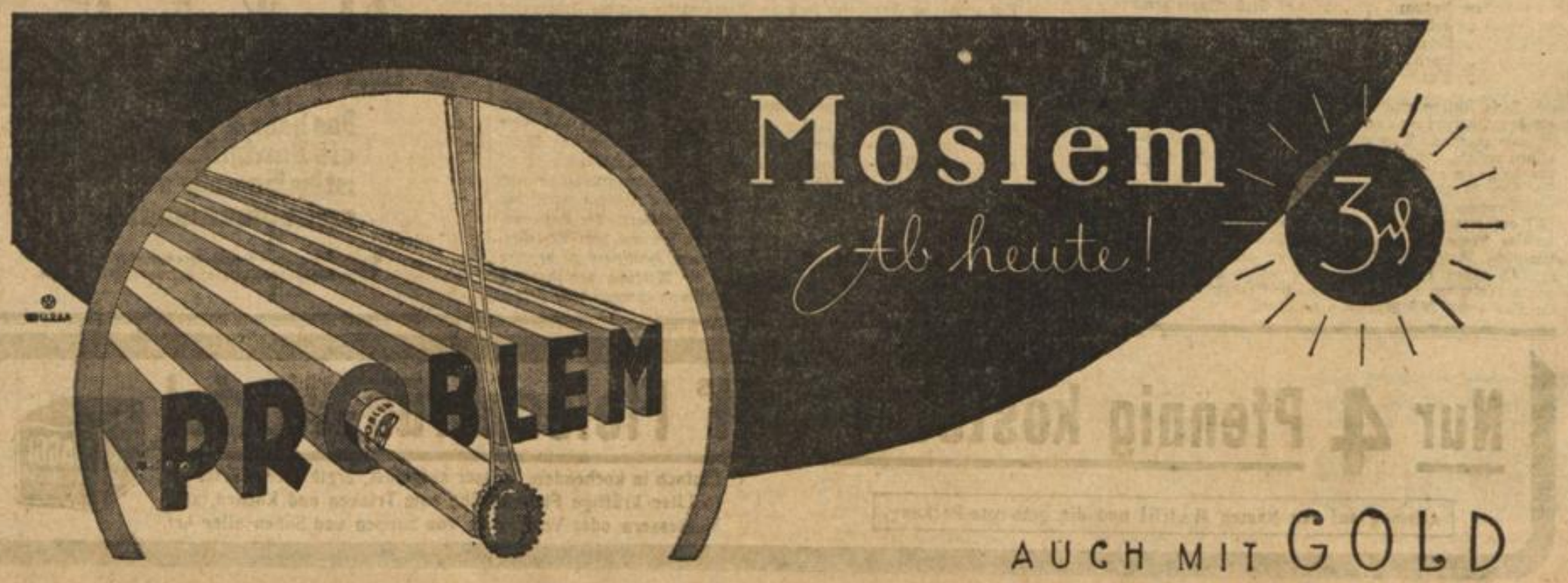
Heise-Leipzig erklärt, daß seine Gesinnungsfreunde nur auf Grund statutarischer Bestimmungen nicht vertreten sind. Er erkennt an, daß in organisatorischer Hinsicht gute Fortschritte gemacht worden sind unter Berücksichtigung der Verhältnisse. Die Fortschritte sind aber nur im Kampf, nicht durch gutes Einvernehmen mit den Unternehmern erzielt worden. In lohnpolitischer Hinsicht verurteilt er die schwache Haltung des Verbandsvorstandes und mißt ihm die Schuld daran bei, daß die Kollegen heute mit 48 M. Lohn zufrieden sein müssen. Die von den Unternehmern beherrschten staatlichen Schlichtungsinstanzen, die manche Erfolgsmöglichkeit verhindert haben, müßten hier zur Kritik gestellt werden. Ausbau des bisher Erreichten, Anwendung besserer Kampfmethoden und Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung seien die Forderungen der Zeit. Einem etwaigen Vertrauensvotum für den Verbandsvorstand könne er sich nicht anschließen.

Pfingsten-Hannover weist die Verteidigung Dörbands in der Frage der Uebergriffe einzelner Sparten zurück und nennt seine Haltung eine demagogische. Die Sparten sollten für Mäßigung in der Leistung von Ueberstunden sorgen, dann wären die Vorwürfe gegen den Verbandsvorstand gegenstandslos. Auch ein Förderer der Spartenbewegung müsse Uebergriffen entgegentreten. Der Tarif der deutschen Buchdrucker sei der beste und halte jeder Kritik stand.

Stürtz-Leipzig wendet sich gegen eine beabsichtigte Veränderung der Delegiertenzahl, wie auch gegen größere Zeiträume zwischen den einzelnen Verbandstagen. Die Einladung der Unternehmerorganisation zu unserer Jubiläumsfeier halte er für verfehlt. Die Ausführungen Heises widersprechen sich. In einem Atemzuge billige er die auf Grund der angewandten Taktik erzielten Erfolge der Organisation und verlange doch eine andere Taktik. Unser Lohntarif stehe mit an erster Stelle und bezüglich des Achtstundentages dürfe man die Erfolgsmöglichkeiten einer Berufsorganisation nicht überschätzen. Die Zeitverhältnisse dürften nicht außer acht gelassen werden. Heise kritisiere den Verbandsvorstand, und doch habe er als Mitunterhändler anläßlich des Schriftgießerstreiks bei dessen Abbruch seinen Kollegen erklärt, daß die erzielten Erfolge das äußerste seien, was unter den gegebenen Verhältnissen zu erreichen war. Weshalb er ihnen die Annahme empfehle. Genau so gehe es auch dem Verbandsvorstand, und das solle Heise bei seiner Kritik entsprechend würdigen.

Nachdem noch Sporn-Breslau die Höhe der Bausumme für das Verbandshaus kritisiert und vom Verbandsvorstand gewünscht hatte, daß er auch in organisatorischen Fragen so großzügig handeln möge, trat die Mittagspause ein.

Internationale Arbeitskonferenz.

Genf, 22. Juni (Eigener Drahtbericht). Die Internationale Arbeitskonferenz befaßte sich am Dienstag mit dem Konventionsentwurf über die Sicherung für Seeleute bei der Verhängung von Disziplinarstrafen und strafrechtlichen Maßnahmen. Die Vorlage wurde nach Ablehnung verschiedener Abänderungsanträge von Arbeitgeberseite mit 60 gegen 29 Stimmen angenommen. Ferner wurde mit 54 gegen 32 Stimmen eine Entschließung gefaßt, wonach das Internationale Arbeitsamt beauftragt wird, die Untersuchung über die Straffolgen, welche in den verschiedenen Ländern die Verletzung des Heuervertrages der Seeleute nach sich zieht, fortzusetzen und das Ergebnis dieser Studien der gemischten Marinekommission vorzulegen.

Am Nachmittag wurde zunächst die Neuwahl der gemischten Marinekommission vorgenommen, die nunmehr aus den bisherigen je fünf Arbeiter- und Arbeitgebervertretern, ferner aus 2 weiteren Eventualmitgliedern von jeder Seite und je 2 bis 3 Stellvertretern besteht. Ueber die genaue Zusammensetzung der Kommission hat der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes noch zu beschließen. Die deutschen Ausschußmitglieder sind Köhler für die Seeleute und Rehmke für die Reeder. Gewählt wurden ferner in die Kommission Genosse Fimmen vom Internationalen Transportarbeiterverband und Brandt vom Internationalen Verband der Handelsmarine-Offiziere sowie der englische Genosse Henson an Stelle von Havelock Wilson und der französische Genosse Ehlers an Stelle von Rivelli. Ein Antrag des kanadischen Regierungsvertreters, die beiden Gruppen möchten ihre Wahlvorschläge nochmals überprüfen und den außereuropäischen Ländern eine stärkere Vertretung einräumen, wurde abgelehnt. Die Schlußabstimmung über die Gesetzesempfehlung betr. die Arbeitsaufsicht an Bord ergab deren Annahme mit 96 gegen 6 Stimmen. Dann begann die Konferenz mit der Beratung der Konvention über den Heuervertrag. Die Beschlußfassung darüber wird voraussichtlich am Donnerstag mittag erfolgen.